



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 7 Mark 50 Pf. — Inserionsgebühren für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 217. Morgen-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Tredendts Zeitungs-Verlag.

Sonntag, den 27. März 1886.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum Abonnement für das II. Quartal 1886 ergebenst ein und ersucht die auswärtigen Leser, ihre Bestellung bei den betreffenden Post-Anstalten so zeitig als möglich zu machen, um eine ununterbrochene Sendung der Zeitung zu ermöglichen.

Alle Postanstalten des Deutschen Reiches, der k. k. österreichischen Staaten, sowie von Rußland, Polen und Italien nehmen Abonnements auf die „Breslauer Zeitung“ entgegen.

Neu hinzutretenden Abonnenten liefern wir den Anfang des 3. B. im Feuilleton zum Abdruck gelangenden Romans:

„Die Damen von Croix-Mort“ von George Ohnet gratis und franco nach.

Der vierteljährliche Abonnements-Preis beträgt am hiesigen Orte bei der Expedition und sämtlichen Commanditen 6 Mark Reichsw., bei Uebersendung in die Wohnung 7 Mark Reichsw., auswärts im ganzen Post-Gebiete des Deutschen Reiches und Oesterreichs mit Porto 7 Mark 50 Pf. Reichsw. — Wochen-Abonnement auf Morgen-, Mittag- und Abend-Ausgabe incl. Abtrag ins Haus 60 Pf. Reichsw. Auf die Abend-Ausgabe allein 25 Pf. Reichsw. Auf die kleine Ausgabe 30 Pf. Reichsw.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Kleingewerbe und Großindustrie.

Zwar ist der Gegensatz zwischen den beiden gewerblichen Unternehmungsformen, dem alten Kleingewerbe und der modernen Großindustrie, in der Literatur wie in der Tagespresse nach seinen Ursachen und Konsequenzen schon so vielfach erörtert worden, daß er kaum mehr eine neue Seite der Betrachtung darbieten scheint. Dennoch ändert das Erwerbsleben täglich und stündlich seine Gestalt, und diese Veränderungen und Verschiebungen sind zu prüfen und festzustellen, sobald neues statistisches Material zu ihrer Beurteilung vorliegt. Augenblicklich wird solches durch die jüngsten wissenschaftlichen Bearbeitungen der in mehr als einer Beziehung unschätzbaren Berufszählung vom 5. Juni 1882 geboten, welche auch auf den gegenwärtigen Stand des Verhältnisses von Handwerk und Fabrikwesen neues Licht fallen lassen.

Im Juni 1882 wurden im ganzen deutschen Reiche 3 609 801 gewerbliche Betriebe gezählt. Dies ergibt gegen die Zählung von 1875 eine Zunahme um ca. 333 000 Betriebe, oder 10 1/2 pSt., während sich die gesammte Bevölkerung in dem gleichen Zeitraum nur um etwa 7 pSt. vermehrt hat. Dieses stärkere Anwachsen der Industrie läßt sich verschieden auslegen: Es ist möglich, daß der Konsum der einheimischen Bevölkerung oder der Export industrieller Produkte sich verstärkt hat. Möglicher Weise deutet jene Erscheinung aber auch auf eine Ueberproduktion hin, oder es vertheilt sich jetzt das gleiche Produktionsquantum wie früher auf eine größere Zahl von Betrieben kleineren Umfangs. Theilweise mag die Differenz endlich auch auf eine schärfere Zählung bei der 1882er Aufnahme zurückzuführen sein.

Die Frage, wem nun in dieser Steigerung der Uömenantheil zufällt, ob das Kleingewerbe oder die Großindustrie seit 1875 an Boden gewonnen, läßt sich aus dem vorliegenden Material eintheilen nur für die sogenannten Hauptbetriebe beantworten. Dies ist insofern möglich, als eine Zu- und Abnahme der Hauptbetriebe vielleicht durch eine entsprechende Veränderung der Nebenbetriebe sich wieder ausgleiche. Inwiefern dies der Fall, wäre um so wichtiger, festzustellen, als die Nebenbetriebe im Groß- und Kleingewerbe eine sehr verschiedene Stellung einnehmen, dort mehr den Charakter successiver oder verwandter Arbeitsprocesse tragen, hier dagegen eine Nebenbeschäftigung zum Zwecke eines Nebenverdienstes darstellen.

Für die Hauptbetriebe ergibt nun die Statistik auf beiden Gebieten einen Fortschritt, aber von ungleicher Stärke: Absolut haben sowohl die Kleinbetriebe, d. h. die Geschäfte ohne oder mit höchstens fünf Gehilfen, als auch die Großbetriebe, mit mehr als fünf Gehilfen, eine Zunahme gegen 1875 aufzuweisen, jene um ca. 40 000, diese um ca. 27 000 Betriebe. Ebenso ist das Personal der Kleinbetriebe um ca. 317 000, das der Großbetriebe um ca. 534 000 Köpfe gewachsen. Relativ dagegen besitzt die Großindustrie das Uebergewicht: Ihre Zunahme beträgt 39,1 pSt., die der Kleinbetriebe nur 1,3 pSt. Während die Gesamtzahl der Gewerbetreibenden um 13,1 pSt. gestiegen, wuchs das Personal der Kleinbetriebe nur um 7,6 pSt., das der Großbetriebe um 23 pSt. Von allen Industriellen endlich gehörten zur Kleinindustrie: 1875 noch 64,3 pSt.; 1882 nur noch 61,1 pSt., dagegen zur Großindustrie: 1875 erst 35,7 pSt.; 1882 bereits 38,9 pSt.

Indessen ist es wohl kaum ganz zutreffend, wenn die offizielle Statistik den Umstand, ob das Gehilfenpersonal die Zahl 5 überschreitet oder nicht, zum alleinigen Maßstabe der Unterscheidung zwischen Groß- und Kleinbetrieb nimmt und die Zwischenstufen überspringt. Allerdings soll eine befriedigende Definition des Begriffs „Fabrik“ noch gefunden werden. Immerhin gewinnt man einen klareren Einblick, wenn man mit Professor Stieba*) im Ganzen vier Klassen von Gewerbetreibenden auseinanderhält: die Kleinbetriebe, welche ohne alle Hilfspersonen versehen werden; die Kleinbetriebe, mit nur einem, sub- oder coordinirten Hilfsarbeiter; die Mittelbetriebe, bei denen die Zahl der Arbeiter zwischen 3 und 50 schwankt; und die eigentlichen Großbetriebe, in denen durchschnittlich 51 Personen und darüber beschäftigt sind. Alsdann gelangt man zu folgenden Ergebnissen:

Die Summe der Einzelbetriebe beträgt für sich allein fast zwei Millionen oder 63,3 pSt., während auf die Kleinbetriebe etwas über 600 000 oder 20,3 pSt., auf die mittleren noch nicht 450 000 oder 16,1 pSt., auf die großen endlich kaum 10 000 oder 0,3 pSt. entfallen. Die Zahl der in jeder dieser vier Betriebsformen angestellten Personen läßt sich leider noch nicht bestimmen. Nur ist ersichtlich, daß die Kleinbetriebe etwas mehr als den vierten Theil aller Gewerbetreibenden ausmachen. Von einzelnen Gruppen jeder Kategorie

werden die angegebenen Durchschnittszüge noch um ein Bedeutendes überholt.

Eine detaillirtere Untersuchung, wie sich die einzelnen Gewerbszweige auf die vier verschiedenen Betriebsformen vertheilen, leitet zu der Erkenntniß, daß jede von ihnen ihre relative Berechtigung hat, und daß vorzugsweise die technischen und sonstigen Eigenthümlichkeiten der Gewerbe selbst hier der Einen, dort der Anderen das Uebergewicht verleihen. Gewisse Industrien, welche große Maschinen, zahlreiche Arbeiter, starke Kapitalien erfordern und mit einem bedeutenden Risiko verknüpft sind, erscheinen für den Großbetrieb gleichsam prädestinirt, so der Bergbau, das Hütten- und Salinenwesen, die Papierfabrikation, die polygraphischen Gewerbe, die chemische Industrie u. a. m. Andere Zweige, z. B. die Herstellung von Maschinen, Instrumenten und Apparaten, die Leder-, Wachs- und Gummi-Industrie, sind in Bezug auf die Unternehmungsformen gleichsam indifferent und kommen im Kleinen wie im Großen fort. Zahllose Gewerbe lassen sich hinwiederum in verhältnißmäßig engen Grenzen ausüben. Ein kaufmännisches Geschäft irgend welcher Art kann z. B. oft ebenso gut durch einen Einzelnen in Gang gebracht werden, wie die Versicherungsagenten, die Kutscher, Fuhrleute, Händler, die Maler, Formenstecher, Modelleure, die Schneider und Schneiderinnen, Wäscherinnen, Plätterinnen u. s. w. für sich allein zu existiren vermögen. Die handwerksmäßige Herstellung von Holz- und Schnitzarbeiten hat vor der fabrikmäßigen den Vorzug der Solidität und flügerechteren Ausführung. Bäcker und Fleischer, Schlosser und Schmiede, deren Werkstätten und Läden dem Publikum nahe bleiben müssen, halten sich in Stadt und Land im wesentlichen auf dem Boden des Handwerks.

Kurz allenthalben stellt sich an der Hand der statistischen Daten die häufig ausgesprochene Befürchtung, daß die übermächtige Entwicklung der Großindustrie für das Fortbestehen des Kleingewerbes verhängnißvoll zu werden und zur völligen Aufsaugung der letzteren zu führen drohe, mindestens als im hohen Grade übertrieben heraus. Wohl hat das Kleingewerbe vielfach weichen müssen, wo die Umgestaltung der technischen und ökonomischen Verhältnisse den Uebergang zur kapitalistischen Produktionsweise unaufhaltsam herbeiführten. Aber noch ist die Zahl der Kleinhandwerker überaus stattlich und, wenn auch langsamer, als die der Großbetriebe, im Steigen begriffen. Viele Gewerbe sind dem Großbetrieb überhaupt unzugänglich, und auch wo der Existenzkampf zwischen Handwerk und Fabrik begonnen, ist der Sieg der letzteren durchaus nicht überall außer Zweifel. Namentlich wirken ihm auch wieder technische Veränderungen entgegen, z. B. Schlachthausbauten, welche dem Kleinschlächter die Vortheile der Großschlächtereien erschließen, vor allem aber die Ausbildung und Verbreitung der sogenannten „Kleinschlächter“, welche die bewegende Naturkraft auch dem Handwerker dienstbar machen und wahrscheinlich eine ganze Anzahl künstlich aufgebauter Großbetriebe wieder verschwinden lassen oder in kleinere Betriebe auflösen werden. Auch eine zweckmäßige, vielleicht genossenschaftliche Gestaltung des Creditwesens, der Absatzverhältnisse, des Fach- und Fortbildungs-Unterrichts dürfte das Schicksal thun zu der aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen so wünschenswerthen Erhaltung und Förderung des gewerblichen Mittelstandes.

Dr. H.

Deutschland.

— Berlin, 25. März. [Bestrafung von Wahlbeeinflussungen.] Die 16. Commission des Reichstages war zur Vorberatung des von dem Abg. Rintelen eingebrachten Gesetzesentwurfes, betreffend die Ergänzung des Strafgesetzbuches, gewählt worden und hat durch den Abg. Träger seinen Bericht erstattet. Herr Rintelen wollte die leider sehr häufig vorkommende Wahlbeeinflussung der Arbeitnehmer durch Arbeitgeber unter Strafe stellen und durch einen in das Strafgesetzbuch neu einzuführenden Paragraphen die Wahlfreiheit besser sichern, als es durch die §§ 107 und 109 des Strafgesetzbuches geschieht. Gegen seinen Vortrag erhoben sich aber schon in der ersten Berathung von allen Seiten so gewichtige Einwände, daß derselbe von vornherein als gefallen angesehen werden mußte und Herr Rintelen selbst nicht wagte, ihn zu vertheidigen, sondern sich damit zu begnügen erklärte, die Angelegenheit angeregt zu haben. Das ist immerhin ein Verdienst, angesichts der sich in den Wahlprotesten mehr und mehr häufenden Klagen über Wahlbeeinflussungen der größten Art. Namentlich aus einzelnen Industrie-Bezirken sind derartige Klagen in so dringender Form aufgetreten, daß der Reichstag füglich nicht darüber hinweggehen konnte, wenn gleich man nie vergessen sollte, daß die Verhältnisse auf den großen Gütern des Ostens vielfach noch viel schlimmer liegen, als in jenen Industrie-Bezirken, und daß in manchen Wahlbezirken mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung noch nie eine Wahl stattgefunden hat, in welcher die Stimmen der Mehrheit aller theilnehmenden Wähler ohne den allerdirectesten Zwang abgegeben worden wären. Die Commissions-Berathung hat mit der Annahme eines im Laufe derselben vorgeschlagenen Gesetzesentwurfes geendigt, der zwar besser ist, als der von Herrn Rintelen vorgeschlagene, aber im Grunde genommen nicht viel weniger Bedenken hervorruft als dieser. Der neue § 109a des St.-G.-B. soll lauten: „Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung, oder mit Nachtheilen für Leben, Gesundheit, Freiheit, Ehre und Vermögen verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte nach seinem freien Willen zu wählen oder zu stimmen, wird, gleichviel ob die Bedrohung ausdrücklich ausgesprochen oder aus den Umständen zu entnehmen, ob sie gegen den Wahl- oder Stimmberechtigten selbst oder gegen einen seiner Angehörigen gerichtet ist, mit Gefängniß oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft. Ist die angebotene strafbare oder nachtheilige Handlung zur Ausführung gebracht, so ist auf Gefängniß nicht unter einem Monat zu erkennen. Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden. Der Versuch ist strafbar.“ Man braucht nicht Zursicht zu sein, um voraussetzen zu dürfen, daß diese Bestimmungen kaum zu Bestrafungen, wohl aber dahin führen werden, daß über ihre Auslegung die verschiedenartigsten Ansichten von den Gerichten ausgesprochen werden und eine arge Rechtsunsicherheit entsteht. Es giebt Districte, in denen die Arbeiter von ihren Vorgesetzten Stimmzetteln in außergewöhnlich großem For-

mate oder auf Papier, welches eigentlich als Pappdeckel zu bezeichnen wäre, in die Hand gesteckt bekommen, daß sie dann, manchmal sogar mit dem Zettel in der erhobenen Hand, an die Urne begleitet werden und keine Gelegenheit haben, den Zettel noch mit einem anderen zu vertauschen. Gegen diesen Mißbrauch müßte schon § 107 des Strafgesetzbuchs schützen, zumal nach einer Entscheidung des Reichsgerichts von 1882; er hat es aber nicht gethan, und so wird es auch der neue Paragraph nicht thun. Wenn der Reichstag consequent alle Stimmen, die auf diese Weise abgegeben worden sind, für ungültig erklären wollte, so würde er dem Mißbrauch schneller steuern, als es ein Strafgesetzbuchparagraph jemals vermag. Mit einem solchen, und mag er noch so geschickt redigirt sein, wird man höchstens diesen oder jenen unvorsichtigen Beeinflusser belangen können, die große Mehrzahl wird sich nach wie vor der Bestrafung entziehen. Eine Beseitigung der Beeinflussung ist überhaupt nicht durch Strafgesetzbuchparagraphen, sondern nur durch eine Aenderung des Wahlverfahrens zu erzielen.

B. C. Berlin, 25. März. [Für Miether und Vermiether.] Ist eine am Donnerstag in der Revisionsinstanz vom Strafsenat des Kammergerichts als höchsten Gerichtshofs für die Landesstrafgesetzbuchgebung (s. g. „Kleines Obergericht“) erfolgte Entscheidung von hoher principieller Bedeutung. Der Thatbestand ist in Kürze folgender: Der Rentier L. in Berlin hatte an einen Restaurateur K. „Unter den Linden“ Parterrelocalitäten für einen Miethszins von 15 000 Mk. und 600 Mk. Nebenabgaben pro Jahr für die Zeit vom 1. October 1880 bis 1. October 1885 vermietet, und zwar war in § 10 des in zwei gleichlautenden Exemplaren ausgefertigten Miethsvertrags bestimmt worden, daß, falls die Kündigung der Räume seitens des Miethers nicht ein Jahr vor Ablauf des Contractes erfolgen würde, letzterer auf weitere 5 Jahre als verlängert zu betrachten sei. Da nun eine Kündigung des Miethers nicht erfolgte, so war die Abmachung betreffs der Verlängerung am 1. October 1884 als erfolgt anzusehen und der Vertrag also bis zum 1. October 1890 verlängert. Dieser für seine Anfangs vereinbarte Dauer rechtzeitig und vorchriftsmäßig verstempelte Vertrag würde für den neu vereinbarten Zeitabschnitt den gleichen Stempel von 251 M. 50 Pf. erfordern haben. Es legten denn auch zur Einziehung desselben die Contractanten der zuständigen Steuerbehörde den Miethsvertrag am 25. September 1885 vor. Die Steuerbehörde aber erachtete diese Vorlegung in der Erwägung, daß dieselbe innerhalb 14 Tagen von der erfolgten Vereinbarung, also in der Zeit vom 1. bis 15. October 1884, hätte erfolgen müssen, für verspätet und setzte gegen die beiden Contractanten durch Strafbefehl vom 14. October 1885 eine Stempelstrafe von je 1006 Mark fest. Hiergegen beantragten die beiden Betroffenen richterliche Entscheidung, indem sie der Ansicht waren, daß sie zur Lösung des Stempels erst in der Zeit vom 1. bis 15ten October 1885 verpflichtet gewesen seien. Die I. Strafkammer des Landgerichts I, welche sich in erster Instanz mit dieser Sache zu befassen hatte, hielt diese Ansicht auch für zutreffend und sprach die beiden Contractanten von der Anlage der Stempelsteuercontravention unter folgender Ausführung frei: „Der in Betracht kommende § 6 des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 lautet: Enthalten Pacht- oder Miethsverträge die Bedingung, daß die Pacht oder Miete stillschweigend auf gewisse Zeit für verlängert angesehen werden solle, sobald und so oft innerhalb eines gewissen Termins nicht gekündigt wird, so sind die Verlängerungen, welche hierdurch wirklich eintreten, den schriftlichen auch in Rücksicht der Stempelpflicht gleich zu achten, und ist der Stempel dazu besonders zu lösen.“ Nach diesem klaren Wortlaut — so führte der erste Richter des Weiteren aus — trat die Stempelpflichtigkeit der Vertragsverlängerung nicht in dem Moment der Verlängerungsververeinbarung, in demjenigen, in welchem der Vertrag als verlängert angesehen werden soll, sondern in demjenigen ein, in welchem die vorher stillschweigend vereinbarte Verlängerung wirklich eintritt. — Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft beim Kammergericht unter der Ausföhrung Revision ein, daß der erste Richter irre, wenn er unter den „Verlängerungen, welche wirklich eintreten“, lediglich die Vereinbarung des Vertrages und nicht auch die Thatfache des Abschlusses des Verlängerungsvertrages versteht, welche in dem Moment eintritt, in welchem eine Aufkündigung des ursprünglichen Vertrages für keinen Theil mehr möglich ist. Auch auf die Erwägung, daß die Verlängerung in der Zeit von der Vereinbarung bis zum Ablauf des alten Vertrages durch Willensübereinstimmung der Parteien geändert werden könne, vermöge der erste Richter seine Ansicht nicht zu stützen, da dies ebenso bei jedem anderen längere Zeit im Voraus abgeschlossenen Vertrage geschehen kann, also für die Frage der Stempelpflichtigkeit unerheblich erscheint, weil das Gesetz hierbei nicht auf die Wirkung, sondern bloß auf den erfolgten Abschluß des Vertrages Gewicht legt. Die Vorentscheidung sei also aufzuheben und jeder der angeklagten Contractanten zu 1006 Mark (das Vierfache des ursprünglichen Vertrages) Stempelstrafe zu verurtheilen. Der Strafsenat des Kammergerichts erkannte hierauf diesem auch von der Oberstaatsanwaltschaft adoptirten Antrage gemäß, verurtheilte die Angeklagten zu je 1006 Mark Strafe, event. entsprechenden Haft, und legte ihnen die gesammten Kosten des Verfahrens auf. — In der Motivirung, welche im Wesentlichen die Ausführungen der revidirenden Staatsanwaltschaft als zutreffend erachtete, wurde besonders hervorgehoben, daß die Stempelpflichtigkeit in dem Augenblicke eintritt, wo die stillschweigende Verlängerung des Miethscontractes wirksam wird.

Diese Entscheidung ist nunmehr für den Umfang der preussischen Monarchie für alle ähnlichen und, wohlgemerkt, zahlreich vorkommenden Fälle, in denen die Untergerichte bisher verschiedenartig erkannten, maßgebend und den Interessenten in Rücksicht auf die event. so überaus hohen Strafen sehr zur Nachachtung zu empfehlen.

w. Berlin, 25. März. [Der Reichstagsabgeordnete Krüder-Breslau] sprach heute Abends bei Gratweil in einer zahlreich besuchten öffentlichen Versammlung der Berliner Tagesblätter, die zur Zeit in einem partiellen Strike begriffen sind, über „Gewerkschafts-Organisation“. Er erklärte sich gegen die neuerdings von conservativer Seite aufgestellte Forderung des Befähigungsnachweises, wie gegen das von derselben Partei ausgegangene Verlangen, daß nur Innungsmeister Lehr-

*) „Die gewerblichen Verhältnisse in der Gegenwart.“ Preussische Jahrbücher. 1886.

halten dürften. In Breslau habe seitdem die Drechsler-Zunft sofort das Einschreibegeld um das Dreifache erhöht. Die Fachorganisationen erstreben speziell höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit. Für Berlin, wo in Folge der jetzt üblichen langen Arbeitszeit bereits zahlreiche Arbeiter außerhalb der Stadt wohnen müssen und deshalb dem Familienleben fast vollständig entfremdet würden, so daß sie auf die Erziehung ihrer Kinder gar keinen Einfluß mehr hätten, sei unbedingt eine neunstündige, für andere Städte eine zehnstündige Arbeitszeit zu verlangen. Eine weitere Folge davon würde sein, daß mehr Arbeiter Beschäftigung erhielten, als es jetzt der Fall sei und nicht so viele brotlos wären, von denen ein nicht geringer Theil aus Noth auch zu niedrigem Lohn Arbeit annehme und so die Preise verhöhe. Die Fachorganisationen könnten auch auf das Lehrlingswesen einwirken und neben und mit den Meistern die nötige Controle bei der Ausbildung der Lehrlinge üben. Den weiblichen Arbeitern müsse derselbe Lohn wie den männlichen gezahlt werden. Dann würden sie mit diesen in Folge ihres jetzigen niedrigen Lohnes nicht mehr concurriren. Im Uebrigen könnten sich die kleinen Tapezierer-Meister nur schämen, wenn sie die berechtigten Forderungen der Gesellschaften acceptirten. Den Letzteren aber rufe er zu: Seid einig, einig! (Lebhafter Beifall). Nachdem sodann der Antrag auf Herbeiführung eines allgemeinen Streikes abgelehnt war, berichtete der Vorsitzende der Lohncommission, Herr Sander, über die Ausdehnung des Werktätigkeitsstreikes. Gegenwärtig feierten 68 Gehilfen. Eine Reihe von Meistern habe bereits die Forderungen der Gehilfen: 9 stündige Arbeitszeit und 22,50 M. wöchentlichen Arbeitslohn, angenommen.

[Dankschreiben des Kaisers.] Auf die Sr. Majestät dem Kaiser zum Geburtstage überreichte Glückwunschadresse der Berliner Stadtverordneten ist folgendes Dankschreiben ergangen:

„Ich habe die Adresse, mit welcher Mich die Stadtverordneten zu Meinem Geburtstage beglückwünscht haben, mit Wohlgefallen empfangen. Es gewährt Mir ein Gefühl hoher Befriedigung, Mich in Meiner Haupt- und Residenzstadt, an deren Ausblühen und Gedeihen Ich stets den regsten Antheil nehme, von einer Bürgerschaft umgeben zu wissen, welche Mir in allen Klassen und Ständen eine so große Verehrung und Liebe entgegenbringt, wie sie in der Adresse zum Ausdruck gekommen ist. Die Stimmung ist Mir nicht nur durch die frohe Bewegung, welche während des ganzen Tages in der Stadt geherrscht hat, sondern auch durch jubelnde Zurufe von Tausenden, wie durch die Auszeichnung der Straßen zu Meiner Freude sichtbar bezeugt worden. Ich nehme daher gern Veranlassung, den Bewohnern für diese freundlichen Huldigungen, wie insbesondere ihren Vertretern für ihre herzlichsten Glückwünsche Meinen warmsten Dank auszusprechen.“

Berlin, den 24. März 1886.
An die Stadtverordneten zu Berlin.

[Prinz Wilhelm] kürzte — wie das „Berl. Tgbl.“ aus Potsdam meldet — gestern Nachmittags 4 Uhr in der Gegend der Glienicker Brücke von dem mit ihm durchgehenden Pferde, glücklicher Weise, ohne einen Schaden zu nehmen.

[Vom Staatsrathe.] Die beiden zur Vorbereitung der Einführung des polnischen Colonisationsgesetzes einberufenen Abtheilungen des Staatsrathes werden am Montag zusammentreten. Wie verlautet, werden Vorschläge der Regierung unterbleiben und die Entwurfsarbeit den drei Referenten (Dr. Miquel, Regierungs-Präsident v. Tiedemann und Regierungs-Präsident Graf Zebly-Triltschler) zufallen. Oberbürgermeister Miquel wurde gestern in Berlin erwartet. Wie das „Deutsche Tgbl.“ hört, werden die Beratungen, zu denen man auch das Erscheinen des Kronprinzen erwartet, im Bundesrathssaale des Reichsamts des Innern stattfinden.

w. [Militärisches.] Der commandirende General des 2. Armeecorps, General der Infanterie von Dannenberg, hat wegen andauernder Krankheit einen längeren Urlaub erhalten; zu seiner Stellvertretung ist der Commandeur der 3. Division, Generalleutnant von Oppeln-Bronikowski, befohlen worden, welcher sich zum Antritt dieses Commandos heute bei dem Kaiser meldete. General von Dannenberg, welcher schon seit mehreren Jahren leidend ist, soll die Absicht haben, in nicht zu ferner Zeit von seinem Posten zurückzutreten. — Die Beförderung des Fürsten Alexander von Bulgarien zum preussischen Generalleutnant dürfte nahe bevorstehend sein, nachdem sein unmittelbarer Vorgänger in der Charge eines Generalmajors, General von Seede, zum Divisions-Commandeur ernannt worden ist. Fürst Alexander wurde am 31. März 1881 zum Generalmajor mit Ueberpringen der Oberstleutenants- und Oberstentcharge befördert.

[Der langwierige Proceß] der Direction der Berliner Stadteisenbahn gegen die Stadt Berlin wegen Entschädigung für das zu Bahnzwecken erworbene städtische Gasbehälter-Grundstück in der Georgenstraße ist nunmehr entschieden. Die Stadtgemeinde ist zur Verurtheilung worden, von der empfangenen Entschädigung 268 927,94 M. zurückzahlen. Diese Entscheidung beruht auf der verhältnismäßig niedrigen Schätzung des Werthes des Grund und Bodens auf 140 M. für den Quadratmeter.

[Grünwald.] Die Haftentlassung des seiner Zeit wegen einer Reihe von Erpressungen u. dgl. einer längeren Gefängnisstrafe verurtheilten Herausgebers des berüchtigten „Unabhängigen“, Grünwald, steht, wie Berliner Blätter mittheilen, in den nächsten Tagen bevor, obgleich die Strafzeit noch keineswegs abgelaufen ist. G. ist derart an Leib und Seele gebrochen, daß

Briefwechsel zwischen Jacob und Wilhelm Grimm, Dahlmann und Gervinus.

Zum 4. Januar 1885, dem hundertjährigen Geburtstage Jacob Grimm's, war in Ferd. Dümmler's Verlagshandlung in Berlin der erste Band des Briefwechsels zwischen Jacob und Wilhelm Grimm, Dahlmann und Gervinus erschienen, welcher uns interessante Einblicke in das Leben und Schaffen dieser Männer gewährt. Dem ersten Bande ist in diesen Tagen der zweite gefolgt. Wenn auch die darin veröffentlichten, zwischen den berühmten Männern gewechselten Briefe zum großen Theil nur Zeugnisse sind für die engen persönlichen Beziehungen derselben untereinander, und wenn auch der durchaus familiäre Charakter einer großen Zahl von Briefen ein allgemeineres Interesse ausschließt, so spiegelt sich doch in einigen derselben die Zeit, in der sie geschrieben wurden, das wissenschaftliche Streben, durch welches jene Männer einander nahe gerückt waren, in einer Weise ab, die auch heute noch für uns etwas höchst Anziehendes und und Fesselndes hat.

Einer der ersten in dem Bande zum Abdruck gelangten Briefe Gervinus' an Jacob Grimm läßt uns die bekannte That der „Göttinger Sieben“ im Hintergrunde der Ereignisse erscheinen. Bald nachdem dieselben Hannover den Rücken gekehrt, handelte es sich für sie um die Entscheidung, ob sie eine Professur in Zürich annehmen sollten. Gervinus schreibt darüber unterm 18. Januar 1838:

„Ich hätte sehr dahin gestimmt, daß wir den Ruf als Ehrenprofessoren nach Zürich angenommen hätten. So entschieden ich abgeneigt bin, allein dahin zu gehen, so entschieden wäre ich für die Uebernahme in Gesamtheit gewesen. Wir hätten unsere gewohnte Lebensweise und Alles, was das Leben beglücklicht macht, mitgebracht und dort fortsetzen können. Ja wir hätten muthmaßlicherweise der dortigen Universität ein ganz anderes Ansehen geben können. Dahlmann will das Vaterland nicht aufgeben; mir aber thut es leid, daß wir die deutsche Schweiz als Fremde ansehen sollen. Ich fürchte, daß sich Dahlmann von Sachsen mehr verpflichtet, als es wird halten dürfen. Und ich wollte lieber Ehrenprofessor in Zürich sein, als Privatlehrer in dem verrosteten Leipzig. — Ein solcher Entschluß unter uns 7, oder auch nur 4 — 5, hätte uns die dunkle Zukunft plötzlich erhellt und mir sehr heiter gemacht. Ich empfinde das widerwärtigste Gefühl bei dem Gedanken, daß uns die deutschen Regierungen wie Angelegte und Pestkranken werden Jahre lang hinsitzen lassen, statt sich zu beeilen, uns Satisfaction zu geben; und endlich, wenn Alles eingeschlafen ist oder durch den lieben Gott anders gestaltet, wird man uns in Gnaden wieder aufnehmen wollen.“

man seine Auflösung fürchtet. Personen, welche den G. in der Gefängnis-anstalt zu Blößensee besuchten, gaben ein bemitleidenswerthes Bild von seinem Gesundheitszustande.

[Der Rittgutsbesitzer Graf Grote] aus Mecklenburg wurde bekanntlich, weil er als Reserve-Lieutenant bei der Waffe eine Zustimmungadresse an den Herzog von Cumberland unterschrieben hatte, vom Kriegsgericht zu 13 Monaten Festungshaft verurtheilt. Diese Haft verbüßte Graf Grote seit Anfang September in Weichelmünde. Nachdem jetzt die Hälfte der Haftzeit abgelaufen, ist er, der „Danz. Ztg.“ zufolge, vor einigen Tagen begnadigt worden.

Köln, 24. März. [Der ehemalige Premierlieutenant Edelking] des Attentäters Nobiling-Bruder, stand heute, wie bereits gemeldet, vor der Strafkammer, angeklagt der Veruntreuung von 60 000 Mark zum Nachtheile der Firma Uhlhorn in Grevenbroich, deren Agent Edelking seit dem Jahre 1882 war. Der Angeklagte lebte auf einem großen Fuße, hielt Wagen und Pferde, war aber sonst nicht ganz mittellos, so daß seine Angaben, er habe das Geld nur geliehen, und daß er zur Zurückgabe wohl fähig sich gefühlt hätte, einigen Glauben gewinnt. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Schnitzler, kritisiert das Verfahren des Vertreters der geschädigten Firma, die zunächst alles Mobilien und sonstige Vermögen Edelkings und seiner Frau mit Beschlagnahme belegte und dann schließlich noch wegen des Deficits die gerichtliche Verfolgung einleitete. Auch hat die Verteidigung um mildernde Umstände mit Rücksicht auf die glänzenden militärischen Zeugnisse des Angeklagten, sein Streben, Alles möglichst zu bedenken, und mit Rücksicht auf die Aufopferung seiner Frau, die ihr ganzes Eigenthum ebenfalls hingegeben habe und jetzt mit ihrem Kinde an den Bettelstab gebracht sei. Der Staatsanwalt beantragte 2 1/2 Jahre Gefängnis, der Gerichtshof ging indeß viel niedriger und verurtheilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Edelking war während der Verhandlung ziemlich gefaßt, wandte aber stets dem Publikum sein Gesicht ab, so daß seine Züge Niemand außer den vor ihm stehenden Richtern u. dgl. sehen konnte. Vom Präsidenten hiernach befragt, erkannte der Angeklagte das Urtheil an und wird Revision nicht einlegen.

Vermischtes aus Deutschland. Ein Dienstmädchen in Köln wollte ins Kloster gehen. Es konnte dies Vorhaben jedoch nicht ausführen, da ihm die dazu erforderlichen Geldmittel, nämlich 900 Mark, fehlten. Vor einiger Zeit hat sich nun das Mädchen in einem Briefe an die Kaiserin gewandt und der hohen Frau sein Leid geklagt. Dieser Tage erhielt das Mädchen ein Schreiben, welchem zufolge von der Kaiserin die 900 Mark an das betreffende Kloster eingezahlt wurden, falls das Mädchen seinen Entschluß ausführe.

Großbritannien.

A. C. London, 24. März. (Zur Lage.) Die Unterhandlungen, welche während der letzten wenigen Tage zwischen den Ministern gepflogen wurden, um eine Verständigung über Gladstone's Plan zur Lösung der irischen Frage zu erzielen, haben, wie es heißt, nur das Ergebnis gehabt, daß Chamberlain und Trevelyan sich verpflichteten, im Amte zu bleiben bis der Plan des Premiers dem Unterhause unterbreitet worden, worauf es ihnen freistehen wird, irgend eine Erklärung über ihr Verhalten abzugeben, die sie als notwendig oder wünschenswerth erachten dürften. Jede Hoffnung aus das Zustandekommen eines Ausgleichs ist geschwunden. Der zwischen Gladstone und der Minorität des Cabinets entstandene Bruch erwies sich als unheilbar und es handelt sich jetzt um die Frage, welche Haltung die verschiedenen Abzweigungen der liberalen Partei in der irischen Frage einnehmen werden. Chamberlains Freunde glauben, daß die Regierung eine Niederlage erleiden werde, während die wallisshen und schottischen Liberalen, sowie auch die Abgeordneten von Lancashire in ihrer Meinung darüber getheilt sind. Die englischen Liberalen dürften mit Ausnahme der Mitglieder der Birminghamer Schule und Jener deren politische Anschauungen mit denen Lord Hartingtons übereinstimmen, die Regierung unterstützen. Lord Spencer, John Morley, Childers, Lord Kimberley und Campbell-Bannermann billigen angeblich Gladstone's Plan. Die übrigen Minister stimmen ihm nicht völlig zu, aber sie werden wahrscheinlich keine Opposition bereiten. Parnell und sein Anhang begnügen sich damit, ihre abwartende Haltung zu behaupten. Sie geben sich sanguinischen Hoffnungen betreffs des Erfolges der irischen Politik Gladstone's hin und behaupten, daß, falls der Premier es für notwendig finden sollte, an das Land zu appelliren, sie kraft ihres Einflusses auf die irischen Wähler im Stande sein werden, ihm 58 Sitze zu geben, die jetzt in Händen von Tories oder Whigs sind.

§ [Ueber Kosten und die Verluste an Menschenleben.] welche der Feldzug in Egypten den Engländern verursacht hat, werden in einem Communiqué an die Parlamentsmitglieder seitens der Regierung folgende Angaben gemacht: Die Kosten belaufen sich seit Januar 1882 bis zum 31. Mai 1885 auf 9 415 968 Pfund Sterling (190 Millionen Mark); von der Landarmee sind an briti-

In dem darauf folgenden Briefe Jacob Grimm's (vom 5. Jan. 1859) an Gervinus macht jener die erste Mittheilung von der Idee zur Herausgabe des großen deutschen Wörterbuchs, das nachmals im Ruhmesfranze der Gebrüder Grimm eines der schönsten Blätter bilden sollte.

„Seit dem Ende Octobers leben wir Brüder nun wieder hier (in Cassel) vereint, und so trägt sich alles besser. An fortgeführten und neuen Arbeiten mangelt es uns nicht; daß wir ein etwas weit ausgehendes deutsches Wörterbuch unternommen haben, ist Ihnen wohl zu Ohren gekommen: es soll zumeist nach dem Plan des Crusca behandelt werden und aus einer breiten Grundlage hervorgehen, alle Schriftsteller, von Luther bis auf Goethe, oder wenn Sie wollen, bis auf heute, werden excerptirt, und von allem, was unsere Schriftsprache in diesen vier Jahrhunderten geleistet hat, soll das Werk volle Rechenhaft geben. Zu einer so mühevollen Arbeit hätten wir in Göttingen uns nimmer das Herz gefaßt; es versteht sich, daß in der Beschaffung des Materials auf Mithelfer gerechnet ist, deren schon gegen 30 angeworben sind. Die Redaction kann vor 1840 garnicht beginnen. Aber je tiefer ich in das Unternehmen hineinklicke, desto mehr zieht es mich an, es werden einige überraschende, und viele fruchtbare, dauernde Ergebnisse daraus erwachsen, selbst wenn die Verarbeitung nicht vollständig gelingen sollte.“

Gervinus antwortet darauf unterm 27. Januar 1839 aus Rom: „Daß Sie mir von Wilhelm's Befinden nichts im Besonderen schreiben, lege ich zum Guten aus. Und ist dafür nicht schon das herkulische Unternehmen Bürge, zu dem Sie Hand angelegt haben? Das Werk reißt sich würdig zu allen Ihren früheren Verdiensten, und war es nur mit dem Opfer von Göttingen zu erkaufen, so ist es ein neuer Beweis, wie nichts Schlimmes ohne sein Gutes ist. Die künftige Zeit wird es Ihnen doppelt verehren, daß Sie für eine Unbill, die Ihnen das Vaterland anthat, mit einer neuen Wohlthat antworten, mit einem Werke, das überall sonst von fürstlichen oder akademischen Anstrengungen ausgehen muß.“

Im Jahre 1840 taucht in dem Briefwechsel die Frage der Berufung der Gebrüder Grimm nach Berlin auf. So schreibt Wilhelm Grimm an Gervinus aus Cassel vom 16. September 1840:

„Ueber unsere Anstellung weiß ich bis zur Stunde nichts Wahres oder Glaubhaftes. Die vorlauten Zeitungsnachrichten quälen mich und setzen ohne Noth in Spannung; es mag sich auf einige günstige Aeußerungen des Königs (Friedrich Wilhelms IV.) gründen, die er aber vielleicht noch als Kronprinz gethan haben soll; jetzt drängen ihn andere Dinge, und er scheint mir bisher mehr gute Entschlüsse als

schon Mannschaften 1459 getödtet und 5084 in den verschiedenen Schlachten verwundet worden; 73 Offiziere fielen, während 303 in Folge der erlittenen Verwundungen zu Invaliden wurden. Die Marine hat 1170 Tödtet und Verwundete aufzuweisen, außerdem aber den Verlust von 288 Offizieren, die theils getödtet, theils zu Invaliden geschossen wurden; das australische Contingent und die indischen Sepoys haben 103 Tödtet und circa 300 schwere Verwundungen zu beklagen. Im Ganzen sind bis zum 1. Juni v. J. in Egypten 1975 Mann gefallen, während 6803 in Folge ihrer Verwundungen kampfunfähig wurden. Man geht wohl nicht fehl, wenn man erinnert, daß die Zahl der Verluste sich auf mehr als das Doppelte erheben würde, wenn man auch die den verschiedenen Krankheiten und den klimatischen Einflüssen erlegenen Opfer in Berechnung stellen würde; die englische Regierung hat dies vorsichtiger Weise unterlassen.

Spanien.

Madrid, 21. März. [Das Befinden der Königin.] Seit einigen Tagen waren Gerüchte über eine Erkrankung der Königin-Regentin in Umlauf, aber erst heute schenkt man diesen Gerüchten Beachtung. Es heißt, daß der Leibarzt, Dr. Kiebel, nicht ohne Sorge sei; doch hat man bis heute keine Veranlassung, das Vorhandensein einer Gefahr anzunehmen. Einige Zeitungen behaupten, der Zustand der Königin hätte die Infantin Isabella seit ihrer von der Reise ins Ausland zurückgehalten; wahrnehmlich ist jedoch, daß die Infantin hier bleibt, um bei der Geburt des Thronerben Alfons XII. zugegen zu sein. Binnen Kurzem wird auch die Mutter der Königin, die Erzherzogin von Oesterreich aus Wien hier erwartet. (Kr. Ztg.)

Belgien.

a. Brüssel, 25. März. [Zur Situation.] Die Situation bleibt ernst. Die Arbeiterstreikes greifen im Lande immer mehr um sich; die Metallwerke werden davon ergriffen, in mehreren Walzwerken ist die Arbeit eingestellt, in den Stahlwerken Angleur fordern die Arbeiter Lohnerhöhung; die Eisenarbeiter in Cockerille streiken. In den großen Steinbrüchen finden gleichfalls Arbeitseinstellungen statt. Im Lütticher Bassin, wo die Arbeiter der Kohlenwerke übereinstimmend erklären, daß sie alle 14 Tage nur 26 Francs Lohn erhalten, ist die Situation unverändert; die Arbeiter flachen die Männer zum Widerstand auf. Die Behörden nahmen zahlreiche Verhaftungen, besonders der Führer der Bewegung vor. In Brüssel findet heute große Arbeiter-Manifestation als Protest gegen die Verwendung der Armee gegen die Arbeiter statt. Das Lütticher Corrections-Tribunal hat gestern 42 verhaftete Anarchisten mit 2 bis 18 Monaten Gefängnis bestraft. Eine Note des Fürsten Bismarck fordert genaueste Information über die belgischen Anarchisten und deren gemeinsame schärfste Ueberwachung durch die preussische und belgische Regierung.

Provinzial-Beitrag.

Breslau, 26. März.

Bei der in der heutigen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung stattgehabten feierlichen Einführung der Stadträthe Frey und Schäfer hielt Herr Bürgermeister Dickuth an die beiden Gewählten folgende Ansprache:

„Es liegt mir heute ob, meine Herren, in Vertretung des Herrn Oberbürgermeisters Sie zu verweisen und, wie die Städteordnung vorschreibt, in öffentlicher Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Ihr neues Amt einzuführen. Es ist mir das eine Ehre und eine Freude. Wir haben Jahre lang hier in diesem Saal einander gegenüber gesessen und, soweit mein Gedächtniß reicht, immer in Frieden und Freundschaft mit einander gelebt, und das berechtigt mich zu der Erwartung, daß Sie, meine Herren Kollegen, auch in Zukunft, nachdem Sie im engeren Sinne die Unfrigen geworden sind, mit uns treue Kameradschaft halten werden. Die Auszeichnung, die Ihnen durch die Wahl von Seiten Ihrer ehemaligen Kollegen zu Theil geworden ist, wird Ihnen ein Anreiz sein, mit derselben Treue, mit demselben Eifer und derselben Gewissenhaftigkeit, wie Sie es bisher gethan haben, Ihre geistigen Kräfte im Dienste unserer Stadt zu stellen. Sie bringen dazu einen Vortheil mit, den andere Kollegen, die aus der Fremde zu uns kommen, nicht haben, den Vortheil nämlich, daß Sie die Menschen und Dinge kennen, daß Sie auch in localer Beziehung völlig und überall orientirt sind.“

In den großen Zielen, den Aufgaben unserer städtischen Verwaltung, werden Sie einen Unterschied im Vergleich zu Ihrer bisherigen Thätigkeit nicht finden. Es wird Ihnen auch in dieser Beziehung Ihre langjährige

Thatkraft zu bewahren. Die Gerechtigkeit, welche man uns schuldig wäre, wie Dahlmann neulich bemerkte, behandelt man als einen Lurus, den man in die Ferne hinaus schieben darf. Auch einem Ruf nach Frankreich, von dem die Rede ging, gebrach alle Formlichkeit; ich hätte ihn freilich ausgeschlagen, wenn er wirklich an mich gelangt wäre.“

Zwei Monate später war die Angelegenheit zu Gunsten der Gebrüder Grimm entschieden, wie wir in folgendem Briefe Jacob Grimm's an Gervinus lesen:

„Cassel, 12. Nov. 1840.

Sie werden, liebster Gervinus, Freude empfinden, daß ich Ihnen nun endlich unsere nach Berlin erfolgte Berufung melden kann. Der König will uns, bis sich eine bestimmte Stelle an der Universität oder einem anderen wissenschaftlichen Institute Berlins erledigt, vorläufig in dem Verband mit der Akademie der Wissenschaften bewahren und durch einen Gehalt von 2000 Thalern sorgenfreie Ruhe schaffen. Dabei wird ausdrücklich anerkannt, daß ich als Mitglied der Akademie jetzt schon berechtigt sei, zugleich Vorlesungen an der Universität zu halten, und daß für Wilhelm, der nur Correspondent der Akademie ist, diese Vergünstigung leicht zu erwirken sein werde.

Dies schien uns ehrenvoll und den Verhältnissen, selbst unseren Wünschen angemessen, und wir haben zugesagt. Nächste Woche denke ich hinzureisen und mir zu besehen, ob der Umzug früher oder später stattfinden soll und kann.

Wäre damit nun auch das Eis für Dahlmann gebrochen, daß wir uns rein und ungemischt freuen könnten. Er soll wirklich von der Universität Breslau vorgeschlagen und das Ministerium, wie es heißt, nicht dawider sein. Der Ruf müßte nur vor dem 1. December ergehen, an welchem Tage er den Bernern endliche Erklärung zu geben verheißt hat.

Wir werden in Berlin und Preußen nicht Alles so antreffen, wie wir es begehren. Doch aus welchem anderen Lande hätten zwei Bräuer, die sich nicht trennen wollen, auf einmal gleiche Erbietungen gemacht werden können? Der König hat eben Willen und wird sich aus Zerkümmern oder Fehlgreifen, in denen er menschlicher Weise noch befangen ist, zu lösen vermögen. Auf ihm ruht doch jetzt unsere scharfsichtige Hoffnung für Deutschland, und der Himmel lasse sie nicht vergehen, sondern geheißen. Das eitle und sündliche, von den Franzosen jetzt erhobene Kriegsgeschrei zeigt uns zwar, was uns fehlt, befestigt aber auch den Abstand zwischen ihrer und unserer Art. Denn uns gebührte es, nach dem Elsaß zu schreien, nicht ihnen, nach dem Rhein-

Erfahrung zu Gute kommen. Sie wissen, m. H., was uns Alle in der Gegenwart bewegt; Sie wissen, worin unsere Kraft liegt, Sie wissen auch, wo uns der Schuh drückt.

Doch in der Art und Weise, wie die Vorlagen zu behandeln sind, wird sich Ihnen vielleicht ein Unterschied aufdrängen. Sie werden bald merken, daß Sie berufen sind, die Dinge weniger kritisch und mehr positiv, mehr zur Initiative hinwiegend zu behandeln.

Endlich aber, m. H., werden Sie eine Erfahrung machen, die wir Alle gemacht haben. Es wird auch bei Ihnen nicht an Stadtverordnetenbeschlüssen fehlen, mit denen Sie nicht in allen Beziehungen einverstanden sind, und dann, m. H., werden Sie lernen, was wir Alle gelernt haben, nämlich etwas zurückzutreten, eine vermittelnde Haltung einzunehmen und mit einer getauften Erwartung sich abzufinden, und das werden Sie nicht immer aus Ueberzeugung thun, sondern Sie werden es thun, um ein weit höheres Ziel zu erreichen, um nämlich in Gemeinschaft mit uns Allen zu constatiren, daß in allen wichtigen, wesentlichen und hervorragenden Dingen die beiden Körperschaften unserer städtischen Verwaltung einig sind und sich nicht von einander trennen wollen, und in diesem Sinne, m. H., hoffe ich, werden Sie Ihre Geschäfte führen zum Ruhm und zur Ehre unserer alten schlesischen Hauptstadt.

Nedner erucht nun die Einzuführenden, den vorgeschriebenen Eid zu leisten. Nachdem dies geschehen, heißt er sie im Namen des Magistrats willkommen und erucht sie, auf den Bänken des Magistrats Platz zu nehmen.

*** Lobetheater.** In der nächsten Woche geht, wie bereits gemeldet, die neue Operette „Gillette von Narbonne“ in Scene, und zwar mit Fräulein Ziemer als Gast. Die Operette kann nur einige Tage auf dem Repertoire bleiben, da Fräulein Ziemer bereits am 9. April in Wien ihr Gastspiel beginnen muß.

*** Im Daliatheater** gelangt am Sonntag, Abends, „Die Herrin ihrer Hand“ von Wildenbruch, und Nachmittags zu halben Kassenpreisen (Parquet 50 Pf.) der lustige Schwank von Kneisel: „Sie weiß etwas“, zur Auf-führung.

*** Orchesterverein.** Wir wir bereits gemeldet, wird das nächste Orchesterconcert — das letzte in dieser Saison — unter der Mitwirkung von Dr. Johannes Brahms stattfinden. Nur den nahen Beziehungen, welche Brahms an die Stadt Breslau knüpft — bekanntlich ist er Ehren-doctor der philosophischen Facultät der hiesigen Universität — ist es, wie wir hören, zu danken, daß der nicht gerade reiselustige Componist sich entschlossen hat, seine noch im Manuscript befindliche vierte Symphonie, welche bisher nur in drei oder vier Orten aufgeführt wurde, hier persönlich zu dirigiren. Außerdem wird der Künstler das hier seit langer Zeit nicht ge-hörte Clavierconcert in G-dur von Beethoven spielen, und Frau Clara Busch, welche in liebenswürdigster Weise den Wünschen des berühmten Gastes, durch Einfügung einiger Gesangsnummern das Programm noch abwechslungsreicher zu gestalten, entgegengekommen, zu mehreren Liedern eigener Composition begleiten. Anfang und Ende des Programms bilden die Ouvertüre zur „Coryanthe“ von Weber und M. Bruch's Vorspiel zur Oper „Corydon“.

*** Tonkünstler-Verein.** Der am 29. März stattfindende 11. Musik-abend ist den Schumannianern „Robert Schumann, Julius Schaffer und Ludwig Minardus gewidmet. An der Ausführung des Programms be-theiligen sich: Frau Martha Springer, und die Herren Professor Dr. Jul. Schaffer, v. Vorstell, Theob. Ehrlich, Fabian, Pöfer, Kahl und Ludwig.

—d. Vacante städtische Ehrenämter. In nächster Zeit sind in vacante städtische Ehrenämter zu wählen: Je ein Vorsteher für den 7., 25., 143. und 152. Stadtbezirk; ein Vorsteher-Stellvertreter für den 60. Bezirk; ein Mitglied des Armenhaus-Vorstandes; zwei Curatoren für die katholische höhere Bürgerschule; zwei Mitglieder der Stadt-Bau-Deputation; je ein Schiedsmann für den Zwinger- und den Sieben Kür-fürsten-Bezirk; ein Mitglied der städtischen Grundeigentums-Deputation. Etwaige geeignete Vorschläge für diese Ehrenämter aus der Mitte der Bürgerschaft sind an den Wahl- und Verfassungs-Ausschuß der Stadt-verordneten-Versammlung zu richten.

A. Personalien. Am 1. April in den Ruhestand tre-tenden, schon seit längerer Zeit beurlaubten 3. Vorschullehrers am Elisabeth-Gymnasium Robert Kittlaus tritt — jedoch erst mit Beginn des neuen Schuljahres — der bisherige Elementarlehrer am Johanneum Karl Böder, zu dessen Nachfolger unter Vorbehalt der staatlichen Bestätigung der Can-didat des höheren Schulamts (frühere Elementarlehrer) Gustav Bau-mann berufen worden. — An der Vorschule des Gymnasiums zu St. Maria Magdalena wird mit Beginn des neuen Schuljahres — die Geneh-migung des königlichen Provinzial-Schul-Collegiums vorausgesetzt — der Lehrer Richard Straußwald aus der 2. in die durch Kramers Tod frei-gewordene 1. und die 3. Lehrer Walbert Döps in die 2. Stelle auf-rücken, in die 3. Stelle aber der neu berufene Lehrer Wilh. Misfalef, zur Zeit Lehrer der Klasse 4 der ev. El.-Sch. Nr. 37, eintreten. — In den Dirigentenstellen der städtischen Elementarschulen treten folgende Verän-derungen ein: der bisherige provisorische Leiter der Mädchenschule 9 Phi-lipp Gramatke verbleibt in dieser Stelle und bleibt Rector. Der jetzige Hauptlehrer der Knabenschule 51 Martin Fischer wird in gleicher Eigen-schaft an die neue Knabenschule 55 (Kotenstraße 2/3) versetzt. Zu Rectoren werden befördert: die Hauptlehrer der ev. Schulen 52 und 53 Wilhelm Hüner (verbleibt an Nr. 52) und Wilhelm Scholz (kommt an die neue Mädchenschule 54 in Kottenstraße 2/3), sowie die Hauptlehrer der kath. Schulen XXVI, XXIX, XXX und XXXI, Paul Diefen, Hermann Hausdorf, Hermann Schulz und Leopold Taube, welche an diesen

Schulen verbleiben. Für die Rectorenstellen der evang. Schulen 51 (Stern-strasse 11) und 53 (Berlinerstraße 67 und 71) sind die derzeitigen Lehrer 2. Klassen August Kllem (an der Schule 27) und Gustav Köppel (an der Schule 11) berufen worden. Zum provisorischen Leiter der neuen kath. Mädchenschule XXXV (Neue Kirchstraße 15 und Fischerstraße 23) ist der derzeitige Lehrer der Klasse 2 der Schule XVII Otto Bumbke ernannt. Für die Hauptlehrerstellen der neuen kath. Schulen XXXII (in Reudorf-strasse 44), XXXIII (in Ritterplatz 16) und XXXIV (in Reudorfstraße 2) sind befragt: Joseph Gasse, Lehrer der Klasse 1b der Schule X, Ignaz Blumel, Lehrer der Kl. 2 der Sch. XXI und Paul Hadenberg, Lehrer der Kl. 2 der Sch. VI. — Der seit dem 1. October v. J. beurlaubte Lehrer Joseph Bleisch (bisher an der katholischen Schule XIII) scheidet mit dem 31. März aus dem städtischen Schuldienst aus, um die Leitung der Fähr-bischöflichen Jbioten-Erziehungs-Anstalt in Kunzendorf bei Freiburg i. Schl. definitiv zu übernehmen.

—i. Abiturienten-Prüfung. Am 26. März fand am königlichen Friedrichs-Gymnasium unter dem Vorsitz des Directors Herrn Professor Treu die mündliche Abiturienten-Prüfung statt. Nachdem schon kurz nach Beginn der schriftlichen Prüfung ein Primaner zurückgetreten war, unter-zogen sich fünf andere der mündlichen Prüfung, von welcher einer wegen verbiessiger Leistungen in der Klasse und in der schriftlichen Prüfung sowie wegen guter Führung dispensirt wurde; von den übrigen erhielten drei das Zeugniß der Reife.

*** Schulprüfung.** Am 30. März c., Nachmittags von 2—6 Uhr, findet in der Aula des Maria-Magdalenen-Gymnasiums die Prüfung der Schüler der höheren Knabenschule des Dr. Carl Mittelhaus statt. Die Anstalt, welche zur Zeit von 263 Schülern besucht wird, um-faßt die Klassen Nona bis Ober-Quinta mit durchweg halbjährigen Schülern. An ihr unterrichten 18 Lehrer. Der Turnunterricht wird von einem ge-prüften Turnlehrer im Turnsaal der Anstalt erteilt.

A. Präparanden-Aufnahme. Das hiesige königl. Provinzial-Schul-Collegium hat durch Circular-Versendung vom 3. Februar d. J. die könig-lichen Seminar-Directoren und Präparandenanstalts-Vorsteher unter Be-zugnahme auf den Erlaß des Herrn Unterrichts-Ministers vom 4. Mai 1876 (Centr.-Bl. 1876, S. 286 u. f.) davon unterrichtet, daß künftighin Anträge auf Zulassung von Präparanden, welche das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zur Aufnahme-Prüfung an einem Seminar nur in wirklich dringenden Fällen an jene Behörde gerichtet werden dürfen und alsdann durch eingehende Darlegung der für die Dringlichkeit maßgebenden Umstände zu begründen sind.

—ß. Zu den Ausweisungen. Den Woiwten, i. e. Ortsvorständen, in den russischen Grenzgebieten, welche Preußen und Oesterreich benachbart sind, ist dieser Tage eine neue Instruction in Betreff ihres Verhaltens den in ihren Verwaltungsgebieten anwesenden Ausländern gegenüber von den Gouvernements-Verwaltungen zugegangen. Obwohl die Details dieser Instruction noch nicht vollständig bekannt sind, ist es zweifellos, daß die darin enthaltenen Bestimmungen eine namhafte Einschränkung der den Ausländern in Rußland bisher eingeräumt gewesenen Freiheiten in Bezug auf Niederlassung, Zuzug und Bewegung involviren. In Bezugnahme auf das in den letzten Tagen des März zu erwartende Eintreffen von zahlreichen aus Preußen ausgewiesenen russischen Staatsangehörigen ist den Ortsvorständen aufgegeben, für Unterbringung, Verpflegung und Weiterbeförderung der Eintreffenden vorzubereiten zu sorgen und die zu Gunsten der Ankommlinge etwa gemachten Ausgaben bei den Ver-waltungsstellen zu liquidiren. Gleichzeitig sind die Grenzcontrolbeamten angewiesen, nur solche Ausgewiesene anzunehmen, die mit den von den russischen Behörden auf die betreffenden Personen ausgestellten Erlaubniß-scheinen versehen sind. Ausgewiesene, die ohne einen solchen Schein ihre Reise nach Rußland antreten sollten, können hiernach mit aller Bestimmtheit darauf gefaßt sein, daß sie an der Grenze ohne Weiteres zurück-gewiesen werden.

—d. Bezirksverein der Ohlauer Vorstadt. Die Versammlung vom 25. d. M. eröffnete der Vorsitzende, Kaufmann und Stadtverordneter Weinhold, mit der Mittheilung, daß königl. Polizei-Präsident habe auf eine Petition des Vereins, betreffend die Anlage einer Apotheke im nordwestlichen Theile der Ohlauer Vorstadt, dahin geantwortet, daß zur Zeit die Concessionirung einer neuen Apotheke im nordwestlichen Theile der Ohlauer Vorstadt nicht in Aussicht genommen sei. Zugleich wurde bemerkt, daß die Concessionirung neuer Apotheken seitens des Herrn Ober-Präsidenten erfolge. Der Vorstand habe nun, wie der Vorsitzende fort-führt, beschlossen, in dieser Frage keine weiteren Schritte zu thun, sondern dieselben den Interessenten zu überlassen. Die Versammlung tritt diesem Beschlusse bei. Nach einem Bericht des Herrn Springer über das jüngst abgehaltene Stiftungsfest des Vereins referirte der Vorsitzende über die wichtigsten Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung in letzter Zeit. Bei Besprechung des Pflasterungssetzts konnte Nedner als neu mittheilen, daß die vom Staatsauschuß gestellte Bedingung, wonach die Straße am Ohlau-Ufer von B. Scholz bis Mauritiusstraße erst dann gepflastert werden solle, wenn dieselbe in ihren Fluchtlinien vollständig regulirt sein werde, bereits erfüllt sei. Er (Nedner) habe selbst die Vermittelung zwischen dem einen Adjacenten jener Straße und dem Magistrat übernommen und dabei einen durchaus billigen Ausgleich erzielt. An das Referat knüpfte sich eine längere, anregende Debatte. Bei Besprechung des Etats der städtischen Sparkasse plaidirte die einzelnen Nedner gegen die vom Staats-Ausschuß empfohlene Resolution: „die Erwartung auszusprechen, daß Magistrat nach dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung vom 2. Juli 1885 bei der Vertheilung der Sparkassen-Ueberschüsse eine Zer-splitterung vermeiden und auf eine Verwendung derselben zur Erfüllung selbstständiger, im Interesse der ärmeren Klasse liegender öffentlicher Zwecke

Bedacht nehmen werde.“ Es wurde darauf hingewiesen, daß von den Ueber-schüssen der Sparkasse seit ihrem Bestehen ohnehin schon der Löwen-antheil von 1 1/2 Millionen Mark für rein städtische Zwecke und reichlich 1/2 Million Mark für Zwecke der Privatwohlthätigkeit verwendet worden seien. Eine Menge höchst wohlthätiger Anstalten sei geradezu bezüglich ihrer weiteren Existenz in Frage gestellt. Würden dieselben zu Grunde gehen, so würde nur wieder die städtische Armenliste vergrößert. Frage man, welche Zwecke man bei der Resolution im Auge habe, so höre man z. B. von der Errichtung von Winter-Volksbadeanstalten. Mit der Hygiene werde heutzutage etwas viel „Gumbug“ getrieben. Bezüglich eines neuen Sparkassen-Gebäudes konnte der Vorsitzende noch mittheilen, daß man wahrscheinlich einen vollständigen Neubau werde unternehmen müssen. Endlich sprach man sich noch allgemein für Erhaltung der jetzigen An-landestelle der Personendampfer im Unterwasser aus. Neben den Kaufleuten, welche ein Interesse an der Schlepsschiffahrt hätten, gebe es auch noch ein großes Breslauer Publikum, welches ein lebhaftes Interesse daran habe, die Anlandestelle der Personendampfer im Unterwasser so be-quem als möglich zu erreichen.

*** Schlesischer Provinzialverein für ländliche Arbeiter-Colonien.** Der Jahresbericht des Schlesischen Provinzialvereins für ländliche Ar-beitercolonien für das Jahr 1885 ist im Druck erschienen.

• Ueber den Bau der Eisenbahn-Ärde Trebnitz-Hunds-feld wird uns aus Trebnitz geschrieben: Die Arbeiten an dem Bau unserer Eisenbahn haben in Folge des anhaltenden Winters seit länger als einem Vierteljahre geruht; es steht jedoch zu erwarten, daß dieselben nunmehr mit dem Eintritt besserer Witterung halb wieder aufgenommen werden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, müssen die Arbeiten derart ge-fördert werden, daß die Geleisanlagen bis Bruckschine schon bis zum 20. August c. fertig gestellt sind. Bis zu diesem Termine sollen aber auch die Erdarbeiten in dem großen Einschnitt bei Raschen so weit vorge-schritten sein, daß dem Weiterlegen des Schienenstranges nichts mehr im Wege steht. Die Geleisanlagen müssen überhaupt bis zum 1. October c. soweit fertig gestellt sein, daß die ganze Strecke von Hunds-feld bis Trebnitz-alsdann mit Zügen befahren werden kann.

*** Hochwasser.** Das Wasser der Oder sowohl wie der Ohle ist seit gestern bedeutend gewachsen, so daß die Niederungen, wie Neuhaus, Althofnaß, Ottwitz u. s. w. gefährdet sind. Die Straße nach Jedlitz war seit gestern Nachmittag zeitweise überfluthet, zeitweise wasserfrei. Gegenwärtig ist sie wieder unter Wasser, doch dürfte sie bald von Neuem wasserfrei sein. Die Straße ist durch die Ueberschwemmung hart mitgenommen worden und wird wohl einer gründlichen Ausbesserung bedürfen. Der Seepegel zeigte heute Mittag 5,40 Meter, der Unterpegel 1,48 Meter Wasserhöhe. — Die Eismassen bei Wilhelmshafen sind gestern Nachmittag, wie wir bereits mittheilten, ununterbrochen über das Strauchwehr in die alte Oder abgegangen. Beim heutigen Eisgang sind mächtige Schollen an das Ufer gedrückt worden, wobei mehrere Sandbänke zerquetscht wurden. Wie man uns meldet, haben die Eismassen oberhalb der Stadt einigen Schaden angerichtet, insbesondere sind die Landungs-prahme der Dampfschiffe am „Derschlößchen“ und am „Grünen Schiff“ stark beschädigt worden, ebenso die Treppengeländer der Ueberschren-Heute Nachmittag hat sich das Eis vom Strauchwehr bis an die Sand-plätze zusammengeschoben. Man nimmt an, daß nunmehr das Eis der oberen Oder vollständig abgegangen ist. — Die Ohle ist eisfrei. — In sämtlichen Ortschaften, die vom Hochwasser bedroht, sind außerordentliche Maßregeln zur Verhütung der Gefahr getroffen worden; an den Dämmen und den hölzernen Brücken der verschiedenen Ortschaften sind Wachen aufgestellt worden. Der Landrath des Kreises Glogau, Graf Bilati, hat unterm 23. März mittelst Extrablattes folgende Bekanntmachung erlassen: Die drohende Hoch-wassergefahr veranlaßt mich, unter Hinweis auf die bereits von den Herren Deichhauptleuten im Kreisblatt erlassenen Bekanntmachungen die Herren Amtsvorsteher der an der Oder gelegenen Amtsbezirke zu ersuchen, sich davon persönlich zu überzeugen, daß die zu einem wirksamen Schutz der Deiche und Dämme erforderlichen Materialien und Werkzeuge in genügender Menge beschafft sind und im Falle des Bedarfs zur Verfügung stehen. Was die Entnahme von Erde und Steinen betrifft, so sind thunlichst schon jetzt diejenigen Stellen auszuforschen und zu bezeichnen, die sich für die Ge-winnung dieser Materialien am besten eignen. Es ist schon jetzt Vorsorge zu treffen, daß beim Eintritt eines außergewöhnlichen, mit Eisgang ver-bundenen Hochwassers sofort eine ausreichende Bewachung der Deiche speciell zur Nachtzeit Platz greifen kann. Wegen Einrichtung dieses Wachtendienstes wollen sich die Herren Amtsvorsteher gegebenen Falls auch mit den Herren Deichhauptleuten in Verbindung setzen, auch mit von jedem Falle, wo ein solcher Wachtdienst angeordnet ist, Mittheilung machen. Endlich ist mir von jeder drohenden Gefahr eines Bruches oder einer Ueberschüttung des Deiches sofort, auch in der Nachtzeit, durch besondere Boten Anzeige zu erstatten. —

ufer. Ihre Eitelkeit nach empfunderer Besiegung treibt sie aber wie in unserem Alterthum einzelne Geschlechter zu gehäuftem Blutrachen. . . Und Wilhelm Grimm schreibt über die Berufung nach Berlin aus Kassel, 9. December:

„Lieber Freund, Jacob ist vorigen Sonntag nach Berlin gereist, um die nöthigen Dinge dort abzuholen, wird aber wieder zurückkehren, da wir uns erst im Frühjahr übersiedeln wollen; in dem Winter würde es meiner Frau eine zu große Last sein, vielleicht auch nach-theillich auf ihre Gesundheit wirken, die noch immer muß geschont werden. Wie es uns in Berlin gefallen wird, weiß ich noch nicht, das Bild, das sich in der letzten Zeit davon in mir festgesetzt hat, ist gerade nicht günstig, vielleicht zeigt sich manches in der Nähe besser. Zeit wird immer nöthig sein um anzuwurzeln. Die Muse, die uns gewährt wird, ist ja glücklich, und ehrenvoll auch, da das Recht, Vorlesungen bei der Universität zu halten, ausdrücklich in dem Berufungsschreiben genannt wird. So ist denn das Entsehungsdereet, das uns für unwürdig erklärte zu lehren, beantwortet. Was uns aber einen großen Theil der Freude wegnimmt und den übrigen verbittert, ist Dahlmanns Geschick, der am 1. nach Bern zugefagt hat. Es wird tief einschneiden, daß ein solcher Mann seinem Vater-land den Rücken kehren muß. Denn es ist politischer Einfluß, daß man ihn nicht anstellt, das weiß ich aus sicherer Quelle, was auch das sächsische Ministerium sagt, das sich in dieser Sache erbärmlich benimmt.“

Sehr interessant ist ein von Wilhelm Grimm am 27. Mai 1841 an Gervinus gerichteter Brief, in welchem der Verfasser über die während des mehrmonatlichen Aufenthalts in Berlin gewonnenen Eindrücke berichtet.

„Unsere persönliche Stellung ist so glücklich als wir es nur wünschen können, volle Freiheit und doch auch die Möglichkeit, bei der Universität wirksam zu sein; wir erkennen das dankbar an. Wir wollen so zurückgezogen als möglich leben, und hoffen das auch durchzuführen. Der Eindruck, den mir das Leben im Ganzen hier macht, ist so wie ich es mir vorgestellt habe. Die Leute sind artig, verbindlich und freundlich, aber daß ich viele gefunden hätte, bei denen mir das Herz ausgegangen wäre, das kann ich eben nicht sagen. Der König hat etwas Wohlwollendes, Geistreiches und Gutmüthiges in seinem Wesen, er spricht gut und ungezwungen. Er äußerte sich gütig gegen uns und sagte, als er uns entließ, „ich heiße Sie nochmals hier willkommen“. Daß er den besten, reinsten Willen hat, glaube ich, aber freilich seine Aufgabe ist schwer.

Was die betrifft, die hier in Amt und Wirkamkeit stehen, so scheint mir das richtig, was mir ein Mann sagte, der schon lange den Gang der Dinge aufmerksam betrachtet hat und wacker und ein-sichtsvoll ist. Ein Drittel ist ganz gleichgültig gegen alle öffentliche Angelegenheiten, ein Drittel ist selbstschuldig, kümmert sich nur um weiteres Emporkommen, guten Gehalt, Geheimrathstitel und Orden, und ärgert sich über jeden, der an etwas anderes denkt, ein Drittel sind Leute, die eine wirkliche Gesinnung haben. Darunter sind red-liche, achtungswerthe Männer, aber nur die, zwar der Zahl nach nicht große, doch einflußreiche Partei der Ultras, verbunden mit den Pietisten, weiß was sie will und steuert auf ihr Ziel los; die, welche ihnen entgegen stehen, haben unter sich keinen Zusammenhang, d. h. jeder hat eine absonderliche Meinung von dem was gut und wünschens-werth wäre. Das Facit aus einem solchen Verhältniß läßt sich leicht berechnen.“

Die politische Situation, wie sie in den vierziger Jahren vor der Revolution beschaffen war, findet ihren Ausdruck in einem vom 16. Januar 1843 datirten Schreiben Wilhelm Grimms, in welchem es heißt:

„Es giebt hier eine Anzahl wackerer wohlgesinnter Männer, geistig ausgezeicnet genug, aber es herrscht doch so viel weltliche Klugheit und vorsichtige Zurückhaltung, daß die Fragen, welche die Gegenwart ernstlich genug angehen, fast nie berührt oder mit einer anmutigen und witzigen Wendung sogleich zurückgewiesen werden. „Man stellt sich hier unbefangen“, sagte ich neulich zu jemand, der es ebenso macht, „man ist es aber nicht“. Man fühlt, daß man sich frei-müthig äußern muß, man nimmt auch, wenn gar nicht auszuweichen ist, den Schein davon an, aber es kommt doch in der That nicht dazu. Ich hoffe, daß sich das nach und nach bessert, es kommen auch schon hier und da grüne Spitzen aus dem Sand heraus. Das beste ist, daß der König selbst offene und freie Gesinnung und Aeußerung liebt, aber es wird doch Zeit darauf gehen, ehe das stockige Blut in den Adern wieder in Fluß kommt. Dahlmann's Anstellung (in Bonn) war ein schöner Vertrauen erregender Schritt, und ich glaube, daß der Entschluß dazu frei aus dem Herzen des Königs gekommen ist. Die andern, auch die es gerne gesehen hätten, hätten doch den Muth dazu nicht gehabt. Es war nahe dran, daß er hier blieb, vielleicht war es für ihn besser, daß er Bonn vorzog.“

Der Briefwechsel zwischen Dahlmann und Gervinus erstreckt sich bis in das Jahr 1860. Recht charakteristisch ist ein Brief des letzteren vom 24. December 1859:

„Berlin hat für uns durch die gleichzeitige Uebersiedlung Bloch's, Bessler's, Duncker's, Baumgarten's und Drosen's eine ganz befreundete Atmosphäre erhalten. Versenkt in diese Gesellschaft und in meine Aeten habe ich von dem Weltleben dort wenig gespürt. Es ist aber ein Jammer (so viel habe ich mir dort bestätigt), daß in diesen Zeiten, wo die österreichischen Zustände zu einer innerlichen Verrottung und Zerfall führen, dort in Preußen so gar kein Schwung ist, um einen vernünftigen Antritt des Erb-es vorzubereiten. Etwas weht mich aus den dort gehörten Reden an: als ob den Prinz-Regenten eine unbestimmte Neigung beherrsche, Preußens Macht und Ansehen durch eine Kriegethätigkeit neu fest-zustellen.“

Aus diesen hier mitgetheilten Proben ist zu ersehen, daß der zweite Band des „Briefwechsels u.“ für denjenigen, der die Zeit-ereignisse zu studiren liebt, wie sie sich in dem Geiste der Zeitgenossen spiegelten, schätzenswerthes Material enthält.

50 Jahre deutscher Bühnengeschichte. 1836—1886. Von Alwill Näder. Berlin. Verlag von Freund und Jodel (Carl Freund).

In diesem Jahre beging der „Deutsche Bühnen-Almanach“ das Jubiläum seines fünfzigsten Jahrganges. Aus diesem Anlaß hat Alwill Näder das in sämtlichen früheren Jahrgängen niedergelegte theater-statistische Material in einer ungemein fleißigen Arbeit zu einem interessanten Beitrag für eine Theatergeschichte des letzten halben Jahrhunderts zu-sammengestellt. Die bekannte Verlagsbuchhandlung von Freund u. Jodel hat nun die Näder'sche Studie als selbstständiges Buch veröffentlicht, was von dem größeren theaterliebenden Publikum mit Dank aufgenommen werden wird. Der reiche Inhalt des Werkes ist eingetheilt in 15 Ab-schnitte, von denen sich die ersten drei mit der Geschichte des Bühnen-Almanachs beschäftigen. Die anderen Capitel behandeln die Topographie der deutschen Theater während der letzten fünfzig Jahre; die deutschen Bühnen im Auslande, Künstler-Garrieren seit 1836, berühmte Kinder und Kinder-rollen u., Theater-Directoren in Wien und die Wiener Theater, Dresden und München, Hof- und Stadttheater, Berlin und die Entwicklung der Bühnenverhältnisse in der deutschen Reichshauptstadt, Geschichte der Gast-spiele u. Unter den Abrissen der Geschichte der größeren Stadttheater be-zindet sich auch ein solcher des Stadttheaters in Breslau. An der Schwelle der hier geschilderten Periode steht der fatale Theaterbankrott der Direction Haake (1834—38), am Ausgang derselben die Direction Brandes.

*** Universitätsnachrichten.** Die Akademie der Wissenschaften in Berlin hat in ihrer letzten Sitzung u. a. ein Reisestipendium von 1200 Mark Herrn Prof. Chun in Königsberg zu biologischen Forschungen an der zoologischen Station zu Neapel bewilligt.

Aus Ratibor wird heute Mittag eine Wasserhöhe von 4,70 Meter gemeldet. Die Niederungen im Thale sind unter Wasser gesetzt. Man befürchtet noch immer eine Ueberschwemmung des ganzen Oberthales. — Die Meisse ist bereits eisfrei. In Glas zeigte der Pegel heute Mittag eine Wasserhöhe von 0,89 Meter. Wiber erwarten hat sich der Abgang des sehr starken Eises ohne jeden Unfall vollzogen. Man hofft, vom Hochwasser verschont zu bleiben, auch wenn das rapide Schmelzen des Schnees in den Gebirgen fortbauert. — Aus Brieg wird uns heute geschrieben: Der Brückenpegel zeigt seit heute früh 16 Fuß Wasserhöhe. Gestern schwankte bei dem bald geringerem, bald stärkerem Eisgange der Wasserstand an der Oberbrücke zwischen 14½ bis 15½ Fuß. Glücklicherweise ist der Eisgang diesmal ohne größere Fährnisse von Statten gegangen. Gegen Abend durfte derselbe als beendet erachtet werden. Am Mittag trat Neuwasser von Linden her ein. Dasselbe ging in Folge einer Eisverfegung in den Wald und brückte nach Brieg zurück, das ganze weite Inundationsgebiet auf der rechten Stromseite bis an den Garben-dorf-Scheldewitzer Deich unter Wasser setzend. Seit heute früh streicht die Wasserkuth über den oberhalb belegenen Treibedamm am Albrahamsgraben hinweg und hat sich mit dem Stauwasser vereinigt, so daß nunmehr auch die ganze „Aue“, d. i. der umfangreiche Exercierplatz, völlig unter Wasser steht. Interessant war es zuzuschauen, als gestern Mittag die Hagen und Hügel vor der einbrechenden Fluth zu entkommen suchten. Noch interessanter indeß gestaltete sich das Schauspiel der Vergung der Schließfluthen unserer Flur. Dieselben mußten mit einem vier-rädrigen Karren über einen breiten Wassergraben setzen und alsdann, etwa 1000 Meter bis über die Kniee im Wasser wadend, die hochbelegene Gasse — Brieg-Namslau — zu erreichen suchen. — Aus Hirschberg wird uns gemeldet: Gestern Nachmittag machte sich ein rapides Steigen des Bober bemerkbar. Der Pegel zeigte 1,75 Meter Wasserhöhe. Bis heute früh war ein weiteres bedeutendes Anwachsen nicht zu bemerken. Die hiesigen Telegraphenbeamten sind schon seit einigen Tagen angewiesen, bei drohender Hochwassergefahr auch während ihrer freien Zeit sich dienstfertig zu halten. — Da das Wetter hier schön und trocken ist und vom Hochgebirge günstige Wetter-Nachrichten einlaufen, so ist wohl zu hoffen, daß das Hirschberger Thal dieses Mal mit einer Ueberschwemmung verschont bleibt.

— **ß-Bierfang.** In Folge des Eintritts der warmen Witterung haben sich hier und am Strachwehre bereits die Schwarzbäuche gezeigt. Letztere sowohl wie auch Alkraupen sind bereits gestern eingefangen worden. Sobald die Witterung wärmer werden wird, dürften die Schwarzbäuche noch in größeren Massen erscheinen.

+ **Latare-Vieh- und Pferdemarkt.** Der am künftigen Mittwoch den 31. März cr. hier selbst abgeraumte Latare-Vieh- und Pferdemarkt wird wie gewöhnlich auf dem Plage vor dem Schießwerder abgehalten.

+ **Verzug.** Vor einigen Tagen kam ein Unbekannter zu der Frau eines auf der Neuen Talschloßstraße wohnhaften Nittergutsbesizers und bot derselben Kartoffeln zum Kauf an. Da dieselben für gut befunden wurden, so bestellte die Dame eine größere Quantität. Etwa eine Stunde später erschien der Unbekannte abermals mit der Meldung, daß die Kartoffeln angelangt seien, worauf er dahin beschiedenen wurde, die Kartoffeln in den Keller zu schütten, woselbst das Dienstmädchen beschäftigt sei. Nach einer Viertelstunde verlangte der Betrüger als Bezahlung für die abgelieferten Kartoffeln 3 Mark, welche er auch erhielt. Als hierauf das Dienstmädchen aus dem Keller kam, stellte es sich heraus, daß Niemand Kartoffeln abgeliefert und man es daher mit einem Schwindler zu thun gehabt hatte.

+ **Verirrtes Kind.** Gestern Nachmittag wurde auf der Ohlauerstraße ein dreijähriges Mädchen angetroffen, welches sich verirrt hatte und weder den Namen noch die Wohnung seiner Angehörigen zu bezeichnen wußte. Die kleine hat hellblondes Haar, ist mit dunkelgrünem Kleide, heller Kattunschürze, chocoladenfarbener Capotte, rothen Strümpfen und Lederhübschen bekleidet, und trägt ein paar goldene Ohrringe. Die kleine befindet sich gegenwärtig im städtischen Armenhause.

+ **Aufgefundener Leichnam.** Gestern wurde von Schiffen unweit der Mittelmühle der Leichnam einer etwa 20- bis 25-jährigen unbekannten Frauensperson aus der Oder gelandet. Dieselbe hat braunes, volles Gesicht, stumpfe Nase und vollständige Zähne; sie war mit schwarzen Mohair-tuche, grauer Taille, rothem Leibchen, grauwollenem Unterrock, grünem Kleide, blau und weiß pünktlicher Schürze, blauen Strümpfen und Leder-gamaschen bekleidet. Der Leichnam, welcher anscheinend einige Wochen im Wasser gelegen hat, wurde alsbald nach dem königlichen Anatomiegebäude geschafft.

+ **Polizeiliche Meldungen.** Gestohlen: einem Unteroffizier von der 9. Comp. des 2. Schlesischen Grenadier-Regiments Nr. 11 aus ver-schlossener Stube des Kasernengebäudes ein Paar Extraleinwand, ein Paar Extrastiefel und ein Taschenuhr; den Lehrlingen eines Badermeisters von der Köpferstraße aus ihrer Schlafstube eine Menge Kleiderstücke sowie eine Spindeluhre mit der Jahreszahl 1879; einem Bändler von der Feld-strasse aus seiner Wohnung eine silberne Remontuhr mit Goldrand und mit der Fabriknummer 81,260 nebst silberner viergliedriger Kette; einem Dienstmädchen von der Gartenstraße im Saale des Friebeberges ein schwarzer mit Blau bester Mantel; der Frau eines Rechtsanwalts von der Graupenstraße ein Portemonnaie mit Gelbhalt, einem Fräulein von der Althöferstraße eine dreifache Corallenfette mit goldenem Schloß; einem Fräulein vom Lebdamm ein schwarzer Atlasjächer im Carton. — Gefunden wurde ein schwarzer Damendüffelmantel, ein Portemonnaie mit Gelbhalt und ein schwarzer Negenschirm. Die gefundenen Gegenstände werden im Bureau Nr. 4 des Polizei-Präsidiums aufbewahrt.

* **Ueber die Feier des Geburtstages des Kaisers** sind uns noch nachträglich aus Gottesberg, Konigsb., Götze, Frankenstein, Trebnitz, Ober-Glogau, Lissa u. Verichte zugegangen. Aus allen ist ersichtlich, daß der Geburtstag des Kaisers durch Festlichkeiten der mannigfaltigsten Art in würdiger Weise begangen worden ist. Gottesdienste, Schulfestlichkeiten, Paraden, Festreden, Bankette, Bälle und Kränzchen wurden allerorten veranstaltet; die Städte schmückten sich mit Flaggen in deutschen und preußischen Farben. Unsere Verichte über die Geburtstagsfeier schließen wir hiermit.

— **Gottesberg, 24. März.** [Aus der Stadtverordneten-Sitzung.] Unter Vorsitz des Bergwerksdirectors Berndt fand gestern Abend eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt. Wir entnehmen daraus Folgendes: Von Er. Durchl. dem Herrn Fürsten von Pleß ist ein Dankschreiben für die Glückwünsche zur Vermählung eingegangen. Der Polizeiergeant Anders wird nach abgelegter Probezeit lebenslanglich angestellt. Der Bahnverwaltung zu Zellhammer wird die in unmittelbarer Nähe gelegene städtische Wasserquelle unentgeltlich zur Benutzung über-lassen, da das Brunnenwasser des Bahnhofes nicht trinkbar ist. Die Aus-arbeitung eines neuen Communalsteuer-Regulativs wird einer Commission über-wiesen. Der Steuerfah von 130 resp. 180 pCt. für das Etatsjahr 1886/87 ist vom Bezirksauschuß bereits genehmigt. Von disponiblen Geldern soll ein Capital von 1800 M. abgetrieben werden. Zu dem in Aussicht genommenen evangelischen Schulbau hat die Commune 40 000 M. bewilligt. Der Bau kostet aber 100 000 M., folglich müßten von anderer Seite 60 000 M. beschafft werden. Die Rgl. Regierung theilt nunmehr mit, daß Gelder zur Unterstützung nicht disponibel sind, und ordnete daher die Annullation eines Schulbaufonds an. Die Vor-berathungs-Commission schlägt vor, in den Etat alljährlich 500 M. aufzu-nehmen, was die Veranlagung genehmigt. Zur Erlangung der fehlenden 60 000 M. gebietet man unter Umständen persönlich bei dem Herrn Minister vorstellig zu werden. Herr Bürgermeister Hentschel wird zur zeitweiligen Uebernahme der Geschäfte des Amtsbezirks Zellhammer die Genehmigung erhalten. Herr Dr. Virchow erhält als Communalarzt vom 1. October cr. ein Honorar von 300 M.

D. **Viegnitz, 25. März.** [Entlassungsprüfung. — Hypotheken-bank. — Pestalozzi-Verein.] Bei der heutigen, unter Vorsitz des Herrn Regierers- und Schulraths Sander aus Breslau stattgehabten Entlassungsprüfung an unserer höheren Bürgerschule — Wilhelms-Schule — erhielten sämtliche 5 Schüler, welche sich an derselben betheiligten, das Zeugniß zur Befähigung für den Einjährig-Freiwilligen-Dienst, einer unter Einbindung von der mündlichen Prüfung. — Die Viegnitzer Hypothekenbank — eingetragene Genossenschaft — hatte gestern ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung. Nach dem ausgegebenen Ver-waltungsbericht beträgt die Mitgliederzahl 196. Die Activa bestehen in 759 726,48 M. Hypotheken, 427 896,10 M. Wechsel, 358,79 M. Baar,

54 686,50 M. Effecten, 100 M. Deposita und 41 862,78 M. Buchwerth der Feldmühle zu Polshildern. Die Passiva setzen sich zusammen aus 68 791,16 M. Mitglieder-Guthaben, 13 587,69 M. Referendons, 1032 101,96 M. Darlehne, 113 605,54 M. Spareinlagen, 5993,99 M. Gewinn. Von letzterem wurden 2500 M. dem Referendons überwiesen und der Rest als Dividende vertheilt. Es entspricht dies einer Dividende von 4 pCt. Bei der zum Schluß der Verhandlungen vorgenommenen Ergänzungswahl wurden die Herren Schramm als Kassier, Krimmer, Krumbholz, Winter als Mitglieder des Aufsichtsraths wiedergewählt und Geisler als Mitglied des letzteren neu gewählt. — Der hiesige Pestalozzi-Verein hatte zum Besten seiner Kasse gestern Abend im großen Schießhause eine Soirée veranstaltet, welche von außerordentlich günstigem Erfolge begleitet war, sowohl in künstlerischer wie in finanzieller Beziehung. Das Haus war ausverkauft. Das Programm enthielt Chorgefänge, Quartette, Duette und eine Operette. Sämmtliche mitwirkende Kräfte ernteten reichen, aber auch wohlverdienten Beifall. Besonders hervorzuheben sind die Leistungen von zwei Damen, Fräulein Michler und Fräulein Willen-berg, sowie die außerordentlichen Verdienste der Herren Seminar-Musik-lehrer Baumert und Lehrer Hüsing als Componisten wie als Diri-genten. Selbstverständlich schloß ein Tanzkränzchen den angenehmen Abend.

* **Umschau in der Provinz. § Frankenstein.** Nach er-folgter Bestätigung des Statuts für die von der gemeinsamen Orts-frankensteiner der Stadt Frankenstein abgezwigte Betriebsfrankensteiner der Strohhutfabrik von Schindler u. Prager, in Firma C. Prager, hier-selbst durch den Bezirks-Ausschuß in Breslau, wurden in einer am 24. d. Nachmittag unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Studemann als Commisnar im Stadtverordneten-Sitzungssaale abgehaltenen ersten General-Verammlung aus der Mitte der Arbeiter durch Acclamation ersten Personen als Beisitzer gewählt, welche mit dem Mitinhaber des Fabrikgeschäftes Herrn M. Schindler den Vorstand bilden. Die Kasse zählt 65 Mitglieder. — Da der Kreis-Ausschuß-Assistent Rieger seine Stellung hier aufgibt, übernimmt für ihn vom 1. April c. ab der Kreis-Ausschuß-Kassant Schmidt die Kassengeschäfte für die gemeinsame Ortsfrankensteiner für den nördlichen Theil des Kreises Frankenstein. — **Grünberg.** Der Stadt-haushalts-Gat hiesiger Stadt pro 1886/87 balancirt in Einnahme und Ausgabe mit 347 000 M. und nicht, wie vor Kurzem irrthümlich von hier berichtet wurde, mit 213 000 M. — **Hirschberg.** Zu Ehren des Herrn Pastor Weiss, welcher am 25. d. mit dem Frühzuge unsere Stadt verließ, um seiner Berufung zum dritten Prediger der St. Salvatorischen in Breslau zu folgen, fand am Mittwoch im Hotel Thamm ein Abschieds-Abschiedsessen statt, an welchem die Mitglieder des Gemeinde-Kirchenraths und der Gemeinde-Vertretung sich in größerer Anzahl betheiligten. — Am 14. Juli c. wird hier eine Rinderschau, verbunden mit einer Ausstellung von Pferdezeug-Material, abgehalten werden. — **Königsb.** In der Nacht vom 17. zum 18. d. wurde im benachbarten Lagewitz, der „Königsb. Ztg.“ zufolge, der 59-jährige Schlafmeister Geisler von 3 Bewohnern des Schlafhauses mit Pfaffen und Abfäßen so arg zugerichtet, daß am 18. d. an den erhaltenen Verletzungen verstarb. Die drei Angreifer wurden in Haft genommen. — **Kreuzburg.** Am 22. d. feierte der hiesige Klempnermeister Dertel das 50-jährige Bürger-Jubiläum. Dem Jubilar, welcher noch sein Hand-werk betreibt, wurden seitens der Stadt durch eine Deputation, mit dem Bürgermeister Müller an der Spitze, die Glückwünsche dargebracht. Für die demnach stattfindende Stadtverordneten Sitzung ist eine Vorlage ein-gebracht worden, nach welcher dem Jubilar das Bürgerrechtsgeld von 20 Mark zurückerstattet und er selbst von jeder persönlichen Communal-steuer befreit werden soll. — **Landeshut.** Am dem am 24. d. unter Vorsitz des königl. Provinzial-Schulraths Dr. Sommerbrodt abgehal-tenen Abiturienten-Examen an hiesigem Realgymnasium betheiligten sich 3 Ober-Prüfanten, welche sämmtlich das Zeugniß der Reife erhielten. Einem Abiturienten war das mündliche Examen auf Grund seiner schrift-lichen Arbeiten erlassen worden. — In seiner letzten Sitzung beschloß der hiesige katholische Kreis-Lehrer-Verein einstimmig den Anschluß an den Provinzial-Verein. — **Löwenberg.** Am 24. d. fand am hiesigen Real-gymnasium unter Vorsitz des Provinzial-Schulraths Herrn Dr. Savi-kiß die Abgangsprüfung statt, wobei zwei Abiturienten das Zeugniß der Reife erlangten. — Bei der am 24. d. erfolgten Neuverpachtung des Schießhauses hatten sämmtliche 7 Bieter das Meistgebot von 690 Mark abgegeben. Der Zuschlag erfolgt in 8 Tagen. Der bisherige Pächter hatte sich bei dem Bieter nicht betheiligt. — **Meisse.** Der Fortificationssecretär Rechnungsrath Winkler hier selbst feiert am 3ten April c. sein fünfzigjähriges Jubiläum. — **Strehlen.** Das erste Adreßbuch der Stadt Strehlen ist nunmehr bei Paul Schwarzer hier-selbst erschienen. — **Waldenburg.** Der Geh. Regierers- und Pro-vinzial-Schulrath Dr. Sommerbrodt unterzog am Mittwoch Vormittag von 8 bis 12 Uhr das hiesige Gymnasium einer Revision. — **Zobten.** Bei der Feier des Geburtstages unseres Kaisers ereignete sich hier ein be-trübender Unfall. Als beim Ablassen von Böllern der eine Schuß ver-sagte, wollte der Sattlermeister S. ein neues Zündhütchen aufsetzen. Hier-bei entlud sich der Schuß und verletzte den S. so arg im Gesicht, daß der-selbe die Straft eines Auges einbüßen wird.

Stadtverordneten-Verammlung.

H. Breslau, 26. März.
Die heut abgehaltene außerordentliche Sitzung wurde von dem Vor-sitzenden, Stadtv. Beyerndorf, gegen 4½ Uhr mit einigen Mittheilungen eröffnet, von denen wir folgende hervorheben:

Magistrat theilt der Verammlung mit, daß er zur Zeit noch nicht in der Lage sei, eine Vorlage in Betreff der Aufstellung einer Normaluhr zu machen. Er habe indeß die nöthigen Schritte gethan, um Informationen über verschiedene anderweit zur Verwendung gelangte Uhr-Systeme zu er-halten; er hoffe nach getroffener Auswahl etwa im August c. in der Lage zu sein, der Verammlung weitere Vor schläge unterbreiten zu können.

Nach einer weiteren Mittheilung des Magistrats hat die Rgl. Regierung die Neuorganisation der Lehrergelder an den hiesigen städt. Elementar-schulen auf der Grundlage eines Durchschnittsgehalts von 1875 M. jähr-lich von Schulaufsichtswegen genehmigt und hierbei ihre Genehmigung über diesen erfreulichen Fortschritt des hiesigen Elementar-schulwesens aus-gedrückt.

Der Magistrat benachrichtigt sodann die Verammlung, daß auf Antrag der Feuer-Versicherung-Deputation der für das Jahr 1885 zu entrichtende Feuer-Versicherungsbeitrag auf 60 Pf. pro 1000 M. festgesetzt worden ist.

Demnach erfolgte die Einführung und Vereidung der zu unbefohlenen Stadträthen ge-wählten Stadtverordneten Frey und Schäfer. Bürgermeister Dichtuth überreichte denselben, nachdem sie durch die Herren Dr. Elsner und Dr. Lion in den Saal geleitet worden waren, zunächst die betreffende Ver-fügung des Herrn Regierers-Präsidenten und richtete dann an sie die von uns oben mitgetheilte Ansprache.

In die Tagesordnung eintretend, erklärt sich die Verammlung zunächst mit dem Verkauf einer Doranparzelle in Hasenau einverstanden, ge-nehmigt sodann nach kurzer Discussion den Ankauf einer Parzelle von dem Grundstück Gräbichenerstraße Nr. 5 und überweist sodann die Vorlage des Magistrats, betreffend die Feststellung der Fluchtlinien einer Verbindungs-straße zwischen der Kloster- und Vorwerkstraße (siehe Nr. 208 d. Ztg.) dem Grundeigenthums- und dem Bauausschuß zu gemeinsamer Vorbe-rathung.

Demnach geht sie zur definitiven Feststellung des Stadthaushalts-Stats (s. Nr. 208 d. Ztg.) über.

Stadtv. Milch beantragt, nachdem er die in Folge der Special-Ver-rathungen sich ergebenden Zahlen kurz motivirt hat, Namens des Aus-schusses die definitive Festsetzung desselben nach den Anträgen desselben, indem er noch hinzufügt, daß Magistrat die in den Etat des Extraordinariums eingefegte Summe von 7775 M. zur Verstellung des Ufers der alten Oder an der Fürstenbrücke zurückgezogen habe, da derselbe der Ansicht ist, daß die Com-mune infolge der Aufhebung der Ufer-, Warte- und Geogebung nicht mehr zur Instandhaltung dieses Ufers verpflichtet sei. Wenn die Verammlung der Abweisung dieser Summe zustimme, so ermähige sich dementsprechend die Ausgabe. Der Staats-Ausschuß habe sich auch mit der angeregten Frage beschäftigt, ob eine Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Lehr-anstalten sich vielleicht empfehle. Er sei aber der Meinung, daß bei der gegenwärtigen Enge und da anzunehmen sei, daß die Regierung eine Erhöhung über 100 M. hinaus nicht genehmigen werde, es sich nicht empfehle, die Bürgerschaft in dieser Beziehung in Unruhe zu versetzen. Ebenso habe sich der Staats-Ausschuß gegen eine Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Bürgerschulen erklärt, da eine solche gerade den mittleren Bürger- und kleinen Beamtenstand am schwersten treffen würde.

Stadtv. Dr. Steuer motivirt sodann kurz den Antrag des Staats-Ausschusses, betreffend die Interpretation des § 5 des Preussisch-Regulativs, dahin, daß derselbe nur auf Kinder einheimischer Eltern Anwendung finde.

Die Verammlung tritt den Anträgen des Staats-Ausschusses ohne Discussion bei.

Verpachtung. Mit der vom Magistrat auf G. und vorangegangener Licitation empfohlenen Verpachtung der Jagdnutzung am den gutsherrlichen Pachtlandereien und in den Forsten zu Herrnproß und Johannisberg an den Kaufmann und großbritannischen Viceconsul G. Humm. t für sein Meistgebot von 1605 M. per anno erklärt sich die Verammlung auf An-trag des Referenten, Stadtv. Briesemuth, einverstanden.

Festsetzung der Einheitspreise für Straßenpflaster pro 1886/87. Wie wir bereits in Nr. 208 mitgetheilt haben, empfiehlt Magi-strat als Einheitspreis pro 1886/87 festzusetzen pro Quadratmeter Pflaster 13,50, per lfd. Quadratmeter Granit-Bordschwelle 3,90, pro Quadratmeter Bürgersteigpflaster 5,75 M. Die Vorlage wird auf Antrag des Referenten Stadtverordneten Ehrlich dem Ausschuß V überwiesen.

Dampferlandestelle im Unterwasser. Magistrat hatte beantragt, daß die Dampferlandestelle im Unterwasser an die Frankfurter Güter-Eisen-bahn-Gesellschaft auf ein ferneres Jahr vermietet werde und daß das Miethsverhältnis stets auf ein weiteres Jahr als verlängert gelten soll, wenn von keinem der beiden Theile bis zum 1. October des Vertrags-jahres gekündigt wird. Dieser Antrag wurde dem Ausschuß VIII über-wiesen, der nunmehr empfiehlt, den ersten Theil des Antrages, die Ver-mietung auf 1 Jahr, zu genehmigen, den zweiten Theil aber, betr. die Prolongation des Vertrages, abzulehnen, dagegen den Magistrat zu er-luchen:

- 1) mit der qu. Gesellschaft wegen einer anderweiten Anlegestelle für die Passagierdampfer in Verhandlung zu treten;
- 2) bei der Gesellschaft auf eine bessere Innehaltung der Fahrordnung hinzuwirken.

An Stelle des noch nicht anwesenden Referenten, Stadtv. Dr. Gras, begründet Stadtv. Milch die Anträge des Staats-Ausschusses. Es sei bei der eingehenden Verathung darauf aufmerksam gemacht worden, daß durch das Anlegen der Personendampfer das Ein- und Ausladen auf dem städti-schen Bachhofe erschwert werde und dasselbe auch den Schiffen, die weiter oben anzulegen gezwungen seien, hinderlich wäre. Obgleich sich Stimmen erhoben hätten, die von einer Verlängerung des Vertrages überhaupt nichts wissen wollten, habe der Ausschuß doch geglaubt, daß die Zeit schon zu weit vor-geschritten sei, um jetzt kurz vor Eröffnung der Schiffsahrt der Gesellschaft diesen Platz nicht mehr zu überlassen. Daher habe der Ausschuß die be-ziehenden Anträge gestellt, deren zweiter darin seinen Grund habe, daß im vorigen Jahre der Fahrplan sehr oft nicht inne gehalten worden sei.

Der inzwischen erschienene Stadtv. Dr. Gras bittet den Magistrat dringend, darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht abermals auf längere Zeit der betr. Gesellschaft gestiftet werde, dort anzulanden. Wenn man die Frage so stelle, ob der Verkehr auf dem Bachhofe belästigt würde, müsse er zugeben, daß diese Belästigung keine erhebliche sei; frage man aber, ob der Verkehr vor dem Bachhofe leide, so müsse das entschieden bejaht werden. Er (Redner) habe sich über die localen Verhältnisse informiert und könne versichern, daß an der Wilhelm-sbrücke eingeeignete Anlageplatz sei. Man dürfe auch in einer großen Stadt, wie Breslau, der Bequemlichkeit des Vergnügens suchenden Publikums wegen die Interessen des Frachverkehrs nicht hintenanstellen.

Hierauf werden die Anträge des Ausschusses angenommen.

Bau einer Turnhalle. Bezüglich des Antrages, betreffend den Bau einer Turnhalle auf dem Schulgrundstück der Mädchen-Mittelschule I haben wir in Nr. 208 d. Ztg. Näheres mitgetheilt. Referent, Stadtv. Schom-burg, beantragt Vorberatung durch den Ausschuß.

Die Verammlung beschließt demgemäß.

Es folgt nunmehr die Verathung des Pflasterungs-Stat. Nachdem die Verammlung in der Sitzung vom 11. März c. zu Neu- resp. Umpflasterungen pro 1886/87 die Summe von 308 000 M. bewilligt hatte, wurden die Anträge des Magistrats, sowie ein Antrag des Stadtv. Dr. Auerbach, betreffend die Belegung des Fußweges an der Nordseite des Salvatorplatzes mit Trottoir, und des Stadtv. John, betreffend die Umpflasterung der Malergasse und der Engelsburg, nochmals dem Staats-Ausschuß überwiesen. Die Vorschläge desselben haben wir in Nr. 208 d. Ztg. mitgetheilt. Wir fügen noch hinzu, daß event. Ersparnisse bei einzelnen Positionen mit zur Pflasterung der Malergasse verwendet werden sollen. Der Antrag Auerbach soll dem Magistrat zur Berücksichtigung aus Titel IV, 3, „zur Unterhaltung unge-pflasterter Straßen und Plätze“, überwiesen werden.

Nachdem Stadtv. Ehrlich die Ausschuß-Anträge kurz begründet hat, bringt Stadtv. Schmidt II die Schädigung des Pflasters durch den irrationalen Fußbeschlag zur Sprache.

Stadtv. Simon bedauert, daß der Staatsauschuß, nachdem die alljähr-liche Einstellung einer größeren Summe für Neu- und Umpflasterungen auf drei Jahre beschlossen worden sei, es nicht für angezeigt erachtet habe, einen Plan für die Arbeiten der nächsten drei Jahre aufzustellen.

Stadtv. Geier beantragt die Enbloc-Akademie der Ausschußanträge, welche das Resultat sehr eingehender Verathungen seien.

Stadtv. Milch weist nach, daß es dem Ausschuß unmöglich und auch gar nicht seine Sache gewesen sei, in der vom Stadtv. Simon gewünsch-ten Weise vorzugehen. Nach einer kurzen Discussion zwischen dem Stadtv. Vogt und Schmidt II, über die von letzterem angeregte technische Frage, wird die General-Discussion geschlossen.

Da gegen die Enbloc-Akademie der Ausschuß-Anträge Widerspruch er-hoben wird, so muß die Verammlung in die Specialverathung eintreten, deren Resultat jedoch die unveränderte Annahme der Ausschuß-Anträge ist. In derselben spricht Stadtv. Markfeldt für die Pflasterung der Gabis-straße, Stadtv. Sachs II. befürwortet diejenige der Carlstraße und Ab-setzung der Berlinerstraße, deren Verkehr kein so erheblicher sei. Stadtv. Simon weist demgegenüber darauf hin, daß es sich bei der Pflasterung der Berlinerstraße in erster Linie um eine Entlastung der durch Pferde-bahn und Militär außerordentlich stark frequentirten Friedrich-Wilhelm-straße handelt.

Stadtv. Schimmelmann weist bezüglich der Pflasterung des Ohlauer-stadtgrabens von der Klosterstraße bis zum Oberen Rär darauf hin, daß voraussichtlich die nächste Erweiterung unseres Pferdebanndammes die Ein-richtung einer Linie nach Morgenau sein und diese dann wahrscheinlich von der Klosterstraße am Ohlauer hin bis zur Mauritiusbrücke führen werde. Wenn die vorgeschlagene Pflasterung bis dahin bleibe, könnten die Kosten herabgemindert werden.

Stadtrath Bick bittet, diese Frage gegenwärtig nicht in die Discussion zu ziehen.

Stadtv. Scholz I. empfiehlt und beantragt bei der Pflasterung der Weintraubengasse auf die Herstellung von Bürgersteigen Bedacht zu nehmen.

Stadtv. John empfiehlt statt der Berlinerstraße die Nicolaisstraße von der Neue Weltgasse bis zum Königsplatz umzupflastern.

Die Stadtverordneten Vogt und Kössler plaidiren für die Berliner-straße und Stadtv. Fengler empfiehlt, dieselbe im nächsten Jahre bis zur Mariannenstraße zu pflastern.

Stadtv. Hiemer spricht für die Absetzung der Pflasterung am Ohlau-ufer, die jedoch, nachdem Rämmerer von Hfelstein die Ausführungen des Stadtv. Hiemer in einem Punkte als irrthümlich bezeichnet hat, von dem Stadtv. Schardt und Dr. Pannes befürwortet wird.

Schließlich erledigt die Verammlung noch die Stats des Schießwerders, des Schießwessens und der städtischen Feuerlöschgesellschaft, zu denen der Staats-ausschuß besondere Anträge nicht gestellt hat.

Schluß der Sitzung gegen 6½ Uhr.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Viegnitz, 25. März. [Strafammer I. — Wegen Unterschla-gung in 260 Fällen], in denen es sich insgesamt um 4000 M. handelt, hatte sich in der gestrigen Strafammerung der frühere Buchhalter und Verwalter der Ziegelei „Kuniger Weiche“, Georg August Schneider, zu verantworten. Der Angeklagte, 27 Jahre alt, verheirathet, Vater von zwei Kindern, hat dem „V. Anz.“ zufolge, in der Zeit von Ende 1882 bis 1885 theils Ziegeleibrikate, theils von Kunden des Geschäftes ihm zur Abführung übergebene Geldbeträge, theils Gelder, die er durch den zu auffallend niedrigen Preisen erfolgten Verkauf von Inventarstücken der Ziegelei gewonnen hatte, unterschlagen und dann zur Verdeckung dieser Veruntreuungen die Geschäftsbücher gefälscht. Gefälscht ist die „Mitteldeutsche Creditbank“, welcher die Ziegelei „Kuniger Weiche“ gehört. Durch die Beweisaufnahme, in welcher sich der Angeklagte für schuldig bekannte, wurde übrigens festgestellt, daß die Zahl der Fälle von der An-klage doch zu hoch angenommen worden war und es wurden vom Ge-richtshof schließlich nur 145 Fälle von Unterschlagung festgestellt. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte ohne zwingende Noth die Veruntreu-ungen ins Werk gesetzt, daß er das Geld nur verwendet, um einen über (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

(Fortsetzung.)
seine Verhältnisse hin auszubringen, um zu treiben, und daß sich der Angeklagte eines gröblichen Vertrauensmißbrauchs schuldig gemacht, erkannte der Gerichtshof auf 4 Jahre Gefängnis und 4 Jahre Ehrverlust.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung. M e i s t a g.

Berlin, 26. März. Gegen alle Erwartung erschien heute zur zweiten Beratung des Branntweinmonopols Fürst Bismarck im Reichstage, um seinem Herzen Luft zu machen. Es entspann sich wieder einmal ein großes und in einzelnen Punkten recht interessantes Redebuell zwischen dem Reichskanzler und Eugen Richter. Fürst Bismarck, der fast zwei Stunden sprach, schlug in seiner Rede manchen bekannten Ton an, z. B. über die Zukunft des Reiches, über die Wahlen u. s. w. Er brachte aber viele interessante und neue Einzelheiten. Der Tenor seiner Ausführungen war, die Lage des Reiches möglichst schwarz zu malen und das Branntweinmonopol als einzigen Rettungsbanker zu schildern. Was er über die neue Consumsteuer-Vorlage, die an Stelle der Monopolvorlage treten soll, sagte, war ziemlich unklar und im Wesentlichen nichts anderes, als was schon bekannt ist. Die meiste Beachtung verdienen seine Auslassungen über etwaige auswärtige Verwickelungen und über einen beabsichtigten Staatsstreich. Er leugnete zwar die Absicht eines Staatsstreiches ab, seine folgenden Worte aber deuteten auf etwas einem solchen Ähnliches hin. Nachdem Herr v. Hellendorff die ganze Weisheit der Conservativen damit zum Ausdruck gebracht hatte, daß er erklärte, seine Partei sei weder für, noch gegen das Monopol, nachdem Herr Langwerth v. Simmern, der Führer der Welfen, sich gegen das Monopol als einen Schritt zum Staatssozialismus erklärt, nachdem weiter, entgegen der Haltung der Nationalliberalen bei der ersten Lesung, Herr v. Fischer sich und seine süddeutschen Freunde als Monopolfreunde erklärte, gelangte Eugen Richter zum Wort. Die Rede war eine seiner glänzendsten Improvisationen; sowohl in dem Theile, wo er mit wirkungsvollem Pathos die Ansichten des Reichskanzlers über die Zukunft Deutschlands zurückwies, als auch an den Stellen, wo er mit glücklichem Humor das Monopol bekämpfte. Der Reichskanzler war bei Richter's Rede sichtlich gereizt und begleitete sie am Schlusse sogar mit höhnischem Beifall. Er erhob sich sofort zu einer Entgegnung, die stark den Charakter eines persönlichen Streites trug und selbst von des Kanzlers begeisterten Anhängern als keine besonders glückliche angesehen werden wird. Als interessante Episode ist noch zu erwähnen, daß während der Sitzung mitten unter den Abgeordneten Professor Anton v. Werner saß und den Fürsten Bismarck skizzierte. Morgen wird die Beratung fortgesetzt.

74. Sitzung vom 26. März. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Fürst von Bismarck, v. Bötticher, v. Scholz, v. Burchard, v. Brönart.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Heine (Soc.), daß er seine Angaben über seine Verhältnisse während der sechsmonatlichen Strafbast zu Halberstadt, insbesondere von den durch den Staatsanwalt Schöne angewendeten Zwangsmaßnahmen, um ein Geständnis zu erpressen, vollkommen aufreht erhält. Der Justizminister habe im Abgeordnetenhaus aus dem Berichte des Staatsanwalts Angaben verlesen, welche nicht der Wahrheit entsprächen; er sei niemals Untersuchungsgefangener gewesen, sondern habe vom 18. Juni bis 18. December v. J. als Strafgefangener die über ihn wegen Verleumdung des Vorstandes der Arbeiter-Colonie zu Cayna verhängte Strafe abgeübt; er sei ferner am 30. October vorigen Jahres vom Staatsanwalt Schöne in Gegenwart eines das Protokoll führenden Referendars und des Gefangenewarters von Erstgenanntem gefragt worden, wie er in den Besitz des Stüdes Wurst gekommen sei, das man bei ihm gefunden; er solle den Beamten, durch dessen Vermittelung allein die Zustellung stattgefunden habe, nennen, er werde nicht eher die von ihm gewünschte bessere Gefangenenzelle bekommen. Die Angabe des Staatsanwalts sei falsch, der zufolge niemals gegen ihn Arrest verhängt worden und er stets in Zelle 22 internirt gewesen sei; im Gegentheil sei er an jenem 30. October Abends 6 Uhr auf Anordnung des Gefängnisarztes nach einer anderen freundlicheren gebracht worden, wo er bis zum Ende seiner Strafbast hiesigen sei. Eine amtlich beglaubigte Abschrift jener Verfügung des Staatsanwalts Schöne, welche ihn so lange an Zelle 22 gebunden, bis er den Vermittler genannt habe, sei ihm auf seinen Wunsch verweigert worden. Er bitte den preussischen Justizminister, die betreffenden Actenstücke einzusehen, so sei er zu jeder Satisfaction gegenüber dem Staatsanwalt bereit, entgegengelegten Falles erbitte er aber im Interesse des öffentlichen Rechtsbewusstseins die verheißene Remedur.

Darauf wird der Zusatz zum § 5 des Zolltarifgesetzes (Zollfreiheit für Materialien und Dienstleistungen auf gemeinsamen Grenz- und Betriebswechselstationen) in dritter Beratung genehmigt.

Das Haus tritt in die zweite Beratung des Branntweinmonopols ein.

Nachdem Referent Febr. v. Hertling die Commissionsverhandlungen skizziert und das Resultat derselben, den Antrag auf Ablehnung der Monopolvorlage, empfohlen, ergreift das Wort

Reichskanzler Fürst von Bismarck: Wenn ich jetzt in der zweiten Lesung das Wort für die Annahme des Monopols ergreife, so schmeide ich mich natürlich nicht mit der Hoffnung, auf die Zustimmung damit einen wesentlichen Einfluß zu üben. Ich halte es indessen doch für meine Pflicht, obgleich es mir nach dem Zustande meiner Gesundheit schwer wird, vor dem Hause die Gründe darzulegen, welche mich bestimmen haben, den Antrag auf Einführung des Monopols auch meinerseits zu stellen und lebhaft unterstützen. Daß ich damit auf die Annahme einen Einfluß üben könnte, dazu ist, wie gesagt, keine Aussicht. Nach der Lage unserer parlamentarischen Verhältnisse werden wichtigere Fragen ja doch in der Regel entschieden, bevor sie überhaupt in die erste Lesung gelangen; sie werden entschieden innerhalb der Fraktionen. Wenn dort festgelegt ist, wie jede Fraktion sich dazu stellen will, so hat die erste Lesung oder die weitere Behandlung in der Regel einen mehr ornamentalen Charakter. Diese Entscheidung über das Monopol, die in den Fraktionen bereits getroffen war — ja zum Theil bereits getroffen war, bevor die Vorlage überhaupt von irgend Jemand „gelesen“ sein konnte — ist ziemlich schnell erfolgt. Ich will nun gar nicht von dieser Entscheidung sprechen, die vor der Vorlage und die eben nur von dieser Entscheidung Wort charakterisirt werden kann: Ich kenne die Absichten der Regierung zwar nicht, aber ich misbillige sie. Von dieser will ich nicht sprechen, sondern nur von der Befestigung, die sie erfahren hat. Schon am 4. März war die erste Lesung. Es konnte doch wohl Jeder merken, daß das Schicksal dieser Vorlage entschieden war, entschieden in der kurzen Zeit vom 22. Februar, wo sie an das Haus gelangt ist, bis zum 4. März, also, mich dünkt, in 12 Tagen. Eine Vorlage, an der die verbündeten Regierungen etwa sechs Monate mit großer Sorgfalt gearbeitet hatten, über die sie untereinander correspondirt, die sie von ihren Technikern hatten prüfen lassen — die als vollständig unbrauchbar zu verwerfen, bedurfte das hohe Haus nur der Zeit von 12 Tagen. Die Thatsache, daß die Vorlage in eine Commission geschickt, eine Commission zu ihrer Begutachtung gewählt wurde, ließ auch hoffen, daß in dieser eine weitere Prüfung der Sache dennoch ausnahmsweise stattfinden könnte. Der Zweck der Wahl einer Commission ist doch in der Regel der, das Gesamtresultat der Discussion der ersten Lesung zu prüfen, namentlich nach den Thatsachen, den Zahlen, den Bedürfnisfragen, die geltend gemacht worden sind, um nachher dem Hause ein begründeteres Votum darüber geben zu können, als der Einzelne sich bilden kann. Es ist früher auch in ehrlicher Weise verfahren worden. Ich erinnere mich, daß bei einer der wiederholten Steuervorlagen, die in den letzten 16—17 Jahren gemacht worden sind — mich dünkt, 1869 war die erste, aber es war in einer der späteren — die gewählte Com-

mission die Finanzminister der größeren Staaten zu ihren Sitzungen einlud, dort die Bedürfnisfragen mit diesen eingehend prüfte, wobei jeder Finanzminister das Bedürfnis seines Staates darlegte und danach zu einer Ansicht über die Bedürfnisfrage kam. Ist das Bedürfnis einmal verneint, ja dann ist überhaupt die Vorlage unnütz, dann ist die Verwerfung ja ganz natürlich. Wird das Bedürfnis aber bejaht, dann muß doch auf irgend eine Weise Rath geschafft werden, denn die Ausgaben im Deutschen Reich, in den Staaten und in den Gemeinden, zu denen das Bedürfnis nachgewiesen ist, für diese muß auf irgend eine Weise Fürsorge getroffen werden.

Unterforschungen der Art haben die verschiedenen Minoritätsanträge im Auge gehabt, wie z. B. der von Herrn Dechelhäuser auf Einsetzung einer Subcommission; die Commission hat aber nicht für angemessen gefunden, darauf einzugehen, ohne die Gründe dafür anzugeben. Der Herr Finanzminister hatte bei der ersten Vorlage den Reichstag gebeten, die Arbeit, die uns vorliegt, als eine gemeinsame zu betrachten, bei welcher die Regierungen im Interesse des deutschen Volkes und der richtigen Vertheilung der Lasten, die das Volk zu tragen hat, ihre Mitwirkung nicht versagen möchten. Nun, meine Herren, diese Mitwirkung ist aber nach dem Verlauf der Sache ganz absolut verlag worden; Sie haben es abgelehnt, das Bedürfnis, unsere Vorlage, die Nichtigkeit der Angaben, die Nichtigkeit der Fiktionen irgend zu prüfen. Sie sind mit einer überraschenden Schnelligkeit damit fertig geworden. Sie haben es ferner abgelehnt, auch nur eine leise Andeutung über die Art und Weise zu geben, wie dem Bedürfnis, von dessen Vorhandensein die Regierungen überzeugt sind — das beweist die Vorlage — nach Ihrer Meinung abzuhelfen sei. Darauf ist gesagt worden — ungefähr mit anderen Worten: Wir werden uns den Kopf der Regierung nicht zerbrechen, und ihr nicht Steuervorlagen auf dem Präsentirteller entgegenbringen. Nun, meine Herren, ich nehme ein ähnliches Beispiel aus meinem täglichen, aus meinem ministeriellen Leben: ein Rath, mein Untergeordneter, macht mir eine Vorlage für einen Zweck, den er als einen gemeinschaftlichen ansieht, und ich sage ihm: „Ich theile Ihre Absicht überhaupt nicht!“ nun gut, dann ist die Sache erledigt. Wenn Sie das Bedürfnis bestritten, ist es gut. Wenn ich diesem Rath aber sage: „Ihre Arbeit taugt nichts, machen Sie eine andere, machen Sie andere Vorschläge!“ und er sagt: „Ja, in welcher Richtung? Was sind die Fehler dieser Vorlage?“ und ich antworte ihm darauf: „Das geht mich gar nichts an, ich erwarte von Ihnen Rath, aber ich bin nicht berufen, Ihnen Rath zu erteilen; Sie sind der Rath des Ministeriums, schaffen Sie mir eine andere Vorlage, das ist Ihre Sache!“ und dann wird der Rath vielleicht höflich schweigen, und wenn er die Thür hinter mir zumacht von meinem Arbeitszimmer, so wird er über mich in Ausdrücken denken oder sprechen (Heiterkeit), die parlamentarisch zu wenig anwendbar sind, als daß ich die Vergleichung auf die Commission hier weiter führen könnte. (Heiterkeit rechts.) Ich glaube, der betreffende Rath wird in seinem Urtheil über mein Interesse für unsere gemeinschaftliche Aufgabe und über meine wohlwollende Höflichkeit, die ich meinen Untergeordneten sonst gegenüber entwickelt habe, wohl die Zustimmung aller derer haben, die von diesem Vorgange Kenntnis bekommen; so glaube auch ich, daß die Urtheile, die wir von der Regierungseite aus Höflichkeit nicht aussprechen, aber innerlich uns doch bilden, auch im deutschen Volke ziemlich allgemein getheilt werden, überall da, wo man nicht das parlamentarische Interesse über das Interesse des Vaterlandes stellt. (Sehr richtig! rechts.) Man spielt mit uns; man läßt uns eine Art Blindenspiel spielen. Wir wissen nichts, man sagt uns nicht, wie wir es etwa besser machen könnten, man läßt uns errathen; es giebt ja solche Spiele, wo man Jemanden herauszufinden, um einen versteckten Gegenstand zu suchen. Dabei giebt man ihm aber doch die Hilfe, daß die Musik sich verstärkt oder abschwächt, je nachdem er dem Ort näher kommt. Selbst diese kleine Aufmunterung wird uns hier vollständig verlag. Man begnügt sich damit, wie es bei diesem Gesellschaftsspiel ja stets stattfindet, daß man mit Interesse die mehr oder weniger unbeholfenen oder geschickten Versuche desjenigen, den man suchen läßt, betrachtet und seine kritischen Bemerkungen darüber macht. In dieser Weise, glaube ich auch, hatte ich die Aufforderung des Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst zu verstehen, mich an den Commissionsverhandlungen zu betheiligen. Ich hätte dort ungefähr die Rolle gespielt, wie die Juden an den Wässern zu Babylon: Singe uns ein Lied von Zion, damit wir uns an Deinen Kummer erfreuen. (Heiterkeit rechts.) Diese Art von Zurückhaltung, von Unsichtbarwerden des Ministeriums bei der Arbeit und bei dem Suchen nach den Mitteln, anerkannte Schäden in unserem öffentlichen Leben zu mildern, ist schwer erträglich, wenn man nicht den Irrthum sich vergegenwärtigt, der fast allgemein unsere Verhandlungen beherrscht, als ob die Regierung die Verpflichtung hätte, ihrerseits mehr Patriotismus, mehr Fürsorge für das öffentliche Wohl zu haben und sich dafür abzumühen; als ob allen übrigen Mitarbeitern, dem gesammten Reichstag, nur die angenehme Aufgabe wäre, der Regierung je nach der Stimmung, die gerade die Mehrzahl beherrscht, je nach dem Fraktionsbedürfnis nein zu sagen und sie abzuweisen, als ob die Regierungen und Minister irgend ein Interesse pro domo in der Sache hätten. Meine Herren, wenn unser Vaterland geschädigt wird, wir können es ebenfotig vertragen, wie jedes Reichstagsmitglied und jeder Abgeordnete. Wenn uns das mehr zu Herzen geht, wie anderen, so spricht das für unsere Liebe zum Vaterland. Es wird jeder sich die Geschichte des öffentlichen Gemeinlebens in dem Maße zu Herzen nehmen, in dem er sein Vaterland liebt, und es ist ja eine schmeichelhafte Voraussetzung, die diesem ganzen Irrthum zu Grunde liegt, daß die Regierung mehr Interesse an dem öffentlichen Wohl nehme, als ein Abgeordneter zu nehmen verpflichtet ist; indessen, Interessen pro domo haben die Minister nicht. Der Einzige unter — ich glaube — fast allen deutschen Ministern, der bei dieser Vorlage irgend ein persönliches Interesse haben könnte, bin ich, indem ich, wie der Abgeordnete Richter bei irgend einer Gelegenheit sagte, ein großer Brenner vor dem Herrn bin. Er hat diese Andeutung ja neulich vervollständigt, in der Weise, daß er sein Wort von der Schnappschuß wiederholte und mir dabei Schuld gab, daß ich in den Verhandlungen der letzten Jahre — ich weiß nicht mehr, wie er sich ausdrückte, ich habe es hier, aber ich will Sie nicht aufhalten mit dem Nachsagen; es ging ungefähr darauf hinaus, daß ich in der Gesetzgebung mein persönliches Interesse an der Brennerfrage betheiligte. Nun, meine Herren, es liegt doch in dieser Andeutung, die der Abg. Richter offen ausgesprochen hat, eine Behauptung, die, wenn sie wahr wäre, mich in der öffentlichen Achtung, herabsetzen müßte. Wenn der Abg. Richter, das nicht unter dem Schutze des parlamentarischen Privilegiums, andere Leute beleidigen zu dürfen, gesagt hätte, so würde ich ihn einfach vor Gericht fordern und den Beweis der Wahrheit von ihm gewärtigen. Er würde ihm recht schwer zu führen sein, da meines Wissens analoge Verhandlungen, in denen ich diese Vorleser für die Brennerfrage hätte beweisen können, in den letzten Jahren gar nicht stattgefunden haben. Es ist einmal eine Branntweinbesteuerungsfrage im Landtage gewesen, so viel ich mich erinnere; aber eine Besteuerung der Brennererei ist hier noch nie in Frage gekommen. Es wäre ja für mich ein Leichtes, dergleichen große Injurien zu erwidern und auch den Herrn Abg. Richter zu beschuldigen, daß er seine Stellung als Abgeordneter in seinem Privatinteresse ausbeute, indessen ich verzichte darauf, ich finde es unter meiner Würde, mich auf einen Streit derart einzulassen. (Sehr richtig! rechts.) Es wäre ja beinahe gesagt zu haben — wenn er damit irgendwie Glauben fände, es ist für das Ansehen und die Bedeutung des Deutschen Reichs ziemlich gleichgiltig, was man in der Welt von dem Herrn Abg. Richter denkt, es ist aber für das Deutsche Reich nicht gleichgiltig, was man von dessen erstem Beamten, einem Kanzler, denkt. (Sehr richtig! rechts.) Ich konnte deshalb mit sehr viel mehr Sicherheit, Niemand zu schädigen, das, was ich etwa dem Herrn Abg. Richter als Balken in seinem Auge vorzuhalten hätte, hier vortragen. Aber, wie gesagt, ich glaube, ich habe das nicht nötig, ich glaube, die Stellung, die ich nur im öffentlichen Leben seit 30 Jahren erworben habe, ist zu fest, als daß der Herr Abg. Richter mich aus derselben herunterzerren könnte; sein Gewicht ist zu leicht dazu. (Bravo rechts.) Er hat in derselben Rede die ganze Monopolvorlage in der Hauptsache als ein Geschenk dargestellt, welches den schlesischen Magnaten, die er zum Theil namentlich aufzählte, gemacht werden sollte, er hat sich bei dieser Aufzählung der einzelnen Kategorien des schlesischen Adels, wie ich aus dem stenographischen Bericht erleben habe, eines mehrfachen Beifalls und großer Heiterkeit zu erfreuen gehabt, was das sehr leicht ist in Deutschland in allen größeren Kreisen zu erreichen ist, wenn man Nachtheiliges vom Adel sagt. Das ist ein charakteristisches Zeichen, wie schwer es ist, den Beifall des Landmanns zu erwerben, und wie richtig bei uns das Sprichwort ist, daß kein Propriet in seinem Lande gilt. Der fremde Adel, schon der böhmische und ungarische Magnat, neben dem schlesischen, da hat man alle Achtung. (Heiterkeit.) Ein englischer Lord — da nimmt man den Hut ab, nicht nur

in England, sondern auch hier bei uns in Deutschland. Ein französischer Marquis — das hat doch einen gewissen historischen Anstrich von Rococo und von Feinheit, das läßt man auch passiren; man ist nicht geärgert, mit einem Marquis zu verkehren. Ein spanischer oder italienischer Duca — der hat etwas Erotisches, der hat schon an und für sich durch seinen ausländischen Charakter etwas Anziehendes. Aber ein deutscher Graf und gar ein Reichsgraf, wie der Abgeordnete wiederholte unter großem Beifall — das ärgert jeden Wiedermann sehr, daß die auch Brennerereien haben, und daß diese staatlich geschützt werden sollen. Diese gerade! Wenn der Herr Abg. Richter gesagt hätte: ein Geschenk soll gemacht werden den kleinen Brennerereien und den größeren, die auf unsicheren Füßen stehen, die verschuldet sind, die vielleicht vorweg verkaufen müssen, dann hätte er etwas nicht ganz so Unwahres gesagt: denen soll wirklich unter die Arme gegriffen werden. Die schlesischen Magnaten werden aber wohl meistens in der Lage sein, in der ich selbst bin, nämlich daß sie auf den Jahresüberschuß ihrer Brennerereien zum Leben nicht nothwendig angewiesen sind, sondern daß sie die Kräfte, welche dieses Gewerbe unterliegt, ruhig abwarten können. In deren Interesse würde es — wenn sie ein eignes Interesse verfolgen — im Gegentheil liegen, daß man die Kräfte wirken läßt, daß man sie nach Möglichkeit vergrößert. (Sehr richtig! rechts.)

Wir haben ein naheliegendes Beispiel in der Zuckerindustrie. Da sind schon Manche zu Grunde gegangen, die weniger fest standen, die wohl fundirt halten es länger aus. Wir haben viele Beispiele in Amerika, in England. Ich erinnere an die großen Operationen, die seit Jahrzehnten von englischen Industriellen in der Weise gemacht wurden, daß dieselben die Lieberproduktion begünstigten; die Kräfte wurde dadurch vergrößert, die stärksten und reichsten Fabrikanten verkauften mit Schaden immer wohlfeiler, und nachdem alle ihre Nebenbuhler zu Grunde gegangen waren, gingen sie mit dem Preise in die Höhe und waren die Concerrenz los. So würde auch, wenn gar nichts geschieht, die Kräfte von selbst schon die Contingentirung vollziehen, aber leider zu Gunsten der Reichen und zum Nachtheil der Armen. (Sehr richtig! rechts.) Die schlesischen Magnaten werden nicht diejenigen sein, die leiden; warum ist denn Niemand bei der Frage des Tabakmonopols darauf gekommen, daß in demselben ein Geschenk für den Tabaksbauer läge, der sich doch mühte auch von der Regierung zu Preisen, bei denen er bestehen und leben kann, seinen gebauten Tabak abnehmen lassen, er mag reich oder arm sein. Wenn das nicht geschieht, so geht einfach diese Kultur, diese Industrie, aus der der Staat seine Rente zieht, ein. Das ist eine ganz natürliche Sache, ich bedauere, daß diese Heerei gegen reiche Leute und gegen den Stand der schlesischen Edelleute hier Anklang gefunden hat. Für dergleichen ist ja Platz genug bei den Wahlen, hier hat es auch gar keinen Nutzen weiter, es stimmt ja Niemand deshalb anders; nur der Klassenhaß wird einigermaßen verschärft und vertieft. Es handelt sich aber hier gar nicht einmal um die Frage der Brennererei, sondern wesentlich um die Frage des Kartoffelbaues. Ich werde nachher noch auf die Preis- und Arbeitsverhältnisse näher zurückkommen, ich will hier vorläufig nur hervorheben, daß die Frage nicht so liegt: Branntweinbrenner gegen Schankwirth, sondern Kartoffelbauer gegen Schankwirth. Jede Verminderung unseres Kartoffelbaues um nur einen Hektar — ich will ganz objectiv taxiren — entzieht einer Arbeiterfamilie den Boden ihrer Existenz, und jede Vermehrung unseres Kartoffelbaues um einen Hektar giebt die Möglichkeit für eine Arbeiterfamilie mehr zu leben, im Vergleich mit anderen Früchten, die an der Stelle gebaut werden können. Diese sozialen und wirtschaftlichen Motive sind indessen gar nicht die Hauptsache, die uns zur Vorlage veranlaßt haben, sondern die Hauptsache ist das finanzielle Bedürfnis, das vorliegt, und das von dieser Stelle aus schon mehr als einmal hervorgehoben worden ist. Das Bedürfnis schien fast von allen Parteien anerkannt zu werden; von der freisinnigen Partei habe ich nichts gehört; aber auch vom Centrum, das nachher so geschloffen gegen die Vorlage gestimmt hat, schien der Abg. Heine doch wenigstens das Bedürfnis zugegeben, und von Seiten der Nationalliberalen, wie mir schien, ungeleitet. Die Bedürfnisfrage aber ist, je älter sie wird, eine immer dringendere. Was die deutsche Nation in den verschiedenen Formen, in welchen sie ihr politisches Leben zur Erscheinung bringt, an Ausgaben bedarf, das muß in irgend einer Gestalt doch aufgebracht werden, mag das Bedürfnis sich im Verwaltungsgebiet des Reichs, in dem der Einzelstaaten oder in dem der Gemeinden funden, es schöpft das alles aus derselben Quelle und dient alles demselben Zweck, der deutschen Nation die Erfüllung ihres politischen Lebens zu ermöglichen. Die meisten der Ausgaben, die durch neue Einnahmen aus dem Branntwein gedeckt werden sollen, werden bereits geleistet, aber in einer unbequemen und schwer tragbaren Weise, es ist dies der alte Streit der direkten und indirecten Steuer, über den ich hier schon öfter das Wort zu nehmen in der Lage gewesen bin und die Nothwendigkeit zu der die Gemeinden — wenigstens in Preußen — dermalen ihre Bedürfnisse wesentlich auf dem Wege directer Steuern aufzubringen, genöthigt sind. In einer der jüngsten Verhandlungen des Herrenhauses hat der Herr Minister Friedenthal vorgetragen, die Summe der Communalabgaben betrage sicher 250 bis 300 Millionen Mark, in Procenten der Klassen- und Einkommensteuer beträgt die Belastung der Städte 299, die der Landgemeinden 585 pCt., in Procenten sämtlicher Staatssteuern beträgt die Steuerlast 156 pCt. in den Städten und 165 pCt. in den Landgemeinden. Der Ausdruck „Nothstand“ sei also vollkommen gerechtfertigt. Es ist dies das Zeugnis eines Mannes, dem Sie gerade eine reactionäre oder übertriebene gowernementale Stellung doch nicht zutrauen werden, und um dies Zeugnis zu unterstützen, erlaube ich mir noch anzuführen, daß in Preußen die Steuererection, die Auspflanzung wegen Gemeindefasten und wegen Schulasten in den letzten drei Jahren die Ziffer von 4 1/2 Millionen Fällen erreicht hat. Also im Durchschnitt der Jahre sind 1 1/2 Millionen Leute in jedem Jahre ausgespandert worden, weil sie die directen Zuschläge zu den Staatssteuern, deren die Gemeinde und unter Umständen die Schule bedarf, nicht leisten können. Meine Herren, Sie haben ein so empfindliches Herz für die Leiden eines Schankwirths, der nicht mehr mit derselben Bequemlichkeit sein Brot hat, haben Sie denn gar keinen Sinn für die Thatsache, daß 1 1/2 Millionen Preußen allein ausgespandert werden, d. h. eine Beschlagnahme in ihrem Mobiliar in jedem Jahre vorgenommen wird, weil der Reichstag nicht eine Steuerquelle bewilligen will, durch welche der Noth der Gemeinden in Preußen und den directen Beiträgen, welche auf denselben lasten, abgeholfen werden könnte? Die Gemeindefasten und die Schulasten sind nicht die einzigen Ursachen der Zuschläge zu den directen Steuern, wie sie in Preußen erhoben werden. Sie haben aus den Angaben des Herrn Friedenthal gehört, daß er sie zusammen auf 300 Mill. schätzte. Nun sind das Zuschläge zu Steuern, die mit den Vermögensverhältnissen des Besteuernden in gar keinem nothwendigen Zusammenhang stehen, es sind Steuern, die unter den Einwohnern derselben Gemeinde eine ungleiche und ungerechte Vertheilung der Abgaben erforderlich machen. Nun will ich auf die Bedürfnisse nicht tiefer eingehen, ich will annehmen, daß die Mehrheit des Hauses das Bedürfnis anerkennt, so handelt es sich nur noch um die Art der Aufbringung, um den Gegenstand der Besteuerung. Als ein solcher ist der Branntwein von Vielen, namentlich auch von Seiten der Fortschrittspartei in vielen früheren Aeußerungen anerkannt worden, so lange die Regierung nicht Vorschläge in der Richtung machte; sobald aber die Regierung bei dem Branntwein Vorschläge macht, dann ist es ganz etwas anderes. (Sehr richtig! rechts.) Dann ist der Branntwein des armen Mannes, an dem man nicht rühren darf, dann ist der Schankwirth ein sehr einflussreicher Mann in der Welt. Ich glaube, daß kaum eine Kategorie in der wählenden Bevölkerung einem Abgeordneten, der wiedergewählt werden will, so gefährlich werden kann, wie der Schankwirth. (Heiterkeit.) Gefährlich ist es deshalb, den Schankwirth zu reizen. (Heiterkeit.) Aber, meine Herren, das kann doch für die Gesetzgebung einer großen Nation nicht maßgebend sein. Deutschland kann weder im Interesse der Schankwirths regiert werden, noch viel weniger durch die Schankwirths. Wenn das Uebel erkannt würde, daß die Schankwirths wegen ihres mächtigen Einflusses auf die Wahlen bei uns eine maßgebende Herrschaft bekämen, dann muß hiergegen Front gemacht werden. Ich glaube nicht, daß irgend Jemand zugeben wird, daß er bei dieser Abstimmung über den Branntwein von Rücksichten auf seine Wiederwahl geleitet werde, aber im Lande wird man sich doch immer das Seine dabei denken, und die Folgen bleiben dieselben, aus welchen Gründen Sie das Gesetz auch ablehnen. Wenn nun der Branntwein das richtige Material zur Besteuerung ist, so fragt es sich, in welchem Stadium die Besteuerung einleiten soll, ob in dem der Production oder in dem der Consumtion. Um uns darüber ein Urtheil zu bilden, müssen wir näher ins Auge fassen, wie sich der Erwerb in den beiden Städten des zu besteuern den Processes stellt. Wenn Sie einfach die Besteuerung im Stadium der Production verdrängen wollen, so haben Sie dann statt ca. 50 Millionen Mark 150 Millionen, also 100 Millionen Mark mehr, als wir gegenwärtig besitzen, was, wenn alle die Ausgaben

gemacht werden sollen, die daran zu übernehmen, wenn die gesamte Grund- und Gebäudesteuer abgeschafft werden und andere vorher charakteristische Wohlthaten erspart werden sollen, doch kaum für Preußen ein ausreichendes Quantum ergeben. Auf den Verbrauch so gut wie gar nicht. Jetzt trägt der Liter Alkohol etwa 15 Pf. Steuer, er würde dann 30 Pf. mehr tragen, den Preis von einem Glas Brautwein noch nicht um irgend eine Bruchtheil eines Pfennigs steigern. Der Reichstagsler stellt eine detaillierte Vergleichung zwischen dem Bruttoertrage landwirtschaftlicher Brennereien und dem Gewinne der Schankwirthe an, und kommt darnach zu dem Resultat: Der Trunk im Wirthshause ist recht eigentlich das, was die öffentliche Moralität lähmt, das Sausen und die Unzüchtigkeit fördert und das Familienleben zerstört, also bin ich der Meinung, daß wir dort einsehen sollten mit der Steuer, und wenn Sie uns, wie ich vermuthen muß, das Monopol ablehnen, worüber wir erst die volle Ausrüttung haben müssen, bevor wir die Verantwortlichkeit dafür übernehmen, so werden wir Ihnen auch mit neuen Vorschlägen kommen, die darauf hinausgehen, den Consum des Brautweins vorzugsweise zu besteuern. Wir werden auch vielleicht in der Nothwendigkeit sein, um uns das Ertrahen zu ersparen, Ihnen gleichzeitig mehr wie eine Vorlage zu machen, unter denen dann die Commission die Auswahl haben wird. (Heiterkeit.) Denn, wenn wir in jedem Jahre nur eine Vorlage machen, und sie jedesmal angebrachtstermaßen abgelehnt wird, dann können wir ein Methusalemalter erreichen, ehe wir dem Reiche die Wohlthaten geben, die für Verbesserung seiner Finanzen genügen können. Wenn die Vertreter des Bundesraths sich jetzt nach dieser Ablehnung dazu herbeigelassen hätten, schon in der Commission neue Vorschläge aus eigener Initiative zu machen, so würde man gegagt haben, die Regierung selbst hat das Monopol unter den Tisch fallen lassen, wie man mit ja schon Schuld gegeben hat, vielleicht um die eigenen Entschuldigungen dadurch zu decken, daß ich von der Sache zurückgetreten wäre. (Hört! rechts.)

Diese Vorlagen sind im Bundesrath bereits in Arbeit, wenn Sie inzwischen das Monopol noch annehmen wollen, so wird mir das große Freude machen (Heiterkeit), aber die Verantwortlichkeit für die Ablehnung des Monopols will ich keinesfalls mit Ihnen theilen, sie wird später vielleicht noch für den, der Sie übernommen, nicht angenehm zu tragen sein. Wir werden Ihnen neue Vorschläge in der Richtung machen. Wenn ich eine gewisse Eile habe, dies zu Stande zu bringen, so liegt das einmal in der Länge der Termine von Jahr zu Jahr. Ich sehe schon in den Zeitungen und höre in der mündlichen Besprechung den Wunsch: laßt uns doch jetzt mit neuen Vorlagen in Ruhe. Ja das heißt: laßt uns in Ruhe bis zum Januar 1887. Ich weiß nicht, wer dann noch lebt, ich weiß nicht, wie dann die Welt aussehen wird. Ich habe das dringende Bedürfnis, weil ich die Zukunft eben nicht vorhersehen kann, an der Befestigung des Reiches zu arbeiten, so lange es für mich Tag ist. (Bravo! rechts.) Ich bin alt und leidend und weiß nicht, ob ich noch lange dabei thätig sein kann. Aber ich halte es für meine Pflicht, Ihnen die Gründe, warum ich eilig bin, und warum ich Ihnen Eile in dieser Beziehung rathe, doch noch näher auseinanderzusetzen. Man hat mir oft den Vorwurf gemacht, daß ich nichts thäte, um das Reich so zu befestigen, daß, wenn ich in meinem Amt einen Nachfolger haben muß, es auch unabhängig von dessen Persönlichkeit auf eigenen Füßen stehen könnte. Meine Herren, der Vorwurf ist sehr ungerecht, ich arbeite Tag und Nacht daran, und es ist die einzige Sorge, die ich auf dieser Welt noch habe. Aber auf dem Wege, auf dem die Herren, die mir das vorwerfen, es zu erreichen suchen, nämlich mit verantwortlichen Reichsministern, mit Schwächung der Regierung durch Spaltung, mit Beilegung der Verantwortlichkeit durch Einführung der Collegialität, mit starker Herrschaft der Parlamentsmajorität — meine Herren, damit würden wir das Reich nicht festigen. (Sehr richtig! rechts.) Eine Festigung des Reiches suche ich in einem starken Kriegsheer, in guten Finanzen und in der Zufriedenheit der Reichsangehörigen (Bravo rechts), aber auch der Reichsangehörigen in den verschiedenen organischen Gebilden. Ich betrachte als Reichsangehörige den preussischen Staat, den bayerischen Staat, ich betrachte als Reichsangehörige die Bundesregierungen, und ihrer aller Zufriedenheit herbeizuführen, ist meines Erachtens eine der Vorbereitungen für die Festigkeit des Reiches, wenn schwere Krisen eintreten sollten. Man hat bei der ersten Lesung als einen besonderen Vorwurf der Monopolvorlage hervorgehoben, daß sie den Staat stärke, man hat dabei wohl keine Neigung gehabt, auszusprechen, daß der Staat, um den es sich hier handelt, das Deutsche Reich ist. Man hat vielleicht nicht den Muth gehabt, es zu sagen, es werden noch die Jüngeren von Ihnen Zeilen erleben, wo Sie sich nach einem starken Staat umsehen und sich vergebens dann darnach umsehen. (Sehr richtig! Rechts.) Ich arbeite allerdings an der Stärkung des Staates, weil er die Kraft nicht hat und weil auch ich im Reich die Festigkeit nicht finde, die ich vor 15 Jahren in ihm zu finden und heutzutage zu finden hoffte. Meiner Berechnung nach sollte die Hauptstütze der Festigkeit und der Einheit des Reichs der Reichstag sein; ich hatte damals zu den Dynastien nicht das Vertrauen nach meinem ganzen Vorleben, wie heute; aber auf den Reichstag hatte ich mein ganzes Vertrauen gesetzt. Nun, meine Herren, wenn wir die Majorität des Reichstags ansehen, so werde ich zuerst nachdenklich gemacht durch den Umstand, daß die Majorität eine solche ist, daß die eingestandensten Intransigenten und dauernden Gegner des Reichs im Anschlag an sie ihre Rechnung zu finden glauben. Wenn ich sehe, daß diese Majorität den Beifall der Polen hat, die sich nie mit dem Deutschen Reich vertragen haben, den Beifall und die Unterstützung der Franzosenfreunde, den Beifall und die Unterstützung der Socialdemokraten, die für uns unmögliche Ziele erstreben — dann werde ich bedenken, ob ich in dieser Majorität, der alle, der diese und andere Nuancen, die ich anführen könnte, mit Hoffnung auf die Zukunft angehören — ob ich in der Wirklichkeit den sicheren Angelpunkt für die deutsche Einheit finden kann. Es ist mir peinlich dieser Zweifel, aber ich kann ihn nicht ganz abweisen. Ich will Niemand unredlich thun und Niemand verdächtigen, daß er sich der Consequenzen, die ich aus diesem Bilde ziehe, auch feinerseits vollständig bewußt wäre.

Es ist uns aus der englischen parlamentarischen Tradition, die hier bereitwillig angenommene Regel übernommen, daß man bei jedem Abgeordneten keine anderen Gründe seiner Abstimmung voraussetzen darf, als diejenigen, die er selbst dafür angiebt und — um es kurz zu sagen —, daß die Abgeordneten unter einander und die Regierung ihnen gegenüber verpflichtet ist, alle Welt für tugendhaft und vaterlandsliebend zu halten. Das ist eine ganz natürliche englische Tradition, die französische und italienische entspricht ihr nicht. Bei uns aber sind wir bisher noch in einem Stadium, daß es für unredlich und unparlamentarisch gilt, wenn man den Gegner nicht für tugendhaft und patriotisch hält, und ich will mich also nicht weiter aussprechen. Ich will nur sagen, daß eine Majorität im Reichstage, die gestützt ist auf nothwendig und principiell reichsfeindliche Fractionen (Unruhe links), nicht als die feste Stütze der Zukunft des Reiches angesehen werden darf, die ich vor fünfzehn Jahren geglaubt habe, im Reichstag zu finden. Wenn dies nun meine Ueberzeugung ist, so luche ich um so eifriger nach den Befestigungen der Reichseinrichtungen, wie ich sie vorher charakterisirte: die Armee, die Finanzen und Zufriedenheit. Ich halte es für das Reich nicht für nützlich, wenn es schlechte Finanzen hat, ich halte es nicht für nützlich, wenn es auf die Unterstützung der Einzelstaaten, auf deren Particularbeiträge irgendwie angewiesen ist. Man hat den geringstschätzigen Ausdruck gebraucht: die Einzelstaaten sollen nicht Koffgänger beim Reich sein. Ja mein Gott, sie sind doch bei dem viel bescheidenen Zollverein Koffgänger gemein und sind auch Koffgänger des Reichs durch die lex Huene, und es ist ja doch dieselbe Nation, die davon lebt. Es ist ja eine ganz willkürliche Methode, die Formen, unter denen das Reich sich darstellt, zu personificiren als Individuen, die von einander etwas hätten. Ob das, was die deutsche Nation für Bethätigung ihres politischen Lebens gebraucht, in der Form von Communal-, von Einzelstaaten-, von Reichsabgaben aufkommt, ist vollkommen gleichgültig; es fragt sich bloß, wo es am bequemsten zu tragen ist, und am bequemsten ist es in den indirecten Ausgaben zu tragen, über die die Regierungen ihrer Zeit vertrauensvoll den Schlüssel dem Reichstag anvertraut haben. Es fragt sich nun, hat der Reichstag diesem Vertrauen, mit dem die Regierung vor 15 und vor 20 Jahren ihm die wichtigsten Einnahmequellen ihrer Staaten überantwortet haben, entsprochen. Ich will darüber kein Urtheil fällen. Aus dem, was ich vorher sagte, ergibt es sich von selbst; ich bin wenigstens überzeugt, daß diejenigen, die unter der Fortdauer der gegenwärtigen Zustände leiden, diejenigen, die ausgespäht werden, die ungerechte Steuern zahlen müssen, die Gemeinden, die unerträgliche Lasten tragen müssen, die Beamten, die verkommen, der Meinung sein werden, daß das Verhalten des Reichstages dem Vertrauen, in welchem ihm die Schlüssel der Hauptrevenue anvertraut sind, nicht entsprochen hat. Es ist dringend zu wünschen, daß nicht auch mächtigere Individualitäten, wie den König von Preußen, dasselbe Gefühl überkommen, daß die Opfer, die er seinerseits gebracht hat, indem er seine Immunitäten aus der Hand gab und sie in die Hand der vorher von mir in ihrer Zusammenfassung geschilderten Reichstags-Majorität legte, daß diese Opfer die Herren nicht gereuen; wenn der König von Preußen,

oder von Baiern, oder von Sachsen die Opfer, die der Allgemeinheit gebracht hat, bereuen sollten. Ja, meine Herren, davon ist bei einem Könige, der sein Volk liebt, das Bedürfnis und das Bestreben fast unzweifelhaft, dasjenige was er zum Nachtheil seines näher angehörigen Volkes aus der Hand gegeben hat, wieder zurückzugewinnen, natürlich auf jedem Wege, wie die Polen sagen (Ab! links), und wie das ja unter dem Beifall des Abg. Dr. Windthorst und des Centrums gesagt ist, Alles auf möglichem Wege natürlich. Glauben Sie nicht, daß es mir überhaupt, wenn ich diese Saite anschlage, einfällt, die Haltbarkeit des Reichs mit einem Staatsstreich oder dergleichen zu bedrohen! Die beste Hälfte meines Lebens klebt an der Herstellung dieses Reichs, und ich habe keine Neigung, kurz vor meinem Abtritt aus dieser Welt Hand an das zu legen, woran ich selbst mitgearbeitet habe. (Bravo! rechts.) Ich halte es nur für meine Pflicht nach meiner langjährigen politischen Erfahrung in den Geschäften, Ihnen auch meine Sorgen, die ich für die Zukunft hege, nicht zu verhehlen, und das, was ich befürchte, wenn der Reichstag seine Aufgabe auf diese Weise fernerhin auffassen wird. Sie können mir ja darauf erwidern: Wenn der Reichstag den verbündeten Regierungen nicht convenirt, so kann er aufgelöst werden. Ja, auf dieses Mittel lege ich sehr wenig Gewicht. Eine Auflösung würde wahrscheinlich nichts anderes als annähernd denselben Zustand, den wir heute vor uns sehen, wieder herbeiführen, und ich glaube, daß die Verminderung des Gewichts, das man auf Einzelwahlen und Auflösung legte, immer allgemeiner werden wird, je mehr man erkennt, wie die Manipulationen bei den Wahlen zugehen, wie wenig bekannt der Wähler mit dem ist, was hier vorgeht, mit den Gründen und mit der ganzen Lage, weil er darüber nur einseitig durch seinen Abgeordneten unterrichtet wird, der natürlich das Bedürfnis hat, ihm die Sache so darzustellen, daß die Wähler sich selbst blättern würden, wenn sie die Wahl eines Anderen vornehmen wollten. Daß die Wahlen nicht der Barometer der Gefühle und Empfindungen des Volkes im Allgemeinen sind, das geht einmal schon aus den arithmetischen Verhältnissen hervor. Die Majorität des Reichstages, wie sie den Regierungen ablehnend und obstruierend gegenübersteht, vertritt doch ihrerseits nur etwas — nicht mal gar viel — über die Hälfte des Reichstags, und der ganze Reichstag vertritt in seiner Gesamtheit doch mit Nothwendigkeit nur etwas mehr als die Hälfte der Deutschen. Also dieses Viertel der öffentlichen Meinung, welches in den Majoritätsabstimmungen zum Ausdruck kommt, ist nicht nothwendig die Volkseinnahme. Wenn wir in unsere eigenen Erfahrungen zurückgreifen auf die Confliktzeit in den Jahren 1859 bis 1866, da haben mehrere Auflösungen und Neuwahlen stattgefunden und nach jeder lehnten die Herren wieder, die Freunde der Regierung in vermindelter Anzahl, bis, glaube ich, 11 herunter. Das war das Minimum in der kritischen Periode und das höchste waren 30 oder 60; ich weiß es nicht. Man sollte also glauben, daß die Politik, die die damalige preussische Regierung im Namen ihres Königs befolgte, von der Gesamtheit der öffentlichen Meinung, von der Volkseinnahme aufs Strengste verurtheilt worden sei. Es wurde eine Probe darauf gemacht, die auf das Klarste bewies, daß das nicht der Fall war. Schon mitten in der Confliktzeit, vor und während des dänischen Krieges konnte man sehen, daß die Truppen, auch die eingezogenen Landwehrleute und jeder der dabei theilhaftig war, mit derjenigen Begeisterung, die dem Preußen und dem Deutschen im Kampfe für seinen Herd im Kriege gegen den Feind eigen ist, für denselben eintraten, und daß von irgend einer Verminderung, von irgend einem Echo jener berückichtigten Worte „diesem Ministerium seinen Groschen und wenn der Feind auf dem Kreuzberg steht“ auch nicht die Rede war. Viel schärfer zeigte sich das, als die Mobilmachung gegen Oesterreich war. Ein Krieg gegen Oesterreich war doch wirklich etwas, was vielen Leuten, vielen Deutschen und mir selbst gegen den Ertz ging, und was unsere innersten Gefühle peinlich berührte. Ist dabei derselbe Geist, der doch, während die Feindseligkeiten im Gange waren und nach abgeschlossenen Frieden in der Verwerfung der Reichsverfassung sich zeigte, irgendwie bei dem Volke in Waffen zum Ausdruck gekommen, auch nur in einer gelegentlichen Aeußerung, auch nur mit einem Zeitungsartikel? Ich habe davon nichts gehört, und ich habe seitdem auf die Frage, ob Auflösung oder Wahlen nicht mehr dasselbe Gewicht gelegt, wie früher, als ich Abgeordneter war. Da ich mir auch das Allerwichtigste, was in Frage kommen konnte, ob ich bei der nächsten Wahl wiedergewählt werden würde oder ob ein anderer mich aus meiner Stelle verdrängen würde.

Ich halte es für dringend wünschenswerth und nothwendig, daß die Politik der Regierung vor einer großen volksovertretenden Versammlung öffentlich beraten und besprochen werde, daß ohne deren Zustimmung nicht die Gesetze gemacht werden, die Steuern nicht auferlegt werden, kurz und gut, daß die Regierung durch das Veto einer Volksvertretung vor Thorheiten und Einseitigkeiten bewahrt werde; aber das einzelne Votum des Reichstags kann unter Umständen, wie ich schmerzlich bedauere, einen Zeitverlust verursachen, aber das bewegt mich nicht in dem Maße, daß ich an dem Werke, dem ich mein Leben gewidmet habe, mich vergreifen möchte. Meine Herren, das deutsche Reich kann Gefahren ausgeht sein, die nicht unmittelbar aus unseren inneren Verhältnissen herfließen. Der frühere deutsche Bund, der Frankfurter Bundesrat, beruhte auch auf sehr blühenden Verträgen, gegen die sich gar nichts einwenden ließ, und schließlich widerstand er dem nicht sehr starken Winde von 1848 doch nicht 24 Stunden. Ich nenne den Wind nicht sehr stark, weil kein Zustand hinter ihm war, nichtsdestoweniger wäre der Bund im Jahre 1854 schon in die Brüche gegangen, wenn der Krimkrieg sich so weit entwickelt hätte, daß Oesterreich für die Westmächte Partei genommen hätte. Im Jahre 1866 wurde er von Preußen unter dem Beifall der großen Mehrzahl der deutschen Nation aufgelöst und beseitigt, weil er den Erwartungen, die die deutsche Nation von ihm gehegt hatte, nicht entsprach, weil er ihre Bedürfnisse nicht erfüllte, und vor allen Dingen, meine Herren, weil er die Realitäten nicht erfüllte, nämlich das Gewicht der Dynastien; es waren ja damals im Jahre 1866 im Wesentlichen noch vorwiegend dynastische Spaltungen, die Deutschland zerlegten und Verstimmlungen von Regierung gegen Regierung. Zu diesen Spaltungen sind, wenn wieder ähnliche Verhältnisse eintreten, andere innere nationale und internationale, solche, die die Nation und die verschiedenen Staaten durchsetzen, gekommen. Wir hatten damals 1866 die socialistische Bewegung nicht in diesem Maße entwickelt; wir hatten auch die nationale Bewegung, den Haß zwischen Deutschen und Slaven bei uns und bei unseren Freunden nicht in dem Maße entwickelt. Es können also größere europäische Bewegungen, die jetzt eintreten, in der sonderbaren Weise complicirt werden durch Spaltungen, von denen die Länder und die Völker in sich zerklüftet und zerlegt sind. Ferner erinnere ich Sie an die Zeiten der ersten französischen Revolution — ich will sagen an die Zeit vor 100 Jahren — als Friedrich der Große noch lebte, und wenig Leute daran dachten, daß das 1000jährige Deutsche Reich seinem Ende so nahe wäre, wie es sich nachher befestigte. Die ersten französischen Kriege im Jahre 1792 waren von einer politischen Idee getragen, von der man zu Unrecht gesagt hat — aber man hat es doch gesagt — sie hätte le tour au monde gemacht, sie habe sich der Bewegung der ganzen Welt mitgetheilt. Zimmerlin ist aber so viel richtig, daß die bewegenden Ideen, welche die französischen Fahnen von 1792 ins Land brachten, der Kampf gegen Monarchie, gegen Geistlichkeit und gegen Adel, der Kampf für den dritten Stand, ein mächtiger geistiger Hebel der Siege der Franzosen waren. Wer sieht Ihnen dafür, daß, falls wir wiederum einen Krieg mit demselben Lande haben sollten, nicht die Fortsetzung, gewissermaßen der vierte Theil desselben Werkes uns dargeboten werden würde, daß wir nicht an den Fahnen der feindlichen Armee, an ihren rothen Fahnen die socialistischen Ideen angebracht sehen würden? Heutzutage steht die französische Armee der Arbeiterbewegungen in Decazesville gegenüber. Wir wissen nicht, ob wir den Ertzachen mehr Rechnung tragen sollen, daß sie sie im Schach hält, oder den Andeutungen von ministerieller Seite her, daß der Soldat bei der Bewegung schließlich den Sieg davontragen wird. Kurz, wenn wir wieder große europäische Erschütterungen bekommen sollten — sie werden sehr viel complicirter sein, als diejenigen, die wir hinter uns haben, und sie werden zum Theil internationaler Natur sein —, wenn solche Bewegungen kommen, so möchte ich, daß das Deutsche Reich mit der vollen Festigkeit, die wir ihm in der Friedenszeit zu geben vermögen, diesen Möglichkeiten entgegentritt. Wir haben fünfzehn Jahre Frieden gehabt, wir haben sie bisher, wenn ich von der Thätigkeit des Kriegsministeriums absehe, meines Erachtens nicht so benutzt zur Festigung des Reichs, wie wir sie hätten benutzen können. Namentlich die Herstellung der Zufriedenheit durch Verminderung des Druckes der öffentlichen Lasten, die Durchführung der socialistischen Reformen, die wir angestanden haben, von denen wir der Lospflichtigen und schwierigen, der Altersversorgung, noch gar nicht einmal wahrgenommen sind — dazu hätten wir eine reichliche Zeit gehabt und es ist noch tempus utile. Ich sehe noch keine Gefahr, die uns unmittelbar bedroht, ob schon ich sagen muß — vielleicht zum Schaden meiner diplomatischen Reputation —, daß ich im Frühjahr 1870 auch nicht vorhergesehen habe, daß wir in wenigen Monaten in anderen Verhältnissen sein würden. Wir

liegt — und deshalb eile ich mit den Reformen, die ich betreibe — vor allen am Herzen, daß wenn solche Krisen eintreten und wenn die Festigkeit der deutschen Verfassung auf Proben gestellt wird, wie sie deren bisher nicht bestanden hat, daß man dann sagen kann: man hat in dem tempus utile des Friedens nichts veräumt, sondern das Seinige gethan, um alle Welt zufrieden zu stellen. Namentlich wünsche ich, daß in solchen Fällen die Unzufriedenen möglichst wenig zahlreich sind, und daß sich unter ihnen nicht etwa auch die Regierungen der Einzelstaaten, namentlich nicht der König von Preußen befinden unter denen, die sich von den Ergebnissen und den Leistungen des Reichs, dem Se. Maj. der Kaiser viel Opfer gebracht hat, nicht befriedigt finden. Ich würde das für ein verhängnisvolles Ergebnis halten. Die Bestrebungen, die deutsche Einheit herzustellen im Jahre 1848, sind hauptsächlich durch die Misachtung der Realitäten in Deutschland zu Wasser geworden. Zu den Realitäten gehören die Regierung und die Dynastien, und ich möchte Ihnen empfehlen, nicht weil ich augenblicklich zur Regierung gehöre, das wird ja hoffentlich in kurzer Zeit nicht mehr der Fall sein, aber ich möchte Ihnen im Interesse des Deutschen Reichs und für dessen Schöpfung doch empfehlen, die Regierung und ihre Vorlagen nicht so geringschäßig zu behandeln, wie es diesmal bei den Commissionsverhandlungen der Fall gewesen ist. Ich bitte Sie, mir diese Warnung nicht zu verübeln, ich weiß nicht, wenn ich bei dem Zustande meiner Gesundheit wieder zu Ihnen werde sprechen können, und ob in diesem Jahre überhaupt noch einmal, die Zukunft steht bei Gott; aber ich halte es für meine Pflicht, auf Grund der Erfahrungen, die ich im Dienste des Reichs gemacht habe, Ihnen meine Besorgnisse nicht zu verhehlen. Ich würde Sie, wenn es nicht wie Ironie klingt, noch heute bitten, nehmen Sie das Monopol an; durch das Monopol befestigen Sie das Reich, durch die Ablehnung des Monopols schwächen Sie das Reich. Wenn Sie das Monopol aber verwerfen, wenn Sie wirklich die Verantwortung dafür übernehmen wollen, dem Reich und den Einzelstaaten diese Hilfsquelle abzuschneiden, dann, meine Herren, werden wir Ihnen, wie ich schon sagte, in Kurzem zunächst eine neue Vorlage machen für ein Reichsgesetz beaufsichtigung des Brautweins in seiner Consumtion. Aber auch, wenn meine Wünsche die Annahme der verbündeten Regierungen finden, was ich ja noch nicht weiß, zu einer Bestimmung der Interessenten selbst, die dazu bestimmt sein soll, die Exportbonification auf deren eigene Kosten zu verbessern, wenn Sie uns das wieder angebrachtstermaßen ablehnen, dann, m. H., glaube ich, daß der König von Preußen sich seinen Unterthanen, der Noth, in der sie sich befinden, und der Thatsache, daß in seinen Staaten 1 1/2 Millionen Auspandungen jährlich wegen Gemeindefasten noch stattfinden, nicht länger wird verschließen können; er wird zusehen müssen, was seine preussischen Hilfsquellen ihm erlauben, aus einer Gewerbe- und Lizenzsteuer aufzubringen, und ich hege die Ueberzeugung, daß er dann der preussischen Landesvertretung die Unterstützung finden werde, die ihm hier zu meinem Bedauern verlagert wird. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Hellb. erklärt, daß die deutschen Conservativen aus Mangel an gründlicher Behandlung in der Commission nicht für das Monopol stimmen könnten; sie würden sich der Abstimmung enthalten.

Abg. Langewert von Simmern erklärt sich aus wirtschaftlichen Bedenken gegen das Monopol.

Abg. von Fischer (Augsburg) erklärt sich Namens einiger süddeutscher Parteigenossen für die Vorlage, die den Gemeinden bedeutende Entlastungen gewähren werde.

Abg. Richter: Der Abg. Buhl sprach neulich gegen das Monopol so gut, daß wir es nicht besser hätten machen können. Ganz im entgegengelegten Sinne hat sich heute Herr von Fischer erklärt. Wer von den beiden Herren hat denn für die Nationalliberalen gesprochen? Wer für die Süddeutschen? Wer für die Baiern? Die Wähler werden doch den Herren Nationalliberalen gegenüber auf der Hut sein müssen, so lange nicht jeder der Herren erklärt hat, wie er principiell zum Monopol steht. Herr v. Hellb. erwidert: Ich nicht aus parteitactischen Rücksichten, aber auch nicht aus Liebdeinerlei gegen Reichskanzler und Regierung handeln wir, wir handeln nach unserer tatsächlichen Ueberzeugung und werden durch dieselbe zur Verwerfung des Monopols geführt. Dem Reichskanzler gegenüber habe ich persönlich zu erklären: er hat hervorgehoben, daß ich ihn eines privaten persönlichen Interesses an dem Brenneiergewerbe beizügig hätte und das Vorbringen dieser großen Injurie ein Mißbrauch meiner Stellung gewesen sei. Es ist dies aber vollkommen und wörtlich unwahr in jedem einzelnen Theile, und das würde sich auch herausgestellt haben, wenn der Reichskanzler nur den Passus meiner in der ersten Beratung gehaltenen Rede, auf den er sich bezogen hat, vorgelesen hätte, ich habe dort nur gesagt, „daß unsere Wirtschaftspolitik, unsere Finanzpolitik in ganz hervorragender Weise beherrscht wird durch eine den natürlichen Verhältnissen nicht entsprechende Berücksichtigung des Brenneiergewerbes in der Steuerpolitik, und diese Berücksichtigung finde ich gerade in dieser Vorlage rückwärtslos bis zum Extrem ausgebrochen.“ Es fehlt hier jede persönliche Andeutung, jede Erwähnung eines privaten Verhältnisses des Reichskanzlers. Der Reichskanzler sagte, es sei unter seiner Würde, auf meine Aufschuldung näher einzugehen, er hätte es lieber aus unter seiner Würde halten sollen, mir Vorwürfe zu machen, die er auch nicht durch das geringste thatächliche Moment belegen kann. Er hat mit Recht die hohe Bedeutsamkeit seiner Persönlichkeit im Vergleich zur meinen hervorgehoben. Gerade weil meine Person in der Öffentlichkeit viel weniger geschützt ist, als die seinige, hätte er seine ungerechte Beschuldigung gegen mich nicht erheben sollen; dazu kommt, daß Alles, was der Reichskanzler sagt, in der Presse wörtlich wiedergegeben wird, während die Reden, die wir hier halten, namentlich in der officiellen Presse, nur theilweise, oder verümmelt, oder garnicht abgedruckt werden. So hat beispielsweise das officiële „Deutsche Tageblatt“ kürzlich die große Rede des Abg. Bamberger gar nicht gegeben, sondern statt dessen nur geschrieben, „es spricht der Abg. Bamberger, lebhafter Beifall links.“ Dabei hatte es kurz vorher die Rede des Regierungsvertreters wörtlich abgedruckt. Ich hoffe, daß heute wenigstens die Regierunngspresse den Anstand beobachten wird, auch meine Verwahrung gegenüber dem Reichskanzler wiederzugeben. Ich habe ferner nicht dem Adel, auch nicht dem schlesischen, irgend einen Vorwurf gemacht, noch habe ich irgend welche Bemerkung für den ausländischen Adel gezeigt, ich habe mich nur dagegen erklärt, daß einzelne Bevölkerungsklassen durch Gesetz auf Kosten der Allgemeinheit Privilegien erhalten; es hat ferner der Herr Reichskanzler gesagt, daß wir die Vorlage nicht grübelnd in der Commission beraten hätten. Ist denn aber die Vorlage überhaupt eine gründliche. Ist sie nicht trotz der sechs Monate, die die Regierungen daran gearbeitet haben, nur ganz mangelhaft motivirt; steht sie in dieser Hinsicht nicht weit hinter dem Tabaksmonopol-Entwurf zurück. Auch die weitere Begründung der Vorlage durch die Regierungsvertreter hat durchaus kein neues Material gebracht; dieselben Klagen und Beschwerden haben wir auch beim Tabaksmonopol gehört. Wenn der Herr Reichskanzler die schnelle Erledigung in der Commission bemängelt, so ist dies doch recht eigentümlich. Glaubt der Herr Reichskanzler eine Vorlage im Plenum durchzubringen, so arbeitet ihm die Commission viel zu langsam, wie z. B. beim Unfallversicherungsgezet. Es ist das verschiedene Temperament, welches beim Herrn Reichskanzler verschiednen zum Ausdruck kommt, je nachdem eine Vorlage Aussicht hat, im Plenum durchzuführen oder nicht. Nun hat der Herr Reichskanzler in ganz populärer Art und Weise exemplificirt auf die Verhältnisse eines Vortragenden Rathes. Ich würde mir nicht erlauben, dieses Verhältniß hier anzuführen und den Reichskanzler gewissermaßen als Vortragenden Rath der Mehrheit dieses hohen Hauses hinzustellen; da er aber selbst den Vergleich gezogen hat, so will ich Ihnen sagen, was ich dem Vortragenden Rath erwidern würde. Ich würde etwa sagen: „Wie kommen Sie mir vor? (Heiterkeit.) Vor vier Jahren sind Sie mir schon einmal mit einer solchen Monopol-Vorlage gekommen und haben erfahren, daß ich davon nichts wissen will. Sie, Herr Rath, und wir arbeiten schon so lange zusammen (Heiterkeit), daß Sie nachgerade wissen müßten, was ich will und nicht will, was die Ziele meiner Politik sind. Sechs Monate arbeiten Sie ganz heimlich über einer Vorlage; nun kommen Sie mit einem Male, ohne vorher einen Versuch zu machen, meine Stimmung kennen zu lernen, und verlangen nun von mir, ich soll mich ebenfalls sechs Monate hinziehen, darüber nachzudenken.“ (Große Heiterkeit.) Das ist doch keine richtige Auffassung in einem Staate, der das parlamentarische Regierungssystem anstrebt, wo die Minister die eigentlichen Führer des Parlamentes aber auch in lebendigem Zusammenhange mit der Mehrheit sind und nur Vorlagen einbringen, von denen sie im Voraus überzeugt sind, daß sie den Ansichten der Mehrheit entsprechen. Das fehlt hier ganz. Der Reichskanzler hat ja sogar seine besten Freunde, die Nationalliberalen, mit der Vorlage überrascht, er hat sie in der Plenarfrage zu Rathe gezogen, aber nicht in der Monopolenfrage (große Heiterkeit, Rufe: Auf!). Ein finanzielles Bedürfnis existirt nur an einzelnen Stellen, in Sachen z. B. aber garnicht. Wir meinen in principellem Gegenatz zum Reichskanzler, daß jedes Gemeinwesen aufbringen muß, was es bedarf. Wenn eine höhere Instanz immer für die Einnahmen sorgt, dann wird darauf losgewirtschaftet. Weil man die Gutmüthigkeit des Herrn Reichskanzlers kennt (Heiterkeit), so entsteht ein Drängen und Treiben, welches er mit einem Verlangen nach neuen Einnahmequellen ver-

wedert. Bei dieser unwirtschaftlichen Einrichtung, wo viel mehr ausgegeben wird, als wirklich notwendig, muß jede Sparbarkeit aufhören. Die Regel bleibt immer dieselbe. Das Bedürfnis wird nicht gedeckt, der Exeutor geht nach jeder Bewilligung hier eben so munter umher, wie früher (Heiterkeit). Er würde nach Bewilligung des Monopols ebenso umhergehen. (Große Heiterkeit.) Zu ihm würde sich noch das ebenso ungerechelte Personal der Schnüffler und Defraudanten hinzufügen. Als ich neulich nachkam, fand ich eine Mahnung zur Steuerzahlung vor; ich hat nicht darauf geachtet, die Steuer zu zahlen, und so figurirte ich natürlich als armer Mann unter den Bedrückten wegen der Steuer. (Heiterkeit.) Die directen Steuern bringen ja viel Geld her und Noth mit sich, hier aber sollen die Minderbessenden belastet werden zu Gunsten der Wohlhabenden. Wenn der Reichsfürst das, was er aus Branntwein herausziehen will, den minder Wohlhabenden an anderen Steuern erlassen will, z. B. zur Aufhebung des Petroleumzolles u. s. w., so wird wir sofort für ihn zu haben. Der Reichsfürst irrt, daß der glasweise Ausfluß des Branntweins in Berlin sehr bedeutend sei; er macht nicht 10 pCt. aus. Der Herr Reichsfürst sprach fobann von den Wirthen und deren politischen Einfluß, da täuscht er sich, sie sind durchweg Stützen der conservativen Parteien, und zwar zum großen Theil aus Furcht vor der Polizei. (Lachen rechts, Beifall links.) Wie sehr sie unter conservativer Botmäßigkeit stehen, ist hinlänglich bekannt; sie fürchten sich andere Blätter als Regierungsblätter zu halten. Wenn der Herr Reichsfürst nun seine neuen Vor schläge entwirft, muß diese doch etwas eigenthümlich berühren. Es war am 6ten März, als Herr Minister von Bötticher mit einer Lebensgröße, welche auf eine innere Ueberzeugung schließen ließ, betonte, der Reichsfürst halte fest am Monopol, und wer zuletzt lache, lache am Besten. Ist dieses vielleicht jetzt der Moment, wo zuletzt und am Besten gelacht wird. (Heiterkeit links, Fürst Bismarck ruft: Nein!) Heute wird das Monopol nur noch formell aufrecht erhalten. Wollte man meinen, daß der Reichsfürst nach dem ersten Anlauf einen Plan aufgeben sollte, so irrt man sich. Seine Erfahrungen mit dem Tabaksmopol, seinem letzten Idealim Jahre 1882, haben ihn nicht abgehalten, mit dem Branntweinmonopol — wahrlich seinem allerletzten Ideal — wieder zu kommen. Der Herr Reichsfürst wirft uns vor, wir hätten die Prüfung der Vorlage überhaupst, in demselben Augenblicke kündigt er uns selbst an, daß er mit der größten Eile neue Vorlagen ausarbeiten. Kann man denn da nicht den Vorwurf vollständig zurückgeben? Dann sagte er uns — ich weiß nicht, ob im Ernst oder Scherz — er werde uns mehrere Vorlagen zur Auswahl bringen, wir könnten die schönste auswählen. Wenn wir in einem gewissen pädagogischen Verhältnisse stünden, so könnte man annehmen, wir sollten, weil wir zu flüchtig gearbeitet, nach Oftern nachhaken. (Heiterkeit.) Es wäre Unrecht, wollte ich Vermuthungen über die neue Vorlage aussprechen, aber das muß ich doch gegenüber der etwaigen Idee einer Consumsteuer sagen, es würde uns sehr schwierig sein, uns mit der in den Motiven als schädlich charakterisirten Consumsteuer wieder zu befremden und die gegenwärtige Ansicht zu gewinnen. Die Generalversammlung der Spiritusinteressenten hat ausgesprochen, daß die Consumsteuer ein Händlermonopol bringen würde, noch schwerer als das vorgelegene Monopol. Der Reichsfürst will die Vorlage so einrichten, daß die Brenner sich gewissermaßen selbst aus eigenen Mitteln ausbringen. In der mir heute zugegangenen Nummer der „Zeitung für Spiritus-Industrie“ wird vorgegangen, daß alle Brenner eine Berufsgenossenschaft bilden, und diese des Selbstbestimmungsrecht und das Recht haben soll, die Preise festzusetzen. (Große Heiterkeit links souverän!) Also Händlermonopol und unter dem Namen Berufsgenossenschaft noch ein zweites Monopol. Es steht fast aus, als wolle die Regierung den Reichstag schrecken, zum Reichsmopol als dem relativ besseren zurück zu gehen. Warum nun diese Eile? Der Reichsfürst sagte, er wisse nicht, ob er noch bis zum Januar 1887 lebe u. s. w. In der Weise sind doch die politischen Verhältnisse nicht auf die Gesundheit des einzelnen Mannes und auf zwei Augen gestellt. Das wäre ja auch eine Anklage gegen den Herrn Reichsfürst, wenn er Gesetze in athemloser Hast machen wollte, bloß weil er nicht weiß, ob er das nächste Jahr erlebt. Wenn er kein Vertrauen zum Reichstag hat, so habe ich doch so viel Vertrauen zur Krone und zum jeweiligen Inhaber derselben, daß das Bestehen des Deutschen Reichs über 1887 hinaus gesichert ist, gleichgültig, wer dann noch lebt. Diese Vorlage ist kein Mittel, die Zufriedenheit im Lande zu vermehren. Es ist keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Reichs; je mehr der Staat sich wirtschaftlichen Aufgaben zuwendet, desto mehr wächst im Falle des Mißlingens die Unzufriedenheit. Der Reichsfürst wies den Gedanken eines Staatsstreichs weit von sich. Ich bin dankbar für seine Erklärung, aber ich hätte gewünscht, und der Eindruck würde ein noch bedeutender gewesen sein, wenn der Reichsfürst nicht doch dabei von der Eventualität gesprochen hätte, daß die Fürsten Deutschlands Neue darüber empfinden könnten, daß sie Souveränitätsrechte an das Reich abgetreten haben, und daß sie zu dem Versuche verleitet werden könnten, diese wieder zurückzunehmen; dem widerspricht aber die Verfassung, möglich wäre es nur durch eine Revolution. Ein Fürst, der so etwas übernehme, brähe die Verfassung, er wäre ein Revolutionär. Das Recht der Fürsten ist um kein Theilchen besser, als das der Verfassung. (Unruhe rechts), und das Recht der Fürsten beruht nur auf der Verfassung. (Beifall links, Unruhe rechts.) Mir scheint, daß man gut thut, darauf hinzuweisen, wie man von einer solchen Eventualität denkt. Wenn der Reichsfürst Gewicht auf die Zufriedenheit im Lande legt, auf die innere Stärke, so war die Andeutung einer solchen Eventualität ein schlecht gewähltes Mittel. Er sprach dann von der Bedeutung des Parlaments. Wir haben es ruhig angehört, weil wir es schon oft gehört haben und die Gewohnheit abstumpft. Der Reichsfürst sollte nicht vergessen, das Ansehen des Reichstags gehört zum Ansehen des Reichs selbst; und ein Reichstag, der nur Steuerbewilligungsmaschine wäre, würde nicht im Stande sein, das Reich im Innern zu stärken und zu befestigen. Er hat dann auch auf dunkle Gefahren in den äußeren Verhältnissen hingewiesen, solche Andeutungen sind von ganz besonderem Eindruck. Wir bezweifeln — ohne daß ich im Stande wäre, die augenblickliche Lage zu beurtheilen —, daß dem Deutschen Reich in der nächsten Zukunft ernste Gefahren drohen, aber wenn dasselbe später in ernste Kriege gestürzt werden sollte, dann werden es schwere, nachhaltige Kriege sein, mit nachhaltigen Mitteln zu führen, daher haben wir uns um so mehr zu hüten vor solchen Plänen, Projecten und Vorlagen, welche in Friedenszeiten das zerstoren, aus dem in Kriegszeiten die letzten Kräfte geschöpft werden müßten. (Beifall links, Beifall rechts.) Fürst Bismarck ruft: „Bravo! Bravo!“ Stürmische Heiterkeit.) Auf diese Rede antwortete noch Fürst Bismarck, dessen Rede wir im Wortlaut nachbringen werden.

Morgen um 1 Uhr wird die Beratung fortgesetzt.

Landtag.

Berlin, 26. März. Das Interesse an den Landtagsverhandlungen trat für heute zurück vor dem an der heutigen wichtigen Reichstagsverhandlung. Das Herrenhaus erledigte nur einige unbedeutendere Vorlagen. Morgen wird dort über die kirchenpolitische Vorlage verhandelt werden. Im Abgeordnetenhaus begann die Generaldebatte über die Canalvorlage. Die Aussichten für das Zustandekommen der Vorlage sind nach dem heutigen Ergebnis der Discussion als schlecht zu bezeichnen. Die zwei Redner der conservativen Parteien sprachen sich sehr entschieden gegen das Project aus. Aus ihren Ausführungen leuchtete deutlich der Reiz der Agrarier über die Begünstigung heraus, die damit der westlichen Montanindustrie gewährt wird. Die Verbindung der mittleren Oder mit der Spree fand dagegen auf dieser Seite warme Fürsprache. Auch von Seiten der Nationalliberalen und des Centrums — die Freisinnigen sind noch nicht zum Worte gelangt — sprach man sich mit ganz wenig Ausnahmen sehr reservirt aus. Die Beratung wird morgen fortgesetzt und die Vorlage wahrscheinlich einer Commission überwiesen werden. (Den ausführlicheren Bericht über die heutigen Sitzungen des Landtages bringen wir nach. Die Red.)

Berlin, 26. März. Aus der heutigen großen Rede des Reichsfürst fand der Passus über die Möglichkeit internationaler Bewilligungen besondere Beachtung. Wenn auch die allgemeine Tendenz der Rede unverkennbar die war, durch Schwarzmalerei auf den Reichstag einzuwirken, so wollte man doch vielfach diesen Andeutungen eine actuelle Bedeutung beimessen.

Berlin, 26. März. Es circulirte heute in parlamentarischen Kreisen das Gerücht von einer Erklärung des Papstes, daß er bereit sei, die Anzeigepflicht anzuerkennen. Ob es sich bestätigt, ist fraglich. Morgen beginnt die Beratung der kirchenpolitischen Vorlage

im Herrenhause. Dazu sind als Resultat der Beratungen die inzwischens stattgefunden, vom Bischof Kopp Anträge eingebracht worden, die wohl als die conditio sine qua non für die Zustimmung des Bischofs und des Centrums zu betrachten sind. Die Anträge gehen dahin, erstens in Artikel 1 a über die kirchlichen Seminare den Absatz zu streichen: „Als Leiter und Lehrer können diejenigen Personen nicht angestellt werden, welche der Staat als minder genehm bezeichnet hat, zweitens in den Artikeln 7 bis 14 die Absätze 1, 2, 3, 5 und 6 zu streichen, welche die Berufung an den Staat betreffen, und an deren Stelle als Absatz treten zu lassen: „Die Bestimmungen des Abschnittes 2 des Gesetzes vom 12. Mai 1873 über die Berufung an den Staat werden aufgehoben“. Drittens im Zusatzartikel 5 die Worte: „In Nothfällen“ zu streichen. Dieser Zusatzartikel betrifft das Lesen stiller Messen und Spenden der Sterbesacramente. Man nimmt an, daß das Herrenhaus morgen auf Grund dieser Anträge die Vorlage nochmals an die Commission verweisen wird.

Die freiconservative „Post“ meint, als ob wegen dieser Anträge die Vorlage scheitern würden; sie schreibt (scheinbar inspirirt): „Die kirchenpolitische Situation entspricht heute nicht mehr dem Vertrauen, welchem wir vorgestern noch Ausdruck gaben. Die Intriguen der letzten acht Tage scheinen den Sieg davon tragen zu wollen. Die Beratung der Vorlage ist auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung des Herrenhauses gesetzt, nach scharfen Aeußerungen, welche in Herrenhauskreisen fallen, scheint die Stellung weitgehender Amendements, die in Aussicht stehen, das Gelingen des Friedenswerkes zu compromittiren.“ Nicht an Deutschland liegt die Schuld dieser unerfreulichen Wendung. Sie ist die directe Folge von Nachrichten von jenseits der Berge. (Anm. der Redaktion: Ein anderer Correspondent telegraphirt uns: Nach den neuen weitgehenden Anträgen des Bischofs Kopp ist die Annahme der Kirchengesetze vollständig in Frage gestellt.)

Berlin, 26. März. Die Petitioncommission des Reichstages verhandelte heute in längerer Sitzung über die Petitionen aus Ohlau, Schwelgen, Herrheim und Schwedt, welche eine Erhöhung der Tabakzölle Entschädigung inländischer Tabakbauer für Hagelschlag u. verlangsamen. Für die Beratung der Petitionen im Plenum und für die Petitionen selbst traten nur die Conservativen ein. Mit 11 gegen 5 Stimmen wurde beschlossen, die Petitionen als ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erachten, weil es sich nicht empfehle, jetzt schon wieder eine Beunruhigung der Tabakindustrie herbeizuführen.

Berlin, 26. März. Die Commission zur Beratung der Anträge Adernann und Gen. hat heute kurzer Hand den von dem Abgeordneten Letocha erstatteten Bericht über die Beschlässe, betreffend den Befähigungsnachweis der Handwerker gutgeheißen und zwar unter Verzicht auf Verlesung desselben. (Diese Commission ist nicht, wie irrtümlich gemeldet, die Commission für die Arbeiterschutzanträge; sie hat wiederholt wegen Befähigungsfähigkeit die Feststellung des Berichtes aussetzen müssen.)

Berlin, 26. März. Die „Norddeutsche“ schreibt: Für das Togo-gebiet ist durch Verordnung des kaiserlichen Commissars vom 16. Januar nunmehr ebenfalls ein Verwaltungsrath eingesetzt.

Berlin, 26. März. Ein Gerücht will wissen, daß der Abgeordnete Vollmar nach Belgien in die Strikereviere gereist sei.

Hirschberg, 26. März. Nach mehreren Depeschen ist der Bober in Landeshut aus dem Ufer getreten. Bedeutendes Hochwasser wurde angekündigt.

Brüssel, 26. März. In Charleroi streiken 15 000 Arbeiter. Für die Milizclassen ist Einberufung angeordnet worden.

(Aus Wolff's Telegraphischem Bureau.)

Travemünde, 26. März. Die Schifffahrt ist seit heute Mittag wieder eröffnet.

Braunschweig, 26. März. Morgen, bei dem Schluß des Landtages wird, das Staatsministerium den Abgeordneten den neuen Huldigungsbeid abnehmen.

Brüssel, 26. März. Nach Zerstreuung der Volksmasse am gestrigen Abend zog ein kleinerer Haufe nach dem Palais. Bei einem Handgemenge mit der Polizei zog die letztere die Säbel, worauf der Haufe sich zerstreute, nachdem 5 Verhaftungen vorgenommen worden waren. Jetzt herrscht Ruhe. Maueranschläge, welche zu Brand und Plünderung auffordern, wurden polizeilich entfernt.

(Für einen Theil der Auflage wiederholt.)

Mons, 26. März. Tausend Arbeiter der Kohlengrube bei Gilly streiken. Sie fordern Lohnerhöhung und suchen die Kohlenarbeiter bei Ransart ebenfalls zum Strike zu veranlassen.

(Für einen Theil der Auflage wiederholt.)

Brüssel, 26. März. Der „Independence belge“ zufolge fanden im ganzen Kohlenrevier von Charleroi ernste Ruhestörungen statt. Banden von Streikenden drangen in die Kohlengruben, Walzwerke, Glasbütten und Gießereien, thaten den nicht streikenden Arbeitern Gewalt an und zerstörten in Lobelinsart, Verrerin, Modron und Dordelot Alles. Die Truppen sind zur Herstellung der Ordnung unzureichend.

Brüssel, 26. März. Laut den heutigen Nachrichten aus Charleroi behnte sich der Strike fast auf das ganze dortige Kohlengebiet in Folge der Einschüchterung durch andere Streikende, welche umherzogen, aus. Bei den Gruben Chatelineau und Torges-Agoz fand ein Zusammenstoß mit der Gendarmerie statt; fünf Personen wurden schwer verwundet. Von Tournay, Namur und Antwerpen treffen Truppen ein.

Lüttich, 26. März. Die Gendarmerie nimmt zahlreiche Verhaftungen der bettelnden, bewaffneten Streikenden vor. In allen Gemeinden patrouillirt die Bürgergarde, um die Bewohner zu schützen. Ein Unteroffizier und drei Gemeine wurden wegen Insubordination verhaftet.

Kopenhagen, 26. März. Der König erließ heute ein vorläufiges Finanzgesetz für 1886/87, daselbe ist motivirt durch die Weigerung des Folketings, die eingebrachte Budgetvorlage zu discutiren. Das Gesetz ermächtigt die Regierung, die bestehenden Steuern zu erheben und die nothwendigen Ausgaben zu bestreiten, jedoch die Budgetvorlage nicht zu überschreiten.

Konstantinopel, 26. März. Rußland erklärte, daß es die gegenwärtigen Vor schläge Italiens, den Fürsten Bulgariens als solchem die Functionen als General-Gouverneur von Ostromellen ohne Zeitbegrenzung zu übertragen, zuzustimmen, ablehnen müsse, nachdem in dem türkisch-bulgarischen Abkommen bereits der Ausdruck für die allseitig gebilligte Verständigung unter Festhaltung des Artikels 17 des Berliner Vertrages gefunden war.

(Für einen Theil der Auflage wiederholt.)

Washington, 26. März. Schatzsecretär Manning wurde kürzlich von einem Schlagflußähnlichen Anfall getroffen und dürfte durch seinen Gesundheitszustand genöthigt werden, seine Entlassung zu geben.

Handels-Zeitung.

* Waggon a rik Gebr. Hofmann u. Co. Nach dem in Berliner:

Blättern veröffentlichten Geschäftsbericht pro 1885 soll es der Gesellschaft im verlossenen Betriebsjahr zwar gelungen sein, eine reichliche Beschäftigung ihres Etalissements zu erzielen, aber die Bestellungen konnten der allgemeinen schlechten Geschäftslage entsprechend nur zu wenig lohnenden Preisen erhalten werden. Es waren 467 Wagen und andere Arbeiten für rund 1 485 000 Mark im Auftrag; auf das Jahr 1886 blieben 109 Wagen und andere Bestellungen für 377 700 Mark zur Lieferung (inzwischen haben sich die Bestellungen auf 537 000 Mark erhöht). Der in 1885 erzielte Brutto-Ueberschuss betrug 172 292 Mark. Hiervon gelangen zur Abschreibung 9879 Mark, auf Reparaturen-Conto 28 552 Mark, Handlungskosten 61 096 Mark, Reservefonds 3638 Mark, Tantiemen 6913 Mark, Dividende 5 1/2 pCt. mit 61 875 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 339 Mark. Der Verdienst an den einzelnen Waggon ist durch die schlechten Preise auf das denkbar niedrigste Maass gedrückt, und die jetzige Rentabilität des Unternehmens ist nicht zum geringen Theil nur dem Umstande zu verdanken, dass die Grundstücke und Gebäude in Folge der früheren Reduction des Actien-capitalis auf die Hälfte außerordentlich niedrig zu Bache stehen.

* Ausblasen von Hochöfen in Oberschlesien. Unser f—Correspondent theilt uns nach Informationen aus Oberschlesien mit, dass gegenwärtig Verhandlungen zwischen der Antonienhütte und der Donnersmarkhütte im Gange und dem Abschlusse nahe sind, nach welchen die dem Grafen Hugo Henckel gehörige Antonienhütte ihre beiden Hochöfen, welche jährlich ungefähr 250 000 Ctr. Roheisen produciren, zum Erliegen bringt und die Donnersmarkhütte die weitere Erfüllung des zwischen Antonienhütte und den Hegenscheid'schen Werken geschlossenen Roheisen-Lieferungsvertrages übernimmt. Antonienhütte hat hohe Productionskosten und arbeitet gegenwärtig mit Verlust, muss aber gleichwohl ihre Hochöfen im Feuer erhalten, um einen längeren Lieferungsvertrag an Herrn Commerzienrath Hegenscheid zu erfüllen. Die Verhandlungen mit der Verwaltung der Donnersmarkhütte gipfeln nun darin, dass die Antonienhütte ihren Verlust wesentlich verringert, indem sie eine mässige Entschädigung an die Donnersmarkhütte zahlt, welche ihrerseits die weiteren Lieferungsverbindlichkeiten übernimmt und da sie billiger produciren kann, dabei ihre Rechnung findet. Da Herr Hegenscheid mit diesem Arrangement einverstanden ist, erscheint die Perfection nahe bevorstehend. Es würden somit in nächster Zeit in Oberschlesien zwei Hochöfen zum Erliegen kommen und da nach der Erklärung der Direction der Königs-Laurahütte auch diese beabsichtigt zwei ihrer Hochöfen zu löschen und da ferner die Tarnowitzer Hütte wohl doch ihren Betrieb einstellen wird, lässt sich erwarten, dass demnächst fünf Hochöfen in Oberschlesien weniger arbeiten werden. Damit wäre der wichtige Schritt zur Herabsetzung der oberschlesischen Roheisen-Production gemacht und das dringend gewünschte Gleichgewicht zwischen Erzeugung und Verbrauch hergestellt und der Keim zu einer Befestigung des Preisstandes gelegt.

* Elbthalbahn. Wiener Meldungen besagen, die Dividende der Elbthalbahn werde wahrscheinlich Fl. 5 1/2 betragen.

Ausweise.

Wien, 26. März. [Wochen-Ausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 23. März. *)

Notenumlauf	330 500 000	Fl. Abn.	5 646 000	Fl.
Metalleschatz in Silber	132 400 000	=	Abn.	162 000
do. in Gold	63 900 000	=	Abn.	9 000
in Gold zahlbare Wechsel	15 500 000	=	Abn.	85 000
Portefeuille	103 600 000	=	Abn.	2 186 000
Lombarden	21 700 000	=	Zun.	57 000
Hypotheken-Darlehne	90 100 000	=	Abn.	26 000
Pfandbriefe in Umlauf	83 700 000	=	Zun.	8 000

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 15. März.

Börsen- und Handelsdespeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.
Berlin, 26. März. Neueste Handels-Nachrichten. Im heutigen Verlauf der Ultimo-Regulirung war Geld besonders stark angeboten und zu 2 1/2 Procent in jedem Betrage zu haben. Im Einzelnen stellten sich die Sätze wie folgt: Oesterreichische Creditactien 0,20 bis 0,30 M. Depot, Franzosen 0,80—0,85—0,75 Mark Depot, Lombarden 0,75—0,80 Mark Depot, Disconto-Commandit-Antheile 0,125—0,15 pCt. Report, Deutsche Bank 0,05 pCt. Report, Dortmund Union 0,3625 pCt. Report, Laurahütte 0,175—0,15 pCt. Report, Italiener 0,20 pCt. Report, Ungarn 0,30—0,35 pCt. Report, gemischte Russen 0,225 pCt. Report, 1884er Russen 0,25 pCt. Report, 1880er Russen 0,1375 pCt. Report, Orientanleihe 0,2625—0,275 pCt. Report, Russische Noten 0,15—0,20 Mark Report. Alles mit Courtag. — Herr Dr. Löwenfeld tritt aus der Direction der Nationalbank für Deutschland aus, wird aber dem Institut auch für die Folge als Syndicus angehören. — Der Aufsichtsrath der Berliner Hotelgesellschaft Kaiserhof bringt pro 1885 die Vertheilung einer Dividende von 5 Procent in Vorschlag. — Im Laufe der nächsten Woche werden die Acten der neugegründeten Baugesellschaft Moabit hier und in Hamburg zur Subscription aufgelegt werden. — Der Aufsichtsrath der Essener Creditanstalt proponirt pro 1885 die Vertheilung einer Dividende von 5 Procent gegen 6 Procent im Vorjahre. — Die Actiengesellschaft für Anilinfabrikation wird pro 1885 5 1/2 pCt. Dividende gegen 5 pCt. im Vorjahr vertheilen.

Frankfurt a. M., 26. März. Anfangs nächster Woche findet die Verwaltungsraths-Sitzung der Hessischen Ludwigsbahn behufs Festsetzung der Dividende statt. Der Abschluss ist bereits fertig gestellt und ergiebt nach den Informationen der „Frk. Ztg.“ unter 3 1/2 Procent. — Dasselbe Blatt meldet aus dem Haag: Die zweite Kammer genehmigte die ministeriellen Vorschläge betreffs Convertirung der vierprocentigen holländischen Anleihen in 3 1/2 procentige.

Königsberg, 26. März. Der Verwaltungsrath der Ostpreussischen Südbahn beschloss, die Vertheilung einer Dividende von 4 1/2 Procent für die Stammactien vorzuschlagen.

Berlin, 26. März. Fondsbörse. Die heutige Börse war anfänglich recht fest, hauptsächlich in Folge der bedeutenden Geldflüssigkeit, welche sich im Prolongationsgeschäft zeigte. Ultimogeld stellte sich durchschnittlich auf 2 1/2 pCt., der Schluss war etwas matter. Oesterreichische Credit-Actien schlossen 504,50 und Disconto-Commandit-Antheile 221,87. Von übrigen Bankwerthen gewannen Petersburger Discontobank-Actien 3/4 pCt., Internation. Handelsbank-Actien 2 1/4 pCt. und Actien der Nationalbank für Deutschland 1/4 pCt., wogegen Gothaer Grundereditbank-Actien 3/4 pCt. verloren. Der Bahnenmarkt war ungemein still. Oesterreichische Bahnen konnten sich im Allgemeinen gut behaupten. Dux-Bodenbacher Eisenbahn-Actien verkehrten zu etwas besseren Coursen. Von russischen Bahnactien waren Warschauer Wiener Eisenbahn-Actien recht belebt und erzielten eine Avance von 1 1/2 Mark. Gotthardbahn-Actien lagen eher schwach, während Mittelmeerbahn-Actien bei 1/2 pCt. höherem Course fest, aber ohne grössere Umsätze waren. Das Geschäft in heimischen Bahnen bewegte sich in engen Grenzen, Ostpreussische Südbahn-Actien blieben matt und angeboten auf ungünstige Dividenden-Gerüchte. Der Gesamt-Rentenmarkt bewahrte auch heute sein zuverlässiges Gepräge. Namentlich verkehrte ungarische Goldrente in Folge eines starken Stückmangels in sehr fester Tendenz bei steigendem Course. Das Geschäft auf dem Markte der speculativen Montanwerthe verlief auch heute ohne grössere Bewegungen. Einem stärkeren Angebot unterlagen die Actien der Königs- und Laurahütte, welche Bruchtheile eines Procents einbüßten. Von Cassawerthen der Montanindustrie verloren: Bismarckhütte 3/4 pCt., während Aachen-Höngen, Redenhütte und Inowrazlaw Bruchtheile eines Procents anzogen. Unter den übrigen Industriepapieren waren Bauwerthe belebt und steigend. Erdmannsdorfer avancirten auf die angekündigte Dividende 3,10 pCt. und Breslauer Brauereiactien 0,50 pCt.

Berlin, 26. März. Productenbörse. Gegen Erwarten übte das prächtige Wetter auf den Productenmarkt heute keinen verlässenden Einfluss aus, vielmehr nahm die Speculation die Festigkeit der auswärtigen Berichte zum Anlass zu weiteren Käufen für Sommertermine, besonders in Weizen, so dass dieser wieder 1 M., Roggen ca. 1 M. gegen Gestern profitirten. Auch für den April-Mai-Termin in Weizen waren Commissionsfirmen mit stärkeren Deckungen thätig. Bemerkenswerth ist die dauernde Zurückhaltung der Abgeber und dürfte der anhaltende Weizenbedarf Süddeutschlands und des Rheins von einigem Einfluss darauf sein. — Hafer war still und ohne sonderliche Aenderung. — Mehl erfreute sich zu festen Preisen mässigen Umsatzes, während Rübel eher matter verkehrte. — Spiritus war lau auf Grund erneuter schlesischer Angebote auf Sommertermine und reichlicher Locozufuhr. Der Schluss wurde wieder etwas fester.

Stadt-Theater.

Sonnabend. 85. Bous-Vorstellung.
„Der Postillon von Conje-
meau.“ Komische Oper in 3 Acten
von H. Adam.
Sonntag. 86. Bous-Vorstellung.
„Templer und Jüdin.“ Große
romantische Oper in 3 Acten von
H. Marschner.
Nachmittag. (Halbe Preise.) „Der
Bureaucrat.“ Lustspiel in 4 Acten
von G. v. Moser.

Lobe-Theater.

Sonnabend. „Das lachende
Breslau.“
Sonntag. Das lachende Breslau.
Nachmittag. Bei ermäßigten Preisen:
„Die Fledermaus.“

Thalia - Theater.

Sonntag. „Die Herrin ihrer
Hand.“ Schauspiel in 5 Acten
von Ernst v. Wildenbruch.
Nachmittag. Bei halben Kassenpreisen:
„Sie weiß etwas.“ Schwan-
in 4 Acten von R. Kneifel. [4263]

Saison - Theater.

Sonnabend. 3. 2. Male: [4256]
Ein ehrlicher Mäler.
Volksstück mit Gesang in 4 Akte.

Verein für klassische Musik.
Beethoven, Streichquartett (letztes),
f-dur, op. 135. [4270]
A. Rubinstein, drei Stücke f. Clavier
u. Violine, op. 11 Nr. 1.
L. Spohr, Quintett f. Clavier, Flöte,
Clarinet, Horn u. Fag., c-moll,
op. 52.
Clavier: Dr. Polko.
Gastbillets (1 Mk.) bei Lichtenberg.

Musikalischer Cirkel.

Sonnabend, 27. März, Ab. 7 Uhr
Vierte Soirée.

Liebig's Etablissement.

Sonnabend, den 27. März.
Zum 5. Male: [4269]

Der Walzerkönig.

Gefangnisse in 4 Acten v. Mannstädt.
Nur noch 4 Gastspiele der
Damen-Gesellschaft Helser.
Gastspiel der Solotänzerinnen
Geschwister Fricke.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Zeltgarten.

Neu:
Großartige gymnastische
Luftproduction, ausgef. von
Mr. Antonio
und
Mss. Adelina,
Auftr. d. jugendl. Brasilianerin
Miss Barbara
in ihren sensationellen gym-
nastischen Luftproductionen,
der großartigen Akrobaten u.
Excentriques
6 Gebr. Leopold,
d. Lieberfängerin Frä. Weyer,
der Operetten-Sängerin Fräul.
Henny v. Stahlfeld,
der deutsch-ungarischen Sängerin
Fräul. **Margit**
und des humoristischen
Wolfs-Trio.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 60 Pf.

Simmenauer

Victoria-Theater.
Täglich: Große
Künstler-Vorstellung.
Auftreten neuer, grossartiger
Specialitäten. [4257]
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 60 Pf.

Paul Scholtz's

Stabliffe-
ment.
Sonnabend, den 27. März:
Großes Tanzfränzchen.
Anfang 8 Uhr. Ende 1 Uhr.
Entree Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.

Restaurant „Tautzien“

empfehlen in frischer Sendung
„hochfeines“
Pilsner
(Bürl. Bräuhaus),
Münchener
Schützenbier
vorzögl. Qualität, [4697]
Maas o. Bierkrug a 50 Pf.,
ff. Oderschloss Lagerbier,
reichhaltige, vorzögl. gute Küche
zu soliden Preisen.

Ball-Haus, Berlin, I. Rang.

Jeden Abend: **Ball.** Fremden
empfohlen (Sehenswürdigkeit).

7 Mk. 50 Pfg. pro Quartal.

Magdeburgische Zeitung

gegr. 1626.

Politische und Handels-Zeitung
ersten Ranges.

Weiteste Verbreitung
in Deutschland.

Wirksamstes Insertions-Organ. Inseraten-Preis 35 Pfg.



Hauptsächlich verbreitet

in der Provinz und dem Königreich Sachsen,
in Anhalt, Braunschweig, Hannover, West-
falen, Brandenburg, Mecklenburg und den
Thüringischen Staaten.

[4009]

Echt englische Käse,
Stilton, Chester, Double Gloster,
Cheddar, Canadien empfiehlt **M.
Kessler**, Käsehdl., Nicolalstr. 23.

Geldschranke

mit Panzer, solide Arbeit, empf.
billigt **A. Gerth**, Lauenburgerstr. 61.

Ein Gasmotor,

1 pferd., mit Wellenleitung u. Rohre,
im guten Zustande, für 1200 Mark
zu verkaufen. Off. unt. E. G. 62
Briefst. d. Bresl. Btg. [5213]

Ein Fahrstuhl steht zum Verkauf
Feldstraße 11a, rechts. [5161]

Turnverein „Vorwärts“.

Das Schützenfest findet Montag, den 29. März c., Abends
8 Uhr, im Café restaurant statt. [5177]
Gäste haben keinen Zutritt.

Die Vergnügungs-Commission.

Wohlhabende israelit. Herren!

Meine Schwester, ein 20jähr., sehr hübsches, geb. wohlgezogenes
Mädchen aus bester Familie, wünsche ich zu verheirathen und bitte
gutsituirte Herren, denen an Begründung eines glücklichen Heims mehr
als an gr. Mitgift gelegen, ihre w. Adr. vertrauensvoll sub **B. K. 20**
postlagernd **Posen** einzusenden. [1978]

Local-Veränderung.

Mein Lampen- und Petroleum-Geschäft befindet sich jetzt

Taschenstraße 6. [5203]

Niederlage von emailirtem Kochgeschirr.

J. Wurm, Taschenstr. 6.

Gerichtlicher Ausverkauf!

Das zur **Georg Bart'schen** Concursmasse hier Schuh-
brücke 70 gehörige Waarenlager, bestehend in:

Glas, Porzellan, Lampen und Läden-Utensilien,
wird im Einzelnen und größeren Partien ausverkauft.
Breslau, den 26. März 1886. [4267]

Der Concurs-Verwalter.
Ferdinand Landsberger.



Erste Schlesische

Jagdhund-Ausstellung

veranstaltet vom Verein „Nimrod-Schlesien“

am 30. und 31. März

auf dem

Friebeberge.

Geöffnet von früh 10 Uhr bis Abends 7 Uhr.
Entree 1 Mark. [1925]

Extra-Wagen der Pferdebahn werden vom Zwinger-
platz aus gestellt.



Ein Transport junger, starker, reeller

Arbeitspferde

sind angekommen und stehen im Rothen Schlüssel vor dem Oberthor zum
Verkauf bei [5212]

L. Brann.

Zur gefl. Kenntnissnahme, daß wir neben der von uns,
resp. unsern Vorfahren seit einer Reihe von Jahrzehnten
betriebeben, seit dem vorigen Jahre nach Berlin verlegten
Lachsräucherei auch eine **Räucherei** für
Büchlinge, Flundern und Schollen
in großem Maßstabe angelegt haben und empfehlen uns bei
Beginn des Fanges zum Bezug der vorerwähnten Artikel
auf das Angelegentlichste. [1968]

M. Radmann & Sohn,

Berlin C., Klosterstr. 50.

Oberschlesische Eisenbahn-Gesellschaft.

Von dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten und dem Herrn
Finanz-Minister sind wir ermächtigt worden, den nach unserer Bekannt-
machung vom 22. October 1884 auf Grund des Vertrages vom 20./23. Oc-
tober 1883, betreffend den Uebergang des Oberschlesischen Eisenbahn-Unter-
nehmens auf den Staat, bis zum 31. December d. J. zugelaassenen Um-
tausch der Stamm-Actien Lit. A, C, D und E der Oberschlesischen Eisen-
bahn-Gesellschaft gegen Staatsanleiheverschreibungen der 4procentigen con-
solidirten Anleihe über den 31. December d. J. hinaus

bis auf Weiteres

mit der Maßgabe zu gestatten, daß es der Königlichen Staatsregierung
vorbehalten bleibt, demnachst den Zeitpunkt für die Einstellung des Um-
tausches endgültig festzusetzen. Auf diejenigen Stamm-Actien Lit. A, C,
D und E, welche nicht umgetauscht werden, wird die Rente von 10 1/2 pCt.,
auch wenn die Actien abgestempelt sind, nur bis zum Eintritt der Liqui-
dation der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft zur Zahlung gelangen.

Im Liquidationsverfahren wird auf jede der genannten Actien zum
Nominalbetrage von 300 M. ein Antheil am Liquidationserlöse in baar
von 450 M. oder 150 pCt. des Nominal-Capitals entfallen, während den
Actionären beim Umtausche für je vier Actien Lit. A, C, D und E Staats-
schuldschreibungen der 4procentigen consolidirten Anleihe im Nominal-
betrage von 3150 M. oder 282,5 pCt. des Nominalbetrages ihrer Actien
gewährt werden.
Breslau, den 25. November 1885. [6731]

Königliche Eisenbahn-Direction.

Erlanger Bier-Busschank

liefert frei ins Haus 15 Fl. à 1/2 Ltr. für 3 Mark. Auch in
kleinern Gebinden. Von den Aerzten bestens empfohlen.

Probe-Nummern gratis und franco.

Breslauer

Handels-Blatt.

Begründet im Jahre 1844.

Special-Organ

für die Handels-Interessen
in Schlesien und Posen. [4070]

Allwöchentlich eine

Allgemeine Verloosungsliste

sämmtlicher auslosbarer Effecten
mit einer **Ziehungs- und Restantenliste** derselben

Inserate

für das „Breslauer Handelsblatt“ werden in unserer
Expedition, sowie in allen Annoncen-Expeditionen des In- und
Auslandes entgegengenommen und finden die weiteste und
wirksamste Verbreitung.

Der Abonnementspreis für das „Bres-
lauer Handels-Blatt“ beträgt pro Quartal bei allen
Postanstalten des **Deutschen Reiches** und in **Oester-
reich-Ungarn 3,00 Mark**, in **Russland** und
Polen bei täglicher Zustellung unter Streifband **6,50 M.**

Geschäftsleuten jeder Branche,
welche mit [1967]

Galizien, Rumänien,

Südrussland

in Verbindung stehen, empfehle mich
zur Uebernahme von Vertretungen,
sowie anderer geschäftlicher Bezo-
rungen. Bereise gegenwärtig Deutsch-
land, und will mich im Laufe des
Jahres in meiner Heimath Ostgalizien
anfällig machen.

J. Chmelink,

Leipzig, Brühl 59.

Ich wünsche den [1971]

commissionsweisen Verkauf

von **Manufactur-Waaren**

zu übernehmen. Prima-Referenzen.

Off. erb. sub Chiffre A. 138 an

Rudolf Woffe, Breslau.

Zur Capitalsanlage.

Nachstehende erste Hypotheken auf
biefige Grundstücke d. inneren Stadt:
30,000, 36,000, 60,000 u. 90,000 M.
à 4% 63,000, 90,000, 96,000 und
105,000 M. à 4 1/4%, 220,000 M.
à 5% auf 1 Rittergut in Schlesien,
Bismarck mit 3000 bis 10,000 M.
Ueberfuß. Offerten sub H. 21429 an
Saafenstein & Vogler, Breslau.

Eine noch fast neue elegante

Laden-

Einrichtung,

für jede Branche passend, ist
im Ganzen oder auch getheilt
sofort sehr preiswerth zu ver-
kaufen. [5057]

Gleichzeitig sind noch einige
hundert solid gearb. **Cartons**
in verschied. Größen abzugeben.

Louis Kleinberg,

Eisenwaaren-Handlung,
Kupferschmiedestraße 19.

Galanterie- und Kurzwaaren-

Geschäft in Breslau, gut ein-
gerichtet u. in bester Lage, weg. Krank-
heit bald zu verkaufen. Briefliche

Anfragen bef. sub U. 142 **Rudolf**

Woffe, Breslau. [1972]

Ein gut besuchtes

Gasthaus

in der Vorstadt eines bedeutenden
Garnisonortes mit großem Gesell-
schaftsgarten, größter Saal am Orte,
Nebenzimmern, Theater-Einrichtung,
Billard u. s. w. ist sofort preis-
werth zu [1970]

verkaufen.

Sämmtliche Baulichkeiten, sowie
Garten-Einrichtung befinden sich in
bestem Zustande.

Nur gut situirte Reflectanten
wollen Adresse an Herrn Kaufmann
Buchwald, Schweidnitz, abgeben.

In einer größeren Garnisonstadt
Schlesiens ist ein lebhaftes

Posamentier-,

Kurz- u. Weißwaaren-

Geschäft

zu verkaufen. Der Umsatz betrug in
den letzten Jahren durchschnittlich
60 Mille. Anzahlung mindestens
6000 Mark. Offert. unt. H. 21538
an Herren **Saafenstein & Vogler,**
Breslau. [1977]

Wegen Todesfalls des Besitzers
soll eine in gutem Betriebe be-
findliche [1821]

Seifen-Siederei

unter günstigen Bedingungen
verkauft werden.

Näheres bei **W. J. Janitz** in

Treptow a. Rega.

Brauerei-Verkauf. [4142]

Ein altes, gut renommirt. Brauerei-
Etablissement, complet u. reichlich in-
ventarirt, in einer Provinzial- und
Garnisonstadt Schlesiens gelegen, im
besten Betriebe, mit Local- u. ausw.
Kunden, ist frankheitshalber sofort f.
b. Preis v. 60,000 M. bei einer An-
zahl v. 15,000 M. zu verkaufen. Off.
bitte unt. G. A. 99 an **Ad. Vänder's**
Bühnblg., Briesg., Reg.-Bez. Bres-
lau, zu richten. Agenten verboten.

150—250 Liter Milch,

früh per Wagen nach Breslau ge-
liefert, sind vom 1. Juli c. zu vergeben.

Dom. Jentschdorf b. Sibyllenort.

Eine Fabrik in Berlin, eingerichtet mit Mählwerken (Kollergängen), beabsichtigt **Thomas-Schlacken** zu mahlen. [1950]
Reflektanten wollen in Unterhandlung treten mit **R. Haeger**, Berlin, Greifswalderstraße Nr. 24.

Für einen Spediteur
suche ein Paar starke volljährige Pferde mit guten Weinen. Farbe, außer Schimmel, gleichgültig. Offerten nebst Preisangabe an **Thierarzt Haselbach** in Oppeln. [4259]

Eine hochtragende [5211]
Rappenstute
steht zum Verkauf **Neudorfstr. 17.**

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Ohlau Blatt 50 Stadt Ohlau auf den Namen der verm. Frau Kaufmann **Werther, Rosalie**, geborene **Woch**, eingetragene, in Ohlau belegene Grundstück am 15. April 1886,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht, an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 2, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1398 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei, Abteilung III, eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird [2276]
am 19. April 1886,
Vormittags 9 Uhr,

an Gerichtsstelle, Zimmer Nr. 2, verkündet werden.
Ohlau, den 10. Februar 1886.
Königliches Amts-Gericht.

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuche von Konstadt Band III Blatt Nr. 137 auf den Namen des Kaufmann **Gustav Vlek** in Konstadt eingetragene, zu Konstadt belegene Grundstück
am 20. Mai 1886,
Vormittags 9 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 1,14 M. Reinertrag und einer Fläche von 0,490 Hektar zur Grundsteuer, mit 540 M. Nutzungswert zur Gebäudesteuer veranlagt. Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, sowie besondere Kaufbedingungen können in der Gerichtsschreiberei eingesehen werden.

Alle Realberechtigten werden aufgefordert, die nicht von selbst auf den Ersteher übergehenden Ansprüche, deren Vorhandensein oder Betrag aus dem Grundbuche zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks nicht hervorging, insbesondere derartige Forderungen von Capital, Zinsen, wiederkehrenden Hebungen oder Kosten, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, falls der betreibende Gläubiger widerspricht, dem Gerichte glaubhaft zu machen, widrigenfalls dieselben bei Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt werden und bei Verteilung des Kaufgeldes gegen die berücksichtigten Ansprüche im Range zurücktreten.

Diejenigen, welche das Eigentum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird [4253]
am 21. Mai 1886,
Vormittags 11 Uhr,

an Gerichtsstelle verkündet werden.
Konstadt, den 20. März 1886.
Königliches Amtsgericht.

Nachstehende Reservisten u. Landwehrmänner:

- 1) der Reservist **Müller Heinrich Thomas Neumann**, geboren zu Gemmersdorf, Kreis Frankenstein, am 20. December 1858,
- 2) der Landwehrmann **Stellmacher Franz Straube**, geboren zu Maifriedsdorf, Kr. Frankenstein, am 3. November 1851,
- 3) der Landwehrmann **Arbeiter Adolf Wolff II.**, geboren zu Wolmsdorf, Kreis Frankenstein, am 9. Januar 1850,

werden beschuldigt, als beurlaubte Reservisten bezw. Wehrmänner ohne Erlaubnis ausgewandert zu sein. (Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Strafgesetzbuches.)

Dieselben werden [3649]
auf den 15. Juli 1886,
Vormittags 10 Uhr,

vor das Königl. Schöffengericht hieselbst zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafproceßordnung von dem Königl. Landwehr-Bezirks-Commando zu Münsterberg ausgestellten Erklärung verurtheilt werden. Reichenheim, den 26. Febr. 1886.
Königliches Amts-Gericht.

Aufgebot.
Auf dem Grundbuchblatte Nr. 25 Klein-Bräze stehen in Abtheilung III Nr. 2:

300 Thaler, in Worten: Dreihundert Thaler Kaufgelde zu 6 Procent verzinslich und am 1. Juli 1874 zahlbar für die Schmiedemeisterfrau **Thelma Marzoulet**, geborene **Volzowatz**, zu Orzegow, aus der Urkunde vom 3. November 1873, eingetragen.

Der hierüber bei der Eintragung eines Arrestes in Höhe von 46 Thaler 22 Silbergroschen auf diese Post gebildete und seinerzeit zu den Proceßacten abgegebene Hypothekenbrief, bestehend aus dem Hypothekenbuchs-auszuge, dem Ingotations- und Arrestvermerk und Ausfertigung der Verhandlung vom 3. November 1873 ist angeblich verloren gegangen, und hat der Bucheigenthümer, Kaufmann **Herrmann Fischer** zu Klein-Bräze das Aufgebot desselben zum Zwecke der Löschung der Post beantragt.

Es ergeht deshalb an den unbekannten Inhaber der Urkunde die Aufforderung, seine Rechte unter Vorlegung der Urkunde spätestens in dem [4252]
auf den 9. Juli 1886,
Vormittags 10 Uhr,

Zimmer Nummer 18, anberaumten Termine bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden, widrigenfalls der Hypothekenbrief für kraftlos erklärt werden wird.
Bräze, am 15. März 1886.
Königliches Amts-Gericht.

Zwangsversteigerung.

Dinstag, den 30. März d. J., Mittags 12 Uhr, werde ich hieselbst auf der Bahnhofstr. Nr. 18 Utensilien einer Buchdruckerei, eine Schnellpresse, 1 Backpresse, 6 Kastenregale mit Schritten (zumest polnische Typen), sowie ferner: 1 Arbeitstisch, 1 eichenen Kleiderständer, ein Schreibsecretair, 1 Buffet, 1 Wandbild, 1 Spiegel mit Goldrahmen und Unterlag und ein Wäschekranke gegen gleich baare Zahlung öffentlich versteigern. [3990]
Bentzen DE., den 18. März 1886.

Malz,
Gerichtsvollzieher,
Große Wollnischstraße 32.

„Silesia“

Verein chemischer Fabriken.

Die diesjährige ordentliche General-Versammlung unserer Gesellschaft ist auf
Montag, den 19. April c., Nachmittags 3 1/2 Uhr, im kleinen Saale der neuen Börse zu Breslau, anberaumt. Diejenigen Actionaire, welche sich an derselben beteiligen wollen, werden eingeladen, ihre Aktien nebst einem doppelten Verzeichnisse und außerdem, falls sie nicht persönlich erscheinen, die mit dem gesetzlichen Stempel von 1,50 Mark versehenen Vollmachten oder sonstigen Legitimationspapiere ihrer Vertreter spätestens vier Tage vor dem Versammlungstage bei dem Bureau der Gesellschaft zu Ida- und Marienhütte, oder bei einem der beiden Bankhäuser **Gebrüder Guttentag zu Breslau**, und **G. von Bachaly's Enkel zu Breslau**, zu deponiren.

An den bezeichneten Stellen kann auch der gedruckte Geschäftsbericht pro 1885 in Empfang genommen werden. [1900]

Tagesordnung:
Die in § 33 des Statuts vorgesehenen Gegenstände: Vorlage des Geschäftsberichts, Genehmigung der Bilanz und der Gewinn-Vertheilung pro 1885, sowie Ertheilung der Decharge für den Vorstand und Wahl von Aufsichtsraths-Mitgliedern.

Ida- und Marienhütte bei Saarau, den 22. März 1886.

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths.

Dr. Paul von Kulmiz.

Empfehle von neuen Sendungen:

Rennthiere, Hasel-, Birk- u. Schneehühner, Poularden, Capaunen, Puten, Hochfeine billige Pökellungen, Magdeburger Sauerkohl, Gänseleber- und Wild-Pasteten.

Eduard Scholz
9 Ohlauerstr. 9,
Conserven- u. Fisch-Versandt-Geschäft.

B. K. R.

Beliebteste
Röst-Kaffees.

Nr.	M.
3 ff. Gold-Menado	1,80.
4 f. Goldjava-Mischg.	1,60.
5 Wiener	1,45.
6 Carlsbader	1,40.
à la Café Pupp, Carlsbad.	
22 Familien-Kaffee I.	1,26.
23 dto. II.	1,14.
9 Java-Mischung	1,00.
24 Volks-Kaffee	0,78.

Breslauer Kaffee-Rösterei
(mit Dampftrieb)

O. Stiebler.

Centrale:
Schweidnitzerstr. 44, Eing. Ohle 4.

Filiale I:
Neue Schweidnitzerstraße 6.

Filiale II: [1965]
Neumarkt 18, Seite Sandstraße.

Telephon-Anschluß 268.

Merztlich

empfohlene französische Cognacs,

à Liter: M. 3, 4, 5, 6, 7, 50, 10 u. 12,50,

vorzüglichste Jamaica-Rums,

à Liter: M. 1,50, 2, 2,50, 3, 4, 5 u. 6,

Batavia-Arac, Arac de Goa,

Wandarin-Arac, [524]

à Liter: M. 1,30, 1,80, 2,30, 2,50 u. 3,50

offerirt in 1/2, 1/3, 1/4-Literflaschen

C. F. Lorcke,

Special-Handl. echter Jamaica-

Rums, Aracs und Cognacs,

20, Alte Taschenstraße 20.

Dom. Klein-Wilkau

bei **Namslau**

offerirt zur Frühjahrspflanzung circa

600 Stück veredelte [1947]

hochstämmige

Süßkirchbäumchen.

Herren-Confection.

Für mein Herren-Garderoben-Maßgeschäft suche ich per

1. April cr.

einen tüchtigen jungen Mann,

welcher Oberschlesien bereisen soll.

Offerten mit Gehaltsansprüchen erb. [4271]

S. Ring, Krenzburg DS.

Ein Lehrling

mit guter Schulbildung und schöner Handschrift kann sich melden bei

J. Mugdan Jr., Ring 49.

Für mein Ledergeschäft an groß

8 u. en détail suche zu Ostern einen

Lehrling mit guter Schulbildung.

A. Koslowsky,

Gleiwitz. [4258]

Ein Lehrling findet in meinem

Modewaaren-, Herren- und

Damen-Confections-Geschäft

sofort event. Ostern bei

vollständig freier Station Auf-

nahme. [1979]

Siegbert Schwerin,

Jauer.

Für unser Galanterie- und

Kurzwaaren-Engros-Geschäft

suchen zum sofortigen Antritt

einen Lehrling,

Sohn achtbarer Eltern.

Goldbach & Waldmann,

Glatz. [4120]

Stellen-Anerbieten

und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Für ein Buch-Geschäft einer größeren

Stadt der Provinz wird eine tüch-

tige Directrice gesucht. [5204]

Näheres bei **Benno Herz,**

Strohfabrik, Käßelohle 8.

Gefucht Köchinnen, Stubens-

mädchen, Mädchen für

Alles bei hohem Lohn durch Frau

Heinrich, Rathhaus 27. [3537]

Ein Kaufmann von 27 Jahren, im

Mühlen- u. Getreidegeschäft gründ-

lich erfahren, im Getreide-, Samen-

und Colonialwarengeschäft gelernt,

mit allen Comptoirarbeiten vertraut,

sucht per bald oder 1. April a. c.

andernweitige Stellung. [5171]

Gütliche Off. erb. unt. W. H. 48

in den Briefst. d. Bresl. Stg.

Ein tücht. Kaufmann, Specer.,

auch mit d. Getreide- u. Mühlen-

branche vertraut (25 Jahr alt,

verheirathet), der sein Geschäft auf-

gegeben, sucht per bald oder 1. Mai

eine Stellung als Reisender oder

Buchhalter, gleichw. wech. Branche.

Gefällige Offerten unter Chiffre

W. 144 an Rudolf Mosse,

Breslau. [1969]

Ein fester Buchhalter u. Cor-

respondent mit schöner Hand-

schrift zum sofortigen Antritt ge-

sucht. Bewerbungen sind Referenzen, Zeu-

gniß-Abschriften und Gehaltsansprüche

bei freier Station und Wohnung bei-

zufügen. [4273]

Felix Przeszkowski,

Weingroßhandlung,

Ratibor.

Maschinenmeister,

intelligent, fleißig, für 2 Buch-

druckschneidpressen zum so-

fortigen Antritt gesucht.

F. Schmeer & Söhne,

Druckerei, Ratibor. [414]

Einen tüchtigen, zuverlässigen

Rüfer zum baldigen Antritt sucht

Fr. Schwarzer,

Weinhandlung,

Ratibor. [4272]

Für ein Mehl- und Producten-

Geschäft Oberschlesiens wird

zum sofortigen Antritt ein junger

Mann gesucht. Derselbe muß der

polnischen Sprache mächtig, beim

Detail-Verkauf thätig und in der

einfachen Buchführung und Corre-

spondenz firm sein. [4203]

Meldungen sind unter J. B. 47 an

die Exped. d. Bresl. Zeitg. zu richten.

Marken verboten.

Ein j. Mann, 23 Jahre

alt, Specerist, gegenwärtig

Reisender der Cigarrenbranche,

mit allen Comptoirarbeiten ver-

traut, sucht Engagement.

Beste Referenzen. Offerten sub

H. 21527 an Haasenstein und

Vogler, Breslau, erbeten.

Für einen jungen Mann, Christ,

19 Jahre alt, welcher soeben das

Maturitäten-Examen bestanden, wird

in einem Waaren-Engros-Geschäft

oder Comtoir Stellung als Ver-

waltung gesucht. [4186]

Gest. Offerten unter „Schwarz-

Bromberg“ postlagernd erbeten.

Lehrling

(Colonialw. en gros) gesucht. Offert.

R. 2 postlagernd Breslau. [5176]

1973 Verzehungshalber!

Berlinerplatz 21 am Nicolaitadt-

graben, 2. Etage, 5 Zimmer, Bade-

zimmer und Beigelaß, elegant ausge-

stattet, zu mäßigem Preise sof. z. v.

Salzstraße im alten Salz-Ma-

gazin sind Speicher- u. Lager-

räume zu vermieten.

Näh. **Schweidnitzer-Stradgraben**

Nr. 16, 1. Etage. [5206]

Gartenstr. 7

Hochparterre, 3 Z., Cab. etc., z. vm.

Dhlauerstraße, nahe der Promenade,

eleg. Wohnung, II. Etg., 3 Zimmer,

do. III. 4

zu vermieten. Näh. **Dhlauerstraße 45,**

I. Etg. im Comptoir. [5209]

Dhlauerstr. 55 („Königssee“).

Die seit einigen zwanzig Jahren von Herrn **Georg Grautoff**

innehabenden **Parterre-Localitäten** (Weinhandlung), sowie die

2. Etage sind für 1. October a. cr. und die vollständig renovirte

1. Etage für bald zu vermieten. Näh. im Freireisgeschäft. [5208]

Eisenbahn-, Posten- und

Dampfer-Course

vom 1. October 1885 ab.

Eisenbahn-Personenzüge.

Kgl. Niederschl.-Märk. Eisenb.

Nach bezw. von

Berlin, Hamburg, Bremen:

Abg. 6 Uhr 35 Min. Vorm. — 10 Uhr 15 Min.

Vorm. (Expresszug vom Oberschl. Bahn-

hof). — 12 Uhr 35 Min. Nachm. — 2 Uhr

44 Min. Nachm. (Schnellzug vom Oberschl.

Bahnhof). — 6 Uhr Nachm. (nur bis Kohl-

furt). — 10 Uhr 29 Min. Abds. (Courier-

zug vom Oberschl. Bahnhof). — 10 Uhr

56 Min. Abds. (vom Oberschl. Bahnhof).

Ank. 6 Uhr 24 Min. Vorm. (Courierzug,

Oberschl. Bahnhof). — 7 Uhr 15 Minuten

Vorm. — 11 Uhr 15 Min. Vorm. (nur von

Kohlfurt). — 4 Uhr Nachm. (Expresszug,

Oberschl. Bahnhof). — 5 Uhr 20 Min. Nachm.

(Oberschl. Bahnhof). — 8 Uhr 12 Min. Abds.

(Oberschl. Bahnhof). — 10 Uhr 50 Min. Abds. (Oberschl. Bahnhof).

Nach bezw. von **Görlitz, Dresden, Hof:**

Abg. 6 Uhr 35 Min. Vorm. — 10 Uhr 15 Min.

Vorm. (Expresszug vom Oberschl. Bahn-

hof). — 2 Uhr 44 Min. Nachm. (Schnellzug

vom Oberschl. Bahnhof nur bis